



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Wie unterscheidet sich der Diskurs über die Integration
von MigrantInnen in den österreichischen
Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen
Zeitung“?“

verfasst von / submitted by

Anna Riedl, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof.i.R. Dr. Margarete Grandner

Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit dem Diskurs über die Integration von MigrantInnen in den österreichischen Medien. Ziel der Arbeit ist es, den Diskurs über die Integration von MigrantInnen in den österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen Zeitung“ im Jahr 2021 zu vergleichen. Dafür wurde in Anlehnung an die Methode der Grounded Theory untersucht, welche Selbst- und Fremddarstellung durch die Medien vermittelt wird und wie die Konstruktion einer Abgrenzung zu den MigrantInnen erfolgt. Um diese Konstruktion einer Grenzziehung zu analysieren, wird im ersten Teil der Arbeit auf postkoloniale Theorien wie Stereotypisierung, den Intersektionalitäts-Ansatz sowie das Konzept des Othering und des Orientalismus eingegangen, welche die im empirischen Teil dargestellten Ergebnisse der Untersuchung erklären sollen.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass der Diskurs über Integration stark von der Konstruktion einer Abgrenzung zwischen einer imaginierten Eigengruppe und der Gruppe der „Anderen“ geprägt ist. Diese Abgrenzung wird anhand stereotyper Repräsentation von MigrantInnen verfestigt, welche zu einer negativen Fremddarstellung im Gegensatz zu einer positiven Selbstdarstellung beitragen. Zusammenfassend ließ sich im Vergleich der beiden Tageszeitungen eine positivere Darstellung von MigrantInnen in Artikeln aus dem „Standard“ feststellen. Während Integration in der „Kronen Zeitung“ überwiegend als eine Anpassungsleistung verstanden wird, die von den MigrantInnen eingefordert werden müsse, werden im „Standard“ Integrationsmaßnahmen der österreichischen Regierung kritisiert und vorwiegend positive Aspekte eines guten Zusammenlebens betont, für welches MigrantInnen nicht die alleinige Verantwortung tragen.

Abstract

This Master's thesis examines the discursive representation of the integration of migrants in the Austrian media. The aim of the thesis is to compare the discourse on the integration of migrants in the Austrian daily newspapers “Der Standard” and “Neue Kronen Zeitung” in 2021. Following the method of grounded theory, the study investigates how the media establishes a self-portrayal in contrast to foreign depiction and how they construct a boundary between an imagined self-group on the one hand and migrants on the other hand. In order to analyse this construction of a demarcation, the first part of the thesis deals with postcolonial theories such as stereotyping, the intersectionality approach as well as the concept of othering and orientalism, which help explain the results of the study presented in the empirical part.

The results of the study show that the discourse on integration is strongly characterised by the construction of a boundary between an imagined self-group and the group of “others”. This demarcation is reinforced by the stereotypical representation of migrants, which contributes to a negative portrayal of others as opposed to a positive portrayal of oneself. In summary, a comparison of the two daily newspapers revealed a more positive representation of migrants in articles that were published in the newspaper “Der Standard”. While integration is predominantly defined in the “Kronen Zeitung” as an adaptation effort that is demanded from the migrants’ side, “Der Standard” rather criticises the integration measures of the Austrian government and emphasises predominantly positive aspects of a harmonious coexistence, for which migrants do not bear sole responsibility.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Theoretischer Teil.....	3
2.1	Einbettung der Untersuchung im wissenschaftlichen Diskurs	3
2.1.1	Wissenschaftliche Verortung und Konkretisierung der forschungsleitenden Fragen.	3
2.1.2	Relevanz für die Entwicklungsforschung	5
2.2	Forschungsstand: mediale Berichterstattung über MigrantInnen	6
2.3	Der Begriff Integration	10
2.3.1	Interkulturelle Integration als Mittelweg zwischen Assimilation und Separation	13
2.3.2	Der mediale Diskurs über Integration	15
2.3.3	Integrationspolitik im Lauf der Geschichte.....	17
2.4	Medien	21
2.4.1	Die Funktion von Massenmedien	21
2.4.2	Die Rolle von JournalistInnen	24
2.4.3	Boulevardmedien – Kronen Zeitung.....	25
2.4.4	Qualitätsjournalismus – Der Standard.....	26
2.5	Postkoloniale Theorien	27
2.5.1	Stereotypisierung.....	27
2.5.2	Der Intersektionalitäts-Ansatz	32
2.5.3	Othering	33
2.5.4	Das Orientalismus-Konzept	36
3	Methode und methodologische Vorgehensweise	40
3.1	Qualitative Sozialforschung	40
3.2	Grounded Theory	41
3.3	Forschungsdesign.....	42

3.3.1	Datenauswahl/ Sampling.....	42
3.3.2	Codieren.....	44
3.4	Ethische Überlegungen und Positionalität	46
4	Empirie	48
4.1	Forschungsleitende Fragestellungen und Annahmen	48
4.2	Kriterien für die Analyse der Texte	50
4.3	Makrostruktur: Formalanalyse und Grobanalyse der angesprochenen Themen (Inhaltsanalyse)	50
4.3.1	Aufbau der Zeitungsartikel im Vergleich	51
4.3.2	Ressort	52
4.3.3	Genre	53
4.3.4	Hauptthemen und Schlüsselereignisse.....	54
4.3.5	Prägende Begriffe im Integrationsdiskurs	57
4.3.6	Abbildungen.....	60
4.4	Mikrostruktur: Feinanalyse nach rhetorischen und stilistischen Merkmalen (Textanalyse)	64
4.4.1	Identifikation: MigrantInnen zugeschriebene Eigenschaften	65
4.4.2	Handlungsniveau der MigrantInnen.....	68
4.4.3	Mediale Symbolisierung des Fremden: Konstruktion einer Abgrenzung zwischen „Uns“ und den „Anderen“	69
4.4.4	„Gelungene“ oder „gescheiterte“ Integration?.....	74
4.4.5	Geschlechtsspezifische Darstellung von MigrantInnen.....	80
5	Conclusio	85
6	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	88
6.1	Primärquellen	88
6.2	Sekundärquellen	95

1 Einleitung

In den letzten Jahren, und insbesondere seit der Flüchtlingsbewegung im Sommer 2015, ist der Diskurs über Migration in den österreichischen Medien sehr präsent. Dabei geht es in Zusammenhang mit dem Thema Migration auch fast immer um Integration, weshalb die beiden Bereiche kaum voneinander zu trennen sind. Den Medien kommt dabei durch ihre Funktion als Vermittler von Wissen und Ideologie sowie ihren Auftrag, gesellschaftliche Integration zu fördern, eine besonders wichtige Rolle in der Schaffung des Diskurses über die Integration von MigrantInnen in Österreich zu.

Daher ist der Gegenstand dieser Masterarbeit die Verknüpfung der beiden Themen Integration und Migration, wobei der Fokus auf dem Umgang mit diesen gesellschaftlich relevanten Themen in den österreichischen Medien liegt. Dabei soll herausgefunden werden, wie der Diskurs über die Integration von MigrantInnen in den beiden österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen Zeitung“, kurz „Kronen Zeitung“, dargestellt wird und ob bzw. wie sich die Berichterstattung unterscheidet. Zudem wird analysiert, inwiefern die beiden Tageszeitungen zu Othering-Praktiken beitragen und stereotype Vorstellungen über MigrantInnen (re)produzieren.

Artikel dieser beiden Zeitungen wurden als Analysematerial gewählt, da sie zu den meistgelesenen Tageszeitungen Österreichs gehören und politisch unterschiedliche Richtungen vertreten, wobei die „Kronen Zeitung“ die Tageszeitung mit der größten Reichweite und „Der Standard“ eine der zwei meistgelesenen Qualitätszeitungen in Österreich ist. Während sich „Der Standard“ als liberales und politisch unabhängiges Qualitätsmedium beschreibt, wird die „Kronen Zeitung“ der Boulevardpresse zugeordnet und vertritt oft rechtspopulistische Positionen (vgl. Eurotopics; Media-Analyse 2020). Durch diese Auswahl auflagenstarker österreichischer Tageszeitungen umfasst die Untersuchung somit wichtige Elemente des alltäglichen medialen Diskurses über die Themen Integration und Migration.

Das Forschungsziel wird mittels einer qualitativen Textanalyse von Artikeln aus dem Jahr 2021 erreicht, die sich methodologisch an der Grounded Theory orientiert, welche vor allem durch ihren offenen Forschungsprozess gekennzeichnet ist. Theoretisch wird der Diskurs über

Integration und Migration im Kontext postkolonialer Theorien wie der Repräsentation von Differenz (Othering) und dem Orientalismus-Konzept, in Verbindung mit Stereotypisierung sowie dem Intersektionalitätsansatz, untersucht. Dabei ist der wissenschaftliche Beitrag meiner Masterarbeit zum bestehenden Forschungsgegenstand, einen neuen Blickwinkel auf das bereits gut erforschte Phänomen der medialen Darstellung von MigrantInnen zu liefern, indem durch eine gezielte Medienanalyse ausgewählter Artikel eine direkte Verbindung des Diskurses über Integration und Migration hergestellt wird.

Im theoretischen Teil der Arbeit soll zunächst auf die wissenschaftliche Verortung des Forschungsgegenstandes und die Konkretisierung der forschungsleitenden Fragen sowie auf die Relevanz der Untersuchung für die Entwicklungsforschung eingegangen werden. Anschließend wird der Begriff Integration näher erläutert, wobei verschiedene Auffassungen desselben sowie die Geschichte der Integrationspolitik aufgegriffen werden. Bevor auf die der Arbeit zugrundeliegenden theoretischen Konzepte eingegangen wird, wird sowohl die Funktion der Medien und die Rolle der JournalistInnen in der Berichterstattung als auch die Unterscheidung zwischen Boulevardpresse und Qualitätsmedien beschrieben. Den postkolonialen Theorien zugeordnet, welche die theoretische Basis der Analyse bilden, werden darauffolgend das Konzept der Stereotypisierung, der Intersektionalitäts-Ansatz sowie die beiden Konzepte Othering und Orientalismus erläutert.

Im anschließenden Methodenteil wird die Grounded Theory als eine Methode der qualitativen Sozialforschung beschrieben und das Vorgehen dieser Forschungsarbeit inklusive Datenauswahl und Codieren näher erläutert. Außerdem werden ethische Überlegungen in Bezug auf die Rolle als Forscherin umrissen. Im Empirieteil werden noch einmal die Forschungsfrage sowie forschungsleitende Annahmen dargestellt, bevor schließlich die Ergebnisse der Analyse präsentiert werden. Hierfür werden zuerst Merkmale der Makrostruktur, also Aufbau der Artikel, Ressort, Genre, Hauptthemen und Schlüsselereignisse, prägende Begriffe im medialen Integrationsdiskurs sowie Abbildungen und dann die Ergebnisse der Feinanalyse der Artikel dargestellt. Im Anschluss werden die Analyseergebnisse der Artikel aus dem „Standard“ und der „Kronen Zeitung“ in der Conclusio einander gegenübergestellt und zusammengefasst.

2 Theoretischer Teil

Den zentralen Teil für den theoretischen Rahmen dieser Masterarbeit bildet das Konzept der Integration, dessen mediale Darstellung im übergeordneten Rahmen postkolonialer Theorien analysiert wird. Dabei bilden die postkolonialen Konzepte Othering und Orientalismus in Verbindung mit Stereotypisierung und Intersektionalität den Kontext für die Ergebnisse der Forschung, welche die beiden Konzepte des Othering und des Orientalismus über die Frage nach der Repräsentation von Differenz miteinander in Verbindung bringen. Bevor diese postkolonialen Ansätze, der Begriff der Integration und die Funktion der Medien näher beleuchtet werden, soll zunächst das Thema dieser Masterarbeit im wissenschaftlichen Diskurs eingebettet sowie anschließend ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand gegeben werden.

2.1 Einbettung der Untersuchung im wissenschaftlichen Diskurs

2.1.1 Wissenschaftliche Verortung und Konkretisierung der forschungsleitenden Fragen

Das Thema dieser Masterarbeit fällt sowohl in die Kategorie der Migrationsforschung als auch in jene der Medienwissenschaften – zwei interdisziplinäre Forschungsfelder, welche sich in vielen Bereichen überlappen, insbesondere, wenn es um die Darstellung von MigrantInnen in den Medien geht. Erste Forschungen zu den Themen Medien und Migration gab es im deutschsprachigen Raum zwar bereits in den 1960er Jahren, doch wurde erst seit den 1990er Jahren vermehrt dazu geforscht (vgl. Ratković 2018: 49). Insbesondere in den letzten Jahren „erfreut sich das Thema Migration in den (deutschsprachigen) Medien- und Kommunikationswissenschaften allerdings zunehmender Beliebtheit und ist geradezu zu einem Modethema geworden“ (ebd.: 49). Im deutschsprachigen Raum gibt es daher bereits eine Vielzahl an sowohl qualitativen als auch quantitativen Studien zur medialen Repräsentation von MigrantInnen und Geflüchteten, mit verschiedensten Forschungsinteressen. Ein Großteil davon stützt sich methodisch entweder auf quantitative Verfahren, die Diskursanalyse oder die qualitative Inhaltsanalyse (vgl. ebd.: 49; Lünenborg et al. 2011: 22f.).

In dieser Masterarbeit soll das Integrationsparadigma im Kontext der beiden ausgewählten Zeitungen „Der Standard“ und „Kronen Zeitung“ kritisch beleuchtet werden. Dabei möchte ich einen Beitrag zur Forschung über die Darstellung von MigrantInnen in den Medien leisten, indem ich den Fokus auf die Thematisierung von Integration von Personen mit Migrationshintergrund in den beiden Zeitungen „Der Standard“ und „Kronen Zeitung“ aus dem Jahr 2021 lege. Im Gegensatz zu den meisten anderen Studien zu den Themen Medien und Migration werde ich mich methodologische dabei an der Grounded Theory orientieren, welche eine offene Gestaltung des Forschungsprozesses ermöglicht und somit erlaubt, bei der Analyse ohne eine vorher festgelegte Systematik in die Tiefe zu gehen.

Dabei soll im Rahmen dieser Masterarbeit die Frage beantwortet werden, inwiefern sich der Diskurs über die Integration von MigrantInnen in den beiden österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen Zeitung“ unterscheidet. Außerdem sollen folgende Unterfragen analysiert werden:

- Inwiefern tragen die beiden Tageszeitungen zu Othering-Praktiken bei und (re)produzieren stereotype Vorstellungen über MigrantInnen?
- Wird der Diskurs über Integration aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet? Wer spricht über wen und wer bekommt die Möglichkeit, selbst zu Wort zu kommen?
- Was sind die vorherrschenden Themen, über die im Zusammenhang mit Integration geschrieben wird?
- Welche Faktoren werden als positiv bzw. negativ für eine gelungene Integration dargestellt?
- Welche Personen(gruppen) werden im Zusammenhang mit Integration angesprochen und mit welchen Begriffen werden diese bezeichnet?

Als MigrantInnen werden in dieser Arbeit Personen verstanden, die selbst oder deren Eltern nach Österreich eingewandert sind. Dabei liegt der Fokus, wenn auch nicht ausschließlich, auf Personen nicht-westlicher Herkunft, da die Analyse sowie die theoretische Literatur zum Thema gezeigt haben, dass es meist jene Personen sind, die im Zusammenhang mit dem Thema Integration angesprochen werden (vgl. Castro-Varela 2013: 40; Lünenborg et al. 2011: 23). Eine genauere Eingrenzung der Personengruppe, etwa nur auf Geflüchtete, wäre in dieser

Masterarbeit nicht sinnvoll gewesen, da in den analysierten Zeitungsartikeln meist keine klare Unterscheidung oder genaue Definition vorgenommen wird und daher oftmals den Artikeln nicht entnommen werden kann, ob eine Person mit Migrationshintergrund einen Flüchtlingsstatus hat oder nicht. Ein reiner Fokus auf Geflüchtete, die laut der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 als Personen definiert werden, die

aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen wollen (UNHCR 1997: 55),

wäre daher nicht mit dem analysierten Datenmaterial vereinbar. Dennoch geht es in einigen der analysierten Artikel, wie in Kapitel 4 näher erläutert werden soll, im Zusammenhang mit dem Thema Integration um Personen, die als „Geflüchtete“ oder „Flüchtlinge“ bezeichnet werden. Ob diese tatsächlich der oben genannten Definition entsprechen, kann jedoch anhand des Datenmaterials nicht nachvollzogen werden.

2.1.2 Relevanz für die Entwicklungsforschung

Diese Masterarbeit leistet für die Entwicklungsforschung einen wichtigen Beitrag, da sich auch das Fach der Internationalen Entwicklung insbesondere seit der großen Flüchtlingsbewegung 2015 mehr denn je gefordert sieht, sich mit den Themen Migration, Flucht und Asyl sowie Integration auseinanderzusetzen, welche von großer gesellschaftlicher und politischer Relevanz sind. Bei Migration und Flucht handelt es sich um globale Phänomene, die ein gesellschaftliches Veränderungspotenzial in sich tragen, jedoch keinesfalls neu sind (vgl. Binder/ Kroner/ Tošić 2009: 123; Binder 2017: 124). Da Migration und Flucht im Kontext der Globalisierung eine wichtige Rolle spielen, sind sie in der Entwicklungsforschung relevant, insbesondere für soziologische und politikwissenschaftliche Studien (z.B. zu Migrations- und Einwanderungspolitik) sowie in Zusammenhang mit Themen wie Transnationalisierung, Governance oder Globalisierung der Arbeitsmärkte. Außerdem zählen auch die finanziellen Mittel, die der Staat für Maßnahmen und Unterstützungsleistungen in Zusammenhang mit Migration, Integration, Flucht und Asyl ausgibt, zu den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Austrian Development Agency 2021a, 2021b; Reinprecht 2011: 99f.).

Die Aktualität des Themas zeigt sich auch an der Vielzahl an Literatur aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Richtungen, die in den letzten Jahren über Migration, Flucht und Integration erschienen ist sowie an den immer wiederkehrenden medialen Schlagzeilen. Dabei ist es kaum möglich, über (Flucht-)Migration zu sprechen und dabei das Thema der Integration außer Acht zu lassen, denn seit Beginn des 21. Jahrhunderts gehört der Integrationsdiskurs zu den dominierenden gesellschaftlichen Diskursen in Europa (vgl. Castro Varela 2013: 8). Außerdem ist die Forschung über die Repräsentation von MigrantInnen in den Medien nicht zuletzt deshalb relevant, da viele Menschen ihr Weltbild heutzutage über die Medien vermittelt bekommen (vgl. Ratković 2018: 55).

2.2 Forschungsstand: mediale Berichterstattung über MigrantInnen

Da sowohl Integration als auch Migration medienwirksame aktuelle Themen und wissenschaftlich und politisch umkämpfte Konzepte sind, gibt es bereits einige Studien und Forschungen darüber. Forschungen im deutschsprachigen Raum kamen zu den Ergebnissen, dass MigrantInnen einerseits selten als Individuen in den Medien vorkommen und andererseits oft als Kollektiv dargestellt werden. Dabei werden sie vorwiegend negativ, verzerrt, stereotypisiert und als Problemgruppe, finanzielle Belastung, Gefahr oder Bedrohung der inneren Sicherheit repräsentiert (vgl. Binder 2017: 140; Ruhrmann et al. 2006: 48; Sponholz 2013: 290; Uslucan 2014: 1). Letzteres gilt vor allem seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowie in Madrid 2004 und in London 2006, welche eine Debatte über den Zusammenhang zwischen Sicherheit und religiösen und kulturellen Unterschieden entfachten. Die mediale Berichterstattung über MigrantInnen ist zudem meist emotionalisiert und sensationalistisch, wobei „gut integrierte“ MigrantInnen, wenn überhaupt, als Ausnahme dargestellt werden (vgl. Ruhrmann et al. 2006: 45).

Dabei geht es in Zusammenhang mit männlichen Migranten oft um Themen wie Kriminalität, Gewalt oder Drogenhandel, während weibliche Migrantinnen vorwiegend in einer Opferrolle dargestellt werden, wobei problematische Themen wie Zwangsheirat, Menschenhandel, Prostitution oder Ehrenmorde überwiegen sowie die Debatte um das Kopftuch muslimischer Frauen. Im Zusammenhang mit dem Thema Integration wird es medial oft so dargestellt, als würde durch das Kopftuch eine hermetisch abgeschlossene Parallelgesellschaft

aufrechterhalten werden, wodurch ein Bild der Fremdheit sowie von Differenz als Bedrohung inszeniert wird. Eine Analyse der deutschen Presse zeigte außerdem, dass Migrantinnen in den Medien vorwiegend als Integrationsbedürftige und als unter Zwang stehende Opfer dargestellt werden, denen häusliche, staatliche oder religiöse Gewalt angetan wurde. Daran hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten kaum etwas geändert (vgl. Lünenborg et al. 2011: 34; Ratković 2018: 53; Uslucan 2014: 2).

Hinzu kommt, dass es sich bei MigrantInnen häufig um MuslimInnen handelt, welche durch mediale Inszenierungen oft stereotyp mit den Diskursen über Terror, Fundamentalismus, Gewalt oder Rückständigkeit in Verbindung gebracht werden, was zu deren negativer Wahrnehmung in der Gesellschaft beiträgt, indem sie als radikal, gewalttätig und frauenfeindlich sowie als stereotypisierte und stigmatisierte Gruppe dargestellt werden (vgl. Benz 2017: 511, 516; Kreutzer 2015: 13; Uslucan 2014: 3). Im hegemonialen Diskurs gilt das Kopftuch dabei als Symbol für die Unterdrückung der muslimischen Frau, den islamistischen Fundamentalismus und politischen Islamismus, wodurch es zu einem „negativen kulturellen Leitbild, zu einem Anti-Bild, das im Widerspruch zur westlichen Kultur und Gesellschaft gesehen werden soll“ (Kreutzer 2015: 24), instrumentalisiert und somit als Gegensatz zum liberalen Westen konstruiert wird. Die kopftuchtragende Muslimin wird also als Identifikationsfigur für alles Negative, sei es Gewalt, Rückständigkeit oder Integrationsprobleme, benutzt, was nicht zuletzt an der Verwendung medialer Bilder sichtbar wird, denn ungeachtet eines konkreten thematischen Bezuges werden Artikel über Terrorismus oder Gewalt oft wie selbstverständlich mit kopftuchtragenden Frauen bebildert (vgl. Kreutzer 2015: 23f., 26).

Die Medienforschung deutet darauf hin, dass Muslime in der Mediendarstellung zu dem symbolischen Anderen geworden sind. Und Frauen mit Kopftuch sind das Stereotyp – für muslimische Menschen, aber auch allgemein das Nichtchristliche, Nichtwestliche, für das nicht zu unserer Nationalkultur Zugehörige. (Prevenzanos 2013, zitiert nach Kreutzer 2015: 26)

Laut Kreutzer (2015) ist es außerdem äußerst selten, dass Medien über individuelle Geschichten und Erfahrungen von Musliminnen mit Kopftuch berichten, in denen diese als selbstbewusst und als erfolgreiche Persönlichkeiten dargestellt werden – und wenn doch, dann meist in Lokalmedien. Und auch wenn positiv über sie berichtet wird, wird das Kopftuch durch die Medien stets als Symbol der Fremdheit dargestellt, das nicht zu „uns“ gehört. Durch

diese medialen Diskurse wird die öffentliche Meinung geprägt, denn durch das ständige Wiederholen stereotyper Darstellungsformen über Musliminnen scheint es so, als würde sich diese gezeigte Wahrheit bestätigen. Dadurch entstehen wiederum Angst und Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber MuslimInnen, welche sowohl die Politik und die Gesetzgebung (etwa Kopftuch- und Verhüllungsverbote) als auch die Entscheidungen von Individuen beeinflussen, was etwa durch Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund von Islamfeindlichkeit zum Ausdruck kommen kann (vgl. Kreutzer 2015: 26f.).

Diese negative Darstellung von MuslimInnen geht auch oft mit einer Verschränkung des Diskurses über Kriminalität einher, denn die Mehrheit der Bilder und Vorstellungen über MigrantInnen entspringt medialen Repräsentationen (vgl. Sehnbruch 2019: 250f). Jäger (2000) schreibt etwa in Zusammenhang mit Kriminalität, ausgehend von einer im Jahr 1997 durchgeführten vergleichenden Diskursanalyse über die Darstellung ausländischer und deutscher StraftäterInnen in fünf Tageszeitungen, dass „ein Auseinanderklaffen von tatsächlicher Kriminalitätsentwicklung und in der Bevölkerung herrschender Kriminalitätsfurcht zu verzeichnen ist.“ (Jäger 2000: 208). Ein Grund dafür seien Bedrohungen, die von der Politik und den Medien vermittelt und in der Gesellschaft verstärkt wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und Medien Einwanderungs- und Integrationsprozesse in ihren Berichten aufzeichnen. Auf der anderen Seite vermittelt diese Berichterstattung auch den Eindruck, dass ein wesentlicher Teil der (deutschen) Bevölkerung die Einwanderung nicht befürwortet (vgl. ebd.: 208f.) und „Berichte über Straftaten von Einwanderern immer in den bereits vorhandenen rassistisch aufgeladenen Einwanderungsdiskurs einklinken und aus dieser Perspektive diesen erneut rassistisch aufladen.“ (ebd.: 209) Außerdem werden die Straftaten, die von AusländerInnen begangen wurden „viel brutaler und gefährlicher gezeichnet [und die TäterInnen] oftmals bezichtigt, das deutsche Sozialsystem zu mißbrauchen, ohne daß dies mit der Straftat in irgendeiner Beziehung stünde.“ (ebd.: 209)

Laut Engel et al. (2019) ist der „Mediendiskurs demnach durch vielschichtige Othering-Prozesse gekennzeichnet, in der „migrantische“ Communities als gefährliche oder auch anti-moderne Räume konzipiert werden“ (Engel et al. 2019: 289). Diese vorwiegend anti-

muslimische Grundhaltung in den Medien warnt in Zusammenhang mit der Zuwanderung von Geflüchteten aus muslimischen Ländern dabei oft vor einer vermeintlichen „Islamisierung Europas“ (vgl. ebd.: 280). V.a. diese Stigmatisierung und die Vorurteile gegenüber MuslimInnen werden durch die Art der medialen Berichterstattung über MigrantInnen gestärkt (vgl. Jäger/ Wamper 2017).

Zudem lässt sich feststellen, dass die Berichterstattung über MigrantInnen eine starke Differenzierung innerhalb der Gruppe der MigrantInnen vornimmt, und zwar anhand deren sozialen Status sowie nach ihren Herkunftsländern. So werden etwa AsylwerberInnen und Menschen aus nicht-westlichen Drittstaaten in einem negativeren Licht repräsentiert als ArbeitnehmerInnen oder SpitzensportlerInnen und MigrantInnen aus Europa oder anderen westlich geprägten Staaten (vgl. Lünenborg et al. 2011: 23).

In Bezug auf das Thema Integration kann angemerkt werden, dass Medien Integration symbolisch herstellen und somit eine Art Gedächtnis der Gesellschaft bilden, indem sie geteiltes Wissen bereitstellen, an dem geteilte Werte anschließen. Dadurch erzeugen die Medien das Bild einer gemeinsamen Welt, die sie durch die Setzung, Selektion und Interpretation von Themen strukturieren und steuern und damit soziale Beziehungen sichtbar werden lassen (vgl. Jarren 2000: 31f.).

Geißler (2000) etwa erläutert in „Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation. Anmerkungen zur medialen Integration von ethnischen Minderheiten“ die Wichtigkeit der medialen Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund für den Integrationsprozess (vgl. Geißler 2000: 131). Dabei spielt die mediale Repräsentation einerseits eine wichtige Rolle für die „Akzeptanz der ethnischen Minderheiten in der deutschen Bevölkerung“ (ebd.: 131), da sie durch deren Darstellung die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten maßgeblich prägt, andererseits fördert eine „angemessene Präsentation [...] die Rezeption der deutschen Medien durch ethnische Minderheiten“ (ebd.: 131) und verbessert „deren Kenntnisse über die Mehrheitsgesellschaft.“ (ebd.: 131) Bezugnehmend auf eine von Geißler durchgeführte Inhaltsanalyse, bei der alle Artikel und Kommentare der *FAZ* und *Siegener Zeitung*, in denen AusländerInnen erwähnt werden, fünf Wochen lang untersucht wurden, führt er aus, dass die meisten Beiträge in beiden Zeitungen ethnische Minderheiten

hauptsächlich im Kontext von Kriminalität erwähnten. Die Darstellung von MigrantInnen weise „diskriminierende und ausgrenzende Elemente“ auf und wirke daher integrationshemmend (vgl. ebd.: 131ff., 136.).

Geißler und Weber-Menges (2013) stellen fest, dass germanozentrische Medien MigrantInnen nur unzureichend selbst zu Wort kommen lassen, ihre Probleme nicht thematisieren und außerdem in der Berichterstattung selbst diskriminierend vorgehen, indem etwa Begriffe wie „Ausländer“ benutzt werden oder MigrantInnen als Problemgruppe für die Mehrheitsgesellschaft dargestellt werden. Dies steht im Widerspruch zum Ziel der interkulturellen medialen Integration (siehe Kapitel 2.3.1), welche sowohl interkulturelle Inhalte, interkulturelle Produktion als auch interkulturelle Nutzung der Medien fordert (vgl. Geißler/ Weber-Menges 2013: 276ff.).

Diese oben dargestellte Art der medialen Repräsentation von MigrantInnen deutet auf die manipulative Funktion der Medien hin (siehe dazu auch Kapitel 2.4), welche durch Dekontextualisierung, arrangierte Szenerien oder Kollektivsymbole hergestellt wird und maßgeblich zum Negativismus gegenüber MigrantInnen beiträgt (vgl. Sehnbruch 2019: 264). Dabei spielt stets die Abgrenzung zwischen „uns“ und „den Anderen“ (Othering) eine zentrale Rolle, wobei die Fremdheit über Kollektivitätszuweisungen wie Religion oder Kultur und die Abgrenzung durch Ethnizität bestimmt wird (vgl. Engel et al. 2019: 288). Die Medien repräsentieren jedoch nicht nur bestimmte Vorurteile und Stereotype, sondern sind auch Vorreiter gesellschaftlicher Trends, indem sie Vorurteile stärken und Diskriminierung vorbereiten (vgl. Ruhrmann 2017: 368).

2.3 Der Begriff Integration

Integration ist ein wesentlicher Bestandteil der medialen Berichterstattung sowie des öffentlichen Diskurses über das Thema Migration – die beiden Themen lassen sich daher kaum voneinander trennen. Dabei gilt Integration in wissenschaftlichen Diskursen oft als jenes Paradigma, „das die öffentlichen Debatten um Migration prägt und gleichzeitig auch in der Forschung einen wichtigen Stellenwert einnimmt, wobei hier auch Praktiken des Othering deutlich werden.“ (Ratković 2018: 14)

Obwohl Integration von vielen gefordert wird und auch in der Forschung einen wichtigen Platz einnimmt, gibt es keine eindeutige Begriffsdefinition dafür, und verschiedene Ansätze schreiben dem Begriff Integration teils unterschiedliche Bedeutungen zu. In den Sozialwissenschaften und dem Forschungsfeld der internationalen Entwicklung ist Integration im Allgemeinen ein positiv besetzter Begriff, demgegenüber die Desintegration als negative gesellschaftliche Entwicklung steht. Hier gilt die Integration in ein übergeordnetes Ganzes (Staat, Nation, Gesellschaft) als wünschenswertes Ziel gesellschaftspolitischer Aktivitäten (vgl. Jarren 2000: 27).

Da für diese Arbeit lediglich jene Ansätze relevant sind, die das Thema Integration in Zusammenhang mit Migration betrachten, soll an dieser Stelle die Definition von Hartmut Esser (2010) angeführt werden, welcher als prägend für die Forschung zu Integration und Migration im deutschsprachigen Raum gilt. Er definiert Integration als „die Entstehung von gleichgewichtigen Interdependenzen zwischen Personen und Gruppen“ (Esser 2010: 9) und sieht MigrantInnen dann als integriert an, „wenn sie aufgrund von Interaktionen mit Einheimischen soziale Beziehungen entwickelt haben und daraus gleichgewichtige Verflechtungen hervorgehen.“ (ebd.: 314)

Im Gegensatz zum differenzierteren wissenschaftlichen Diskurs wird im Alltagsdiskurs Integration zumeist mit einer Anpassungsleistung an die Aufnahmegesellschaft verbunden und betont v.a. die Andersartigkeit der „Anderen“ und deren angenommenes oder reales Unvermögen der Artikulation (vgl. Uslucan/ Brinkmann 2013: 14). Zudem besteht in der Integrationsdebatte ein Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs und politischen Forderungen, denn während in der Forschung „das Verschwinden von Diskriminierung, die Abflachung von sozialen Ungleichheiten, die Ermöglichung von sozialer Aufwärtsmobilität [und] die Vermeidung von Exklusion“ (Ratković 2018: 19) als Faktoren für eine gelungene Integration gelten, fordert der österreichische Staat Integration durch Leistung. Ratković (2018) stellt hier kritisch die Frage, wie die individuelle Leistung dabei aussehen soll, damit weniger Diskriminierung stattfindet (vgl. ebd.: 19).

Von Seiten der Mehrheitsgesellschaft wird von MigrantInnen erwartet, von sich aus eine Integrationsleistung zu erbringen und sich an die Aufnahmegesellschaft anzupassen. Diese

weit verbreitete Sichtweise ist nicht zuletzt auf eine stark ablehnende Haltung gegenüber Migration in vielen Ländern Europas zurückzuführen, die Migration als störend und bedrohlich empfindet und oft mit Kriminalität, Terrorismus und Sicherheitsbedenken oder Armut in Verbindung bringt (vgl. Abadi et al. 2016: 558; Castro Varela 2013: 8ff.). In diesem Kontext wird auch oft zwischen guten und schlechten MigrantInnen unterschieden, wobei erstere hochqualifizierte und ökonomisch wichtige Arbeitskräfte sind, die den Wohlstand der Mehrheitsgesellschaft sichern, und letztere jene wirtschaftlich schwachen MigrantInnen meint, die „unsere“ Ressourcen missbrauchen, indem sie etwa sozialstaatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Diese Dichotomisierung lässt sich auch auf die Gegenüberstellung von vermeintlich gelungener und missglückter Integration übertragen (vgl. Castro Varela 2013: 12, 25; Lünenborg et al. 2011: 34). Hier wird auch der oft negierte Zusammenhang zwischen Migrationspolitik, Rassismus und Klassismus offensichtlich, da einerseits Integration bzw. Anpassung gefordert wird, andererseits aber die Nicht-Integration u.a. durch schlechtere Bildungschance und Arbeitsbedingungen für MigrantInnen befördert wird (vgl. Castro Varela 2013: 29ff.).

Die Problematik, die hier entsteht, ist, dass einerseits die Anpassung an die Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft erwartet wird, wobei Bildung eine zentrale Rolle spielt, gleichzeitig diese Anpassung aber nie komplett gelingen kann und immer eine gewisse Andersartigkeit bestehen bleibt (vgl. Castro Varela 2013: 17). Castro Varela (2013) schreibt in ihrer Streitschrift „Ist Integration nötig“ dazu: „Letztlich zielen auch Integrationspolitiken auf die Produktion von Subjekten, die sich deutsch verhalten, Deutsch sprechen, deutsche Werte und Normen teilen – was auch immer damit gemeint sein soll – und die gleichzeitig nie Deutsch sein können.“ (ebd.: 17) Dabei folgen Integrationspolitiken mithin einem Paradigma der Assimilierung, welches den Eindruck erwecken soll, als wäre Differenz eine Bedrohung für das eigene Dasein und das dadurch Angst vor einer Desintegration der Gesellschaft durch nicht geteilte Werte und Normen unter ihren Mitgliedern schürt (vgl. ebd.: 17).

Da gesellschaftliche Integration aber „nicht nur eine Frage der Integration von Zugewanderten in die bestehende Gesellschaft, sondern von Integration aller in eine sich stetig verändernde Gesellschaft“ (Karakaşoğlu 2013: 127) ist, sollte laut Karakaşoğlu (2013) als erster Schritt zu

einer erfolgreichen Integration das System selbst seine Integrationsfähigkeit, also seine Fähigkeit zur Veränderung, beweisen (vgl. ebd.: 127). Da Schulen einen zentralen Motor von Integration darstellen, wären ihr zufolge zuallererst Veränderungen im Bildungssystem ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen Wandel. Denn es scheinen vor allem auch strukturelle Probleme wie die frühe Selektierung von Kindern zu sein, die dazu führen, dass Kinder von MigrantInnen im Schulsystem oft nicht erfolgreich sind (vgl. ebd.: 144f.). Eine Steuerung der Integration über das Bildungssystem könne aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Schule von den bestehenden Voraussetzungen der SchülerInnen ausgeht, anstatt zu versuchen, die Kinder für das System passend zu machen, wie das etwa durch Angebote außerhalb des Regelunterrichts geschieht, die sich ausschließlich an Kinder mit Migrationshintergrund anstatt an alle richten (vgl. ebd.: 147f.).

2.3.1 Interkulturelle Integration als Mittelweg zwischen Assimilation und Separation

In öffentlichen Debatten wird oft von MigrantInnen gefordert, sich zu integrieren, ohne jedoch zu definieren, was genau darunter verstanden wird. Im Grunde wird aber meist eine Assimilation – also eine Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft – gefordert, die so weit geht, „dass eine Unterscheidung zwischen ‚Neuen‘ und ‚Alten‘ nicht mehr möglich ist“ (Ratković 2018: 18), obwohl gleichzeitig der Eindruck entsteht, dass die Anpassung an die Aufnahmegesellschaft unter Beibehalten der eigenen Kultur geschehen soll. Dabei wird den MigrantInnen ein Verhaltenskodex vorgeschrieben und eine Assimilation ihrerseits im Sinne einer vollständigen Akkulturation der MigrantInnen ohne Veränderung der Aufnahmegesellschaft als Ziel angesehen (vgl. ebd.: 18). In Österreich werden etwa von staatlicher Seite Integrationsmaßnahmen im Rahmen der seit 2016 verpflichtenden Wertekurse für Geflüchtete (Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sowie für Drittstaatsangehörige und Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, die Sozialhilfe beziehen), gefordert. In diesen Kursen sollen an drei Tagen die „österreichischen Werte“ vermittelt werden, zu denen die Akzeptanz von Homosexualität, Toleranz, Religionsfreiheit, Frauenrechte etc. zählen (vgl. Österreichischer Integrationsfonds 2022). Ein absolvierter Kurs wird als Beitrag zu einer „erfolgreichen“ Integration in Österreich gewertet, wohingegen Nicht-Beachtung dieser Werte als „Integrationsverweigerung“ eingestuft wird.

Mit dem „Integrationsdispositiv“ gelingt es somit in öffentlichen Debatten durch bestimmte Vorkehrungen und Maßnahmen, die für eine „erfolgreiche Integration“ sorgen sollen, eine plausible Unterscheidung zwischen „uns“ und den „Anderen“ herzustellen und diese Trennung zu legitimieren, hinter der nicht zuletzt politische Interessen stecken (vgl. Ratković 2018: 20, 22). Laut Geißler und Weber-Menges (2013) ist Assimilation in der Praxis aber meist ein Prozess, der sich erst über mehrere Generationen hinweg vollzieht, wobei die interkulturelle Integration im Sinne eines Mittelweges zwischen Assimilation und Separation als eine Vorstufe zur Assimilation fungieren kann (vgl. Geißler/ Weber-Menges 2013: 275).

Das Gegenstück zur Assimilation, welches medial oft als Gefahr dargestellt wird, ist die Separation im Sinne der Segregation. Diese kann dann problematisch sein, wenn sich bestimmte ethnische Gruppen z.B. in Kindertageseinrichtungen ballen und nur ein sehr geringer Kontakt zur Aufnahmegesellschaft besteht. Wenn der Kontakt zum Aufnahmeland fehlt bzw. überwiegend durch negative Erfahrungen wie Diskriminierung und Rassismus und empfundene Ablehnung geprägt ist, besteht unter den MigrantInnen eine größere Tendenz, an den traditionellen Werten aus dem eigenen Herkunftsland festzuhalten, sowie sich vermehrt von der Aufnahmegesellschaft zurückzuziehen und nur noch Kontakte zur eigenen ethnischen Gruppe zu pflegen (vgl. Brinkmann 2013: 107ff.). Die zum Teil medial inszenierte Angst vor daraus resultierenden „Parallelgesellschaften“ ist jedoch meist stark übertrieben. Dabei wird MigrantInnen schnell einmal vorgeworfen, Parallelgesellschaften zu bilden, wenn sie sich mit Personen aus dem eigenen Herkunftsland vernetzen, wohingegen eine derartige Vernetzung in anderen Kontexten, wie etwa im beruflichen Bereich, begrüßt wird. Gerade Strukturen der gegenseitigen Unterstützung, die für Absicherung unter den MigrantInnen sorgen, werden also von „außen“ oft als problematisch angesehen (vgl. Ratković 2018: 18).

Laut Geißler (2005) gibt es nur drei Wege, die MigrantInnen beschreiten können, nämlich indem sie entweder assimiliert, integriert oder separiert sind, wobei die interkulturelle Integration als Mittelweg zwischen Assimilation und Separation dargestellt wird, die im Gegensatz zum Multikulturalismus, bei dem man bloß nebeneinander in „Parallelgesellschaften“ lebt, den Fokus auf den gemeinschaftlichen Austausch legt (vgl. Geißler 2005: 63f.). Dabei lässt Geißler jedoch außer Acht, dass es nicht nur drei Wege geben

kann, sondern durchaus verschiedene Varianten und Überschneidungen dieser Zustände (vgl. Ratković 2018: 51).

Geißler stellt außerdem fest, dass Integration ein wechselseitiger Prozess aller Beteiligten, also der MigrantInnen wie auch der Aufnahmegesellschaft, sein sollte. Er betont die Notwendigkeit einer aktiven Akzeptanz einer gewissen kulturellen Differenz der „Anderen“, aber genauso die Notwendigkeit, MigrantInnen durch kollektive aktive Förderung zu integrieren. Zudem weist er auf die Wichtigkeit der Anerkennung durch die Einwanderungsgesellschaft hin, dass Einwanderung einerseits aus ökonomischen und demografischen Gründen, andererseits teilweise auch aus humanitären Verpflichtungen heraus notwendig ist und die Anwesenheit von MigrantInnen im Land daher nicht grundsätzlich als negativ angesehen werden sollte. Integration ist demnach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, also ein zwei- und wechselseitiger Prozess, in dem beide Seiten die Bereitschaft zeigen sollten, den jeweils anderen offen zu begegnen und Kompromisse zu schließen (vgl. Geißler 2005: 63ff.; Geißler/ Weber-Menges 2013: 275). Demzufolge fordert das Konzept der interkulturellen Integration eine „angemessene Balance“ aller Beteiligten am Integrationsprozess, nämlich einerseits zwischen „den Bedürfnissen der Minderheit auf Anerkennung ihrer soziokulturellen Besonderheiten und den Bedürfnissen der Mehrheit nach Kenntnis sowie Anerkennung des gemeinsamen rechtlichen, kulturellen und sozialen Rahmens, der für das Miteinander unabdingbar ist“ (Geißler/ Weber-Menges 2013: 274).

2.3.2 Der mediale Diskurs über Integration

Diskurse über Integration beschreiben Praktiken, die systematisch durch beständige Wiederholung bestimmter Aussagen jene Gegenstände erst erschaffen, von denen sie sprechen und sehr wirkungsmächtig sind, da sie eine direkte Verbindung zwischen Wahrheit, Macht und Wissen herstellen (vgl. Castro Varela 2013: 12). Wenn Integration in den Medien thematisiert wird, ist damit meist die Integration von MigrantInnen in die „Aufnahmegesellschaft“ gemeint. Im Folgenden soll beleuchtet werden, was Integration im Mediendiskurs bedeutet, indem aufgezeigt wird, welches semantische Feld hier aufgebaut wurde.

Auch wenn die genaue Definition von („erfolgreicher“) Integration in den meisten medialen Berichten unklar bleibt, kann festgestellt werden, dass der Begriff eine Umdeutung erfahren hat, denn das lateinische Wort „integratio“ bedeutet ursprünglich „Vereinheitlichung“, „Zusammenschluss“ und „Wiederherstellung (eines Ganzen)“, wobei das Verb „integrare“ als „ergänzen“ oder „vervollständigen“ übersetzt werden kann. In der deutschsprachigen Berichterstattung über MigrantInnen bekommt der Begriff Integration aber eine eigene Bedeutung, indem Integration einerseits als eine Leistung von Seiten der MigrantInnen definiert wird, die andererseits zudem auf einer Frage des Willens basiert (vgl. Sponholz 2013: 296f). Mithilfe der Medien wird dabei ein Selbstverständnis „integrierter Subjekte“ und „unintegrierter MigrantInnen“ kreiert, das eine Legitimierung dafür erzeugt, dass MigrantInnen, die sich nicht integrieren (wollen), selbst daran schuld sind, wenn sie auf der Strecke bleiben (vgl. Castro Varela 2013: 35).

Der Begriff Integration wird dabei eng mit dem Begriff der Migration verbunden und gleichzeitig mit einer Forderung nach Assimilation besetzt. Durch bestimmte Wortkonstellationen, die aus Begriffen wie „Bringschuld“, „Integrationsverweigerung“, „Parallelgesellschaft“, „Integrationsbereitschaft“ und „Integrationsfeindlichkeit“ (Sponholz 2013: 298) bestehen, verwandelt sich der Begriff Integration somit im öffentlichen Diskurs in eine Assimilationspflicht (vgl. ebd.: 296ff., 302f.). Dabei liegt die Hegemonialität dieser negativen Darstellung nicht daran, „dass andere Meinungen nicht gehört werden, sondern [daran], dass der Gegenstand der Meinungen – pro und contra – schon durch die Einrahmung vorher bestimmt ist.“ (ebd.: 303) Somit beziehen sich auch positive Repräsentationen über MigrantInnen auf den vorherrschenden Diskurs, indem sie Argumente liefern, die die hegemoniale Berichterstattung widerlegen sollen und sich aber genauso auf diese beziehen (vgl. ebd.: 303f.).

An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass im Integrationsdiskurs in erster Linie Menschen aus muslimischen Ländern oder ehemaligen Kolonien als MigrantInnen bezeichnet werden, kaum jedoch MigrantInnen aus europäischen Ländern (Ex-Jugoslawien ausgenommen), den USA, Japan oder Australien, was die rassistische neo-koloniale Haltung unterstreicht. Jene MigrantInnen werden in den Medien konstant kriminalisiert und als

Gegenbild eines liberalen, toleranten und humanistischen Europas konstruiert (vgl. Castro Varela 2013: 37, 40).

2.3.3 Integrationspolitik im Lauf der Geschichte

Migration ist in Österreich kein neues Phänomen – auch seit 1945 gab es immer wieder größere und kleinere Zuwanderungsbewegungen, wobei Österreich im letzten Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges größtenteils von Auswanderung gekennzeichnet war. Somit wurden die im Land ankommenden Flüchtlinge in Folge des Aufstands in Ungarn 1956 und des Prager Frühlings 1968 zunächst noch positiv aufgenommen. Durch einen akuten Mangel an Arbeitskräften wurden ab den 1960er Jahren ArbeitsmigrantInnen, die sogenannten „Gastarbeiter“ angeworben, welche vorwiegend aus der Türkei und Jugoslawien, aber auch aus Ländern Südeuropas wie Griechenland und Italien kamen. Bei diesem Gastarbeitersystem wurde ursprünglich davon ausgegangen, dass die GastarbeiterInnen in einem Rotationssystem das Land wieder verlassen würden, weshalb es zu keinen integrationspolitischen Maßnahmen kam. Dabei wurden die GastarbeiterInnen vielmehr als anonyme Arbeitsmasse denn als Individuen gesehen. Doch in den folgenden Jahren stellte sich heraus, dass die ins Land geholten ArbeiterInnen bleiben und zudem ihre Familien nachholen würden (vgl. Ratković 2018: 15f.; Strasser/ Tošić 2014: 127ff.), woraufhin Österreich „erhebliche Hürden auf dem Weg zum sicheren Aufenthalt oder gar zur Staatsbürgerschaft“ (Strasser/ Tošić 2014: 127) errichtete.

Ab den frühen 1970er Jahren veränderte sich die Wahrnehmung der ArbeiterInnen als temporäre Gäste langsam und es wurde klar, dass sich die Menschen nun in Österreich „integrieren“ mussten, was anfangs jedoch viel mehr einer Anpassung als einer gegenseitigen Annäherung gleichkam. 1973 kam es aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen zu einem Anwerbestopp für ArbeiterInnen aus dem Ausland und 1975 wurde ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz beschlossen, welches den Zugang zum Arbeitsmarkt für AusländerInnen einschränkte. Anfang der 1980er Jahre wurde erstmals die Asylpolitik in Österreich verschärft (vgl. Strasser/ Tošić 2014: 127ff.).

1989, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den darauffolgenden Kriegen in Jugoslawien, Tschetschenien und Afghanistan, veränderte sich die Einwanderungssituation in Österreich erneut. 1992/93 wurde das Quotensystem eingeführt, mit dem der Zuzug begrenzt und jedes Jahr neu geregelt wurde. 1997 kam im Rahmen des Integrationspakets der Slogan „Integration vor Neuzuzug“ auf, der die bereits vorherrschende restriktive und selektive Migrationspolitik unterstrich. Zudem wurde 1998 das Staatsbürgerschaftsrecht verschärft, welches immer mehr Bedingungen an MigrantInnen stellte, welche bis heute gelten, wie etwa eine Wartezeit von mindestens zehn Jahren, Deutschkenntnisse, ökonomische Unabhängigkeit, Nachweis eines Krankenversicherungsschutzes, hohe Gebühren sowie der Beweis der „erfolgreichen“ Integration, einer bejahenden Einstellung zur Republik und des ununterbrochenen Aufenthaltes im Land. Heute kommen zu diesen Anforderungen noch Deutsch- und Landeskundentests hinzu (vgl. Strasser/ Tošić 2014: 129f.).

Ab dem Jahr 2000 wurde das österreichische Fremdenrecht zunehmend restriktiver, die Rhetorik abwertender und die Integrationsvorgaben wurden konkreter. 2011 löste das von der damaligen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) ausgearbeitete Fremdenrechtspaket schließlich das Quotensystem durch ein kriteriengeleitetes Punktesystem ab, welches auf „Integration durch Leistung“ abzielt und hochqualifizierte, jüngere MigrantInnen, die bereits über Deutschkenntnisse verfügen und in Branchen arbeiten, in denen es an österreichischen MitarbeiterInnen mangelt, durch die Erteilung des Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot-Karte“ bevorzugt (vgl. ebd.: 131ff.). „Dies fördert nicht nur eine überwiegende Elite-Migration, sondern passt einseitig die MigrantInnen bereits vor der Einreise dem ‚österreichischen Bedarf‘ und dem erwünschten Bild eines/einer leicht integrierbaren MigrantIn an.“ (ebd.: 133). Durch die gezielte Selektion von qualifizierten MigrantInnen wird außerdem automatisch zwischen „guten“ und „schlechten“ MigrantInnen unterschieden – erstere sind jene, die durch ihre Berufsausübung zum Wohlstand in Österreich beitragen, letztere jene, die selbst staatliche Ressourcen in Anspruch nehmen (vgl. Ratković 2018: 26).

Diese Verschärfung der Maßnahmen trägt auch maßgeblich zu einer Aufenthaltsunsicherheit unter den MigrantInnen bei, welche nicht zuletzt die Integrationsbereitschaft unterminiert, da oft nicht klar ist, ob die Aufenthaltserlaubnis verlängert wird oder nicht. Dies macht in

vielen Fällen eine langfristige Lebensplanung unmöglich, was sich auch auf die gesellschaftliche Partizipation, die berufliche Weiterbildung oder das Bildungsengagement der Kinder auswirkt. Zudem kommen die Hürden des Spracherwerbs, oftmals geringer Bildung oder fehlender Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen sowie Arbeit in schlecht bezahlten Bereichen mit erhöhter Gesundheitsbelastung und der Faktor der Diskriminierung und Ausgrenzung von Seiten der Aufnahmegesellschaft und (struktureller) Rassismus hinzu (vgl. Anderson 2013: 28ff.). All diese Faktoren stehen einer „erfolgreichen“ Integration eher hinderlich im Wege, denn „ein wesentlicher Faktor für das Gelingen der Integration von MigrantInnen ist ihre ökonomische Einbindung und der Zugang zu beruflichem Erfolg und sozialer Akzeptanz im Aufnahmeland – im Sinne von Zugehörigkeit.“ (ebd.: 42).

Auf gesamteuropäischer Ebene sind die drei verschiedenen Typen von Integrationsregimen laut Strasser und Tošić (2014) im Wesentlichen geprägt „von sozialer Segregation bzw. kultureller Assimilation (Deutschland, Österreich, Schweiz), von republikanischem Monokulturalismus (Frankreich, Teile Belgiens) oder von kulturellem Pluralismus (Niederlande, Großbritannien)“ (Strasser/ Tošić 2014: 125f.). Seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden die verschiedenen Asylpraxen sowie Beschränkungen der Zuwanderung innerhalb der EU im Rahmen der Vergemeinschaftung der Europäischen Union zunehmend aufeinander abgestimmt und werden seither bei gemeinsamen Konferenzen der EU-Innenminister koordiniert. In diesem Zusammenhang fand auch die sogenannte „Festung Europa“ zum Schutz der europäischen Außengrenzen einen immer größeren Zuspruch unter den Mitgliedsstaaten (vgl. Anderson 2013: 27f.).

Im Jahr 2004 kam es schließlich zu einer Integrationsoffensive der EU und der Europäische Rat nahm elf gemeinsame Grundprinzipien der Integration an, mit dem Ziel, die unterschiedlichen Migrationsregime einander anzugleichen; für die konkreten integrationspolitischen Maßnahmen bleiben jedoch weiterhin die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich (vgl. Strasser/ Tošić 2014: 126f.). Diese Bemühungen auf europäischer Ebene legten den Fokus nun auf „Integration mit Sprache und Grundwerten als das zentrale Mittel der Umsetzung“ (ebd.: 127), wodurch das Potential der ZuwandererInnen genutzt werden sollte (vgl. ebd.: 127). Dies trug

aber gleichzeitig zu einer klaren politischen „Unterscheidung zwischen erwünschten und unerwünschten Zuwanderergruppen“ (Anderson 2013: 28) bei.

2016 veröffentlichte die Europäische Kommission erstmals einen Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen, welcher die konkreten Maßnahmen beschreibt, die die Mitgliedstaaten in ihrer Umsetzung der Entwicklung und Stärkung der Integrationspolitik unterstützen sollen (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022). Dazu zählen

Integrationsmaßnahmen vor der Ausreise bzw. vor der Ankunft, insbesondere für Personen, die eindeutig Anspruch auf internationalen Schutz haben und neu angesiedelt werden sollen, allgemeine Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt und die Berufsausbildung, Zugang zu Grundversorgungsleistungen wie Wohnen und Gesundheitsdiensten, aktive Teilhabe und soziale Inklusion. (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022)

Im Jahr 2016 wurde außerdem das „Europäische Integrationsnetzwerk“ gegründet, in dessen Rahmen seither ein regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch der Mitgliedstaaten stattfindet, wobei die Europäische Kommission als Koordinierungsinstanz im Integrationsbereich fungiert (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022). 2021 wurde schließlich ein neuer Aktionsplan („Action Plan on Integration and Inclusion 2021-2027“) veröffentlicht, welcher auf den Maßnahmen von 2016 aufbaut und den Anwendungsbereich erweitert, sodass nun neben Drittstaatsangehörigen auch die Integration von EU-BürgerInnen mit Migrationshintergrund miteingeschlossen ist. Weitere neue Aspekte sind u.a. der Fokus auf Gender Mainstreaming und die Stärkung von Frauen, der Aufbau neuer Partnerschaften im Bereich Integration mit unterschiedlichen Stakeholdern sowie die Bildung einer Expertengruppe bestehend aus MigrantInnen und Personen, die sich für deren Interessen in der EU einsetzen, um künftige EU-Politiken in den Bereichen Migration, Asyl und Integration mitzugestalten (vgl. Europäische Kommission 2020).

Die Integrationspolitik auf europäischer Ebene erfuhr also in den letzten beiden Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel, wobei die Politik des Multikulturalismus zunehmend kritisiert wurde, da dieser kulturelle Differenzen vielmehr stärke als diese zu überwinden und somit die Integration gefährde. Diese Anti-Multikulturalismus Stimmung machte den Multikulturalismus für fehlenden sozialen Zusammenhalt verantwortlich und erklärte

bisherige Integrationsbemühungen für vollkommen gescheitert. Dieses Scheitern wurde größtenteils an hohen Kriminalitätsraten von Zugewanderten und überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit unter denselben ausgemacht, was nun durch verstärkte Integrationsmaßnahmen bekämpft werden soll (vgl. Strasser/ Tošić 2014: 124).

Die europäische Integrationspolitik richtet sich indes seither implizit insbesondere gegen MuslimInnen und marginalisierte ethnische Gruppen, die für „demokratie- und frauenfeindliche Ausländerghettos“ (ebd.: 125) verantwortlich gemacht werden. Dabei soll das Ziel verfolgt werden, die europäischen Werte zu stärken, Drittstaatsangehörige vor Arbeitslosigkeit und Marginalisierung zu schützen sowie den Kampf gegen den Terrorismus zu fokussieren. Zudem sollen Frauen aus Drittstaaten in Zusammenhang mit der Integrationspolitik vor „traditionsbedingter Gewalt“, wie etwa Ehrenmorden, geschützt werden (vgl. ebd.: 124f.), welche als Argumente gegen den Multikulturalismus dienen und somit eine zunehmend selektive Einwanderungspolitik durch die Betonung von geteilten Werten und Integration als individuell zu erbringende Leistung legitimieren sollen. Das Paradoxe daran ist, dass sich dieselben PolitikerInnen für restriktivere Maßnahmen in der Migrationspolitik aussprechen, die sich gleichzeitig damit rühmen wollen, die „gefährdeten Frauen der Parallelgesellschaften“ zu unterstützen. Tatsächlich jedoch tragen sie durch die restriktiven Integrationsmaßnahmen meist zu deren schlechteren Stellung und Einschränkung ihrer Autonomie bei (vgl. ebd.: 147).

2.4 Medien

2.4.1 Die Funktion von Massenmedien

Die Medien spielen in ihrer Funktion als Vermittler von Ideologie und Wissen sowie als „Transportmittel“ für Deutungen und Bilder im Leben der meisten Menschen eine zentrale Rolle und tragen stark zur Meinungsbildung bei. In der Mediensozialisationsforschung werden Medien als symbolische Ressourcen angesehen, die als wichtige Orientierung dienen und durch Geschichten und Identifikationen den KonsumentInnen als Basis für die Reflexion der eigenen sowie einer gesellschaftlichen bzw. gruppenbezogenen Identität dienen. Dabei werden Medienfiguren (oft unbewusst) als Vorbilder herangezogen (vgl. Lünenborg et al. 2011: 17; Ratković 2018: 46, 50, 55).

Medien versuchen aufgrund „ihrer Funktion, durch Realitätsvermittlung praktische Orientierungsmuster zu liefern“ (Sponholz 2013: 296), sich in ihrer Berichterstattung möglichst der Alltagssprache anzunähern. Durch die künstliche Nachahmung der direkten Wahrnehmung soll so Alltagswissen simuliert werden (vgl. ebd.: 296). Außerdem sind Medien sowohl Sprachrohr von WissenschaftlerInnen als auch „Meinungsmacher“ der Politik und tragen „zur Aufrechterhaltung von Vorurteilen, Eigengruppenfavorisierung und Fremdgruppenabwertung“ (Ruhrmann et al. 2006: 68) bei und können diese auch verstärken (vgl. ebd.: 68; Sponholz 2013: 292). Sie bestimmen demnach zu einem großen Teil das Konstrukt phänotypischer Differenz mit und tragen maßgeblich dazu bei, Wahrnehmungs- und Denkmuster zu konstituieren, die unsere Selbst- und Fremdwahrnehmung beeinflussen und Rassismus hervorbringen. Daher entspringt die Mehrheit der Bilder und Vorstellungen über MigrantInnen (stereotypen) medialen Repräsentationen, wobei insbesondere MuslimInnen mit negativen Konnotationen überfrachtet werden (vgl. Castro Varela 2013: 7; Sehnbruch 2019: 250f., 263; Vlasic 2012: 420). Aufgrund der Definitionsmacht der Medien stehen MigrantInnen selbst dem Prozess der negativen Berichterstattung jedoch meist ohnmächtig gegenüber (vgl. Sponholz 2013: 292).

Medien haben demnach auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Integration von MigrantInnen, denn durch ihre Rolle als Vermittler von Werten und Normen tragen sie eine große Verantwortung, indem sie die KonsumentInnen bei der Bildung ihrer Meinung unterstützen. Doch dies trägt auch ein gewisses Manipulationspotential in sich, denn „durch ihre Auswahl-, Repräsentations- und Darstellungsmuster erschaffen Nachrichten, Berichte, Kommentare oder Interviews spezifische Ausschnitte und Interpretationen gesellschaftlicher Wirklichkeit“ (Lünenborg et al. 2011: 17) und schaffen so spezifische Bilder von MigrantInnen in den Köpfen der KonsumentInnen. Somit tragen Massenmedien wesentlich zur Herstellung von gesellschaftlicher Exklusion und Inklusion bei (vgl. ebd.: 17f.), denn „Medien bilden keine gesellschaftlichen Verhältnisse ab, sondern konstruieren nach ihren Regeln Bedeutung.“ (ebd.: 67) Eine zentrale Aufgabe von Journalismus für die Gesellschaft liegt somit in seiner Integrationsfunktion, die Gemeinschaft durch die medial bereitgestellten Informationen, Argumente und Diskurse herstellt und dadurch bestimmt, wer von der Gesellschaft ausgeschlossen wird (vgl. ebd.: 145).

In Zusammenhang mit dem Thema Migration kann festgestellt werden, dass insbesondere Menschen ohne Migrationshintergrund ihr Wissen und ihre Meinung über MigrantInnen zu einem großen Teil aus dem Wissen formen, das sie über die Medien vermittelt bekommen (vgl. ebd.: 55). Dies ist besonders bei fehlendem realem Kontakt zwischen der Aufnahmegesellschaft und Menschen mit Migrationshintergrund problematisch, da der persönliche Kontakt dann durch verzerrte Informationen aus den Medien ersetzt wird (vgl. Ruhrmann et al. 2006: 68), denn die „mediale Repräsentation liefert kein Abbild gesellschaftlicher Realität.“ (Lünenborg et al. 2011: 18) Dazu schreibt Sponholz (2013): „Medien spiegeln keine Realität wider, sondern bieten ihren Nutzern *Repräsentationen* einer primären Realität, die durch einen Rekonstruktionsprozess entstehen“. (ebd.: 292)

Die Rekonstruktion besteht dabei aus den Prozessen der Themenauswahl (agenda-setting), der Einrahmung der Themen (framing) und dem Aufbau des semantischen Feldes (vgl. ebd.: 292). Bei der Themenauswahl wird durch die Medien bestimmt, was für die MediennutzerInnen „existiert“, denn sie haben die Entscheidungsmacht darüber, was wahrgenommen wird und was nicht, also worüber man nachdenkt und somit auch was man darüber denkt. Durch das Framing bekommt das Thema einen Deutungsrahmen, es werden also bestimmte Aspekte selektiert und als besonders wichtig hervorgehoben. Indem das Thema Migration als Risiko eingerahmt wird, werden MigrantInnen so „mittels Rahmung im Mediendiskurs als Bedrohungs- und Belastungsproblem definiert“ (ebd.: 294). Im abschließenden Prozess wird ein semantisches Feld aufgebaut, indem Realitätsausschnitte rekonstruiert werden. Hierbei werden Wörter mit einer bestimmten Bedeutung aufgeladen und werden so zu Begriffen, wie etwa das Beispiel der Berichterstattung über Kriminalität in Zusammenhang mit einer ausländischen Herkunft der TäterInnen zeigt. Denn dadurch, dass die ausländische Herkunft der TäterInnen genannt wird, wird implizit ein Zusammenhang zwischen der Straftat und dem Status als MigrantIn suggeriert, auch wenn dieser in der Realität gar nicht existiert. Genauso werden bestimmte Formulierungen eingesetzt, wie etwa „Asylantenströme“ oder „das Boot ist voll“, welche eine Bedrohung der einheimischen Bevölkerung glaubhaft machen wollen (vgl. ebd.: 293ff.).

2.4.2 Die Rolle von JournalistInnen

Was in den Medien berichtet wird, liegt in der Hand der Medien selbst. Dabei liegt die Definitionsmacht der Medien bei den JournalistInnen, welche bestimmen, was wie medial dargestellt wird. JournalistInnen sind in ihrer Berichterstattung jedoch nicht komplett frei, sondern sind an bestehende Rahmenbedingungen wie Zeitdruck, Platzvorgaben, Rechercheaufwand und Organisationsregeln gebunden. Die Machtverhältnisse innerhalb einer Redaktion und die Blattlinie spielen außerdem eine wichtige Rolle, denn ein/e MitarbeiterIn hat bei Weitem nicht die gleiche Macht, seine/ihre subjektive Einstellung in die Berichterstattung miteinfließen zu lassen, wie der/die ChefredakteurIn (vgl. Sponholz 2013: 298f.).

Es bestimmen aber nicht nur mediale Rahmenbedingungen über die Art und Weise der Berichterstattung, sondern auch außermediale Faktoren. JournalistInnen sind etwa außerdem von sogenannten Routinequellen abhängig, von denen sie Informationen übernehmen, da sie ansonsten mit der Recherchearbeit überfordert wären und den Ansprüchen an täglich neuer Information nicht nachkommen könnten. Offizielle Quellen, wie etwa aus Ministerien, werden dabei v.a. in Politikressorts bevorzugt, da diese als zuverlässige Informationslieferanten gelten. Dies hat aber zur Folge, dass diese Routinequellen, also etwa die Politik, die Möglichkeit hat, die Themen, über welche berichtet wird, und deren Rahmen zu bestimmen. So kommt es auch, dass durch politische AkteurInnen, die als InformationslieferantInnen für die Medien fungieren, eine Verbindung zwischen Integration und Sprachkenntnissen hergestellt und das komplexe Thema der Integration auf einige wenige Punkte reduziert wird, was auch an politische Interessen gekoppelt ist. Natürlich gibt es auch andere als politische Quellen, die keine institutionellen Verbindungen haben, doch ist der Rechercheaufwand in diesem Fall für JournalistInnen höher, und die Artikel sind dann meist nicht multifunktionell einsetzbar, sondern konzentrieren sich hauptsächlich auf die Lokalberichterstattung, wie etwa im Fall von Selbstporträts von MigrantInnen (vgl. Sponholz 2013: 300f., 305).

2.4.3 Boulevardmedien – Kronen Zeitung

Rudi Renger (2001) beschreibt den Begriff „Boulevardisierung“ als einen „von oben nach unten abfallenden Prozess“:

Der scheinbare Niedergang von einem den journalistischen Standards und Qualitätsnormen wie Objektivität sowie der Vermittlung von Wahrheit verpflichteten, hochstehenden Informationsjournalismus zu einem sich an die Begierden und Unterhaltungswünsche des Publikums anbietenden, minderwertigen Sensationsjournalismus. (Renger 2001: 71)

Die Boulevardpresse ist somit als eine Mischform zwischen Journalismus und Unterhaltung zu verstehen, die ihre eigenen Gesetze hat (vgl. ebd.: 73). Die wichtigsten Merkmale der Boulevardzeitungen sind die Verwendung von vielen Bildern, die Emotionen herbeiführen sollen, sie sind eher meinungsorientiert, weisen einen geringen Anteil an Berichten und Reportagen auf und benutzen eine einfache und klare Sprache, die der Alltagssprache nahe ist (vgl. Neissl 2001: 98f.). Auch die Verwendung von Stereotypen und Metaphern, sowie eine vereinfachte und generalisierende Darstellung von Sachverhalten zählen zu den Unterschieden zwischen Boulevard- und Qualitätsmedien (vgl. ebd.: 110).

Die „Kronen Zeitung“ ist eine österreichische Tageszeitung, die seit dem Jahr 1900 besteht und seither täglich erscheint (mit Ausnahme der Jahre 1941-1959). Sie wird den Boulevardmedien zugerechnet. Sie erfüllt die Kriterien einer Tageszeitung nach Aktualität, Periodizität, Publizität und Universalität, jedoch sind diese ungleich gewichtet, wobei Themen, die Bereichen wie Unterhaltung und Sensation zugeordnet werden können, überwiegen. Zudem fällt sie durch ihre einfache Sprache mit kurzen, simplen Sätzen und einer emotionsgeladenen Wortwahl auf, wodurch keine intellektuellen Anforderungen an die LeserInnen gestellt werden und so überwiegend das Ziel der Unterhaltung verfolgt werden kann. Denn schließlich geht es in erster Linie darum, gute Verkaufszahlen zu erzielen (vgl. Henning 1999: 955, 961).

Die „Kronen Zeitung“ ist nicht nur die Zeitung mit der größten Reichweite in Österreich (vgl. Media-Analyse 2020: 8), sondern auch jene, die laut der Statistik des Österreichischen Presserates im Zeitraum 2011-2021 jedes Jahr im Vergleich zu anderen österreichischen Zeitungen am häufigsten gegen den Ehrenkodex der Presse, u.a. gegen Punkt 7 (Schutz vor Pauschalverunglimpfungen und Diskriminierung durch Erwähnung der Herkunft oder

Religion), verstoßen hat (vgl. Österreichischer Presserat 2021). Somit spielt die „Kronen Zeitung“ nicht nur wegen ihrer Reichweite eine wichtige Rolle für den öffentlichen Diskurs; ebenfalls ist die Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund vor allem in der Boulevardpresse negativ konnotiert, wobei häufig Kriminalität und sexualisierte Gewalt im Vordergrund stehen und innerhalb der Gruppe der MigrantInnen stark nach ihrem sozialen Status unterschieden wird, was sich in den verwendeten Begriffen für Menschen mit Migrationshintergrund widerspiegelt (vgl. Jäger 2000: 212; Lünenborg et al. 2011: 23). Was die Darstellung von Vorurteilen angeht, weiß die „Kronen Zeitung“, so Ruth Wodak (1991: 108), „welche Gruppe zu welcher Zeit eine außenstehende ist. Welche Stimmung im Lande herrscht. Welche Ängste zu mobilisieren sind.“

2.4.4 Qualitätsjournalismus – Der Standard

Was Qualität ausmacht, ist eine zentrale Frage in den Medienwissenschaften, auf die es keine eindeutige Antwort gibt, denn journalistische Qualität ist ein komplexes Konzept. Es gibt zwar keine allgemeingültige Qualitätsdefinition, doch kann man in der Forschung zwischen zwei großen Ansätzen unterscheiden, welche versuchen, Journalismusqualität anhand bestimmter Kriterien zu definieren. Dabei steht die demokratiepolitische oder normative Qualitätsdefinitionen, die den Auftrag des Journalismus zur Stärkung der Demokratie betont, der praxisbezogenen oder nicht-normativen Qualitätsdefinitionen gegenüber, welche Qualität vielmehr praxisorientiert und mehrdimensional betrachtet (vgl. Kaltenbrunner et al. 2018: 25f.), „wobei die Schwerpunkte unterschiedlich auf Inhalt, Produktion, Ökonomie, Infrastruktur, Professionalität [oder] Zielpublikum gelegt werden“. (ebd.: 26)

„Der Standard“ zählt zu den auflagenstärksten österreichischen Qualitätszeitungen. Die Printversion gibt es seit dem Jahr 1988, während die Online-Version erstmals 1995 erschien. „Der Standard“ hat im Gegensatz zur „Kronen Zeitung“ eine detaillierte Blattlinie auf seiner Internetseite veröffentlicht, in der sich die Tageszeitung u.a. als „liberales Medium“ beschreibt, welches unabhängig von politischen Parteien, Institutionen oder Interessensgruppen ist und sich an LeserInnen mit hohen Ansprüchen an eine gründliche und sachgerechte Berichterstattung wendet (vgl. Der Standard 2022; Dorostkar/ Preisinger 2012:

8f.), die außerdem Wert auf „eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft“ (Der Standard 2022) legen.

Laut Blattlinie tritt „Der Standard“ ein

für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch politischen Kultur, für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus, für Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft, für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften [sowie] für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und aller Bundesländer der Republik Österreich. (Der Standard 2022)

Hier handelt es sich also um hochwertigen Journalismus mit Bildungs- und Aufklärungswert, der komplexe Zusammenhänge darstellt und daher den LeserInnen ein gewisses Maß an Konzentration und Wissen abverlangt (vgl. Dorostkar/ Preisinger 2012: 8f.). Dies lässt darauf schließen, dass „Der Standard“ ein anderes, gebildeteres, Publikum ansprechen möchte als die „Kronen Zeitung“, worauf auch meine forschungsleitende Annahme beruht, dass sich die Berichterstattung über die Integration von MigrantInnen in den beiden Tageszeitungen unterscheidet.

2.5 Postkoloniale Theorien

Im Folgenden werde ich auf jene theoretischen Kontextualisierungen eingehen, in deren Rahmen in Kapitel 4 die mediale Berichterstattung über Integration analysiert wird. Einerseits spielen Stereotype und Vorurteile hierbei eine zentrale Rolle, andererseits wird auf die Konzepte des Othering und des Orientalismus eingegangen, wobei auch der Intersektionalitätsansatz, der das Zusammenwirken unterschiedlicher Kategorien wie Ethnizität, Klasse und Geschlecht sichtbar macht und dadurch soziale Ungleichheitsverhältnisse und hegemoniale Strukturen verdeutlichen soll, von zentraler Bedeutung ist.

2.5.1 Stereotypisierung

2.5.1.1 Stereotype und Vorurteile

Der Begriff Stereotyp stammt aus dem Griechischen (stereos = hart, fest, starr; typos = feste Form, charakteristisches Gepräge) (vgl. Thiele 2015: 27) und steht für „kognitive Konzepte [...],

die Generalisierungen über andere Personen und Gruppen darstellen.“ (Zick 1997: 44) Dabei spielt die Sprache eine wesentliche Rolle, da durch Zuschreibungen Stereotype zum Ausdruck einer Überzeugung werden und die Form eines Urteils annehmen (vgl. Thiele 2015: 28). Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass Stereotype eine Art der Kategorisierung von Informationen sind und auf Verallgemeinerungen von Merkmalen der Mitglieder einer sozialen Gruppe beruhen, welche sowohl mit positiven als auch mit negativen Wertungen verbunden sein können (vgl. ebd.: 30).

Die Begriffe Auto- und Heterostereotyp bilden in diesem Kontext den Zusammenhang von Selbstbild und Fremdbild. Das Heterostereotyp, also das Fremdbild, so Thiele (2015: 30), gibt immer auch Auskunft über das Autostereotyp, also das Selbstbild, denn wenn die „Anderen“ anders sind, ergibt sich daraus, wie „wir“ sind. Über Mitglieder der Fremdgruppe liegen weniger Informationen vor, so dass diese weniger differenziert wahrgenommen werden können, woraus ein verzerrtes Bild der Mitglieder der anderen Gruppe entstehen kann. Somit sind Heterostereotype eher negativ konnotiert, Autostereotype hingegen betonen stärker positive Eigenschaften (vgl. ebd.: 31). Da Stereotype sowie auch Vorurteile eine Reihe an Vorteilen für die eigene Identität besitzen, sind sie laut Layes (2005) schwer zu verändern:

Sie ermöglichen Orientierung in einer komplexen sozialen Welt, sie verhindern eine Bedrohung des eigenen Selbstwerts durch fremde Personen und Gruppen, sie verschaffen ein Zugehörigkeitsgefühl zu positiv bewerteten sozialen Gruppen und sie legitimieren aversives Verhalten gegenüber den Mitgliedern einer Fremdgruppe. (Layes 2005: 122)

Die Begriffe Stereotyp und Vorurteil stehen zwar in einem engen Zusammenhang, haben aber im Grunde unterschiedliche Bedeutungen. Allgemein wird unter Vorurteil die negative Haltung gegenüber Personen oder Gruppen verstanden, unter positiven Vorurteilen die Bevorzugung aufgrund bestimmter Merkmale und Gruppenzugehörigkeiten (vgl. Thiele 2015: 35). Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass es sich sowohl bei positiven als auch negativen Zuschreibungen um vereinfachte und fehlerhafte Darstellungen von Personengruppen handelt, die auf ungleichen Machtverhältnissen basieren. Beide Begriffe beruhen zwar auf Kategorisierungen, allerdings setzen sich Vorurteile aus verschiedenen Stereotypen zusammen und „sind so etwas wie zu Einstellungen und Überzeugungen verfestigte Stereotypenbündel.“ (ebd.: 35) Stereotype stehen auch stärker in Verbindung mit

Wahrnehmungs- und Denkprozessen, Vorurteile eher mit negativen Gefühlen und Bewertungen (vgl. ebd.: 35).

In Zusammenhang mit den Medien lässt sich festhalten, dass der Journalismus Wissen aus den diversen Teilbereichen wie Politik, Wirtschaft, Kultur und Umwelt zur Verfügung stellt und dadurch eine Teilhabe am öffentlichen Diskurs ermöglicht. Ob und auf welche Weise Inhalte dargestellt und wie Begriffe eingesetzt werden, spielt bei der Informationsproduktion eine ebenso wichtige Rolle wie der Umgang mit Stereotypen in den Medien (vgl. Lünenborg et al. 2011: 11f.). Bei Stereotypen handelt es sich nämlich nicht nur um eine Form von sozialer Diskriminierung, sondern sie bestimmen oft auch das Verhalten gegenüber einer Personengruppe, d. h. werden verhaltenswirksam und greifen in wichtige Lebensbereiche ein, die u.a. auch durch eine einseitige Berichterstattung und gewisse Bilder über die „Anderen“ erzeugt werden (vgl. Uslucan 2014: 4).

In der Stereotypenforschung geht es darum, miteinander verwandte Begriffe durch das Nachvollziehen ihrer Entstehung und deren Verwendungsgeschichte zu klären. Um den Zusammenhang der Begriffe mit einem Stereotyp aufzeigen zu können, werden daher Kategorien gebildet, auf denen Stereotype beruhen (vgl. Thiele 2015: 23), auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

2.5.1.2 Kategorien

Die Wahrnehmung von Mitgliedern einer Personengruppe verläuft oft durch das Differenzieren anhand unterschiedlicher sozialer Kategorien. Das Vergleichen von gemeinsamen und unterschiedlichen Eigenschaften wird in Klassen zusammengefasst, wobei zu den besonders auffallenden Merkmalen bzw. Kategorien u.a. das Alter, das Geschlecht und die ethnische Zugehörigkeit, aber auch politische Orientierung, Religionszugehörigkeit, Wohnort, Einkommen, Ausbildung und Beruf zählen (vgl. Thiele 2015: 24).

Kategorien erleichtern die menschliche Wahrnehmung, da sie neue Informationen in bereits vorhandene Wissensstrukturen einordnen lassen und uns dabei helfen, eine Übersicht zu schaffen (vgl. ebd.: 24; Uslucan 2014: 4). Allerdings führen diese Vereinfachungen ebenfalls zu Festlegungen, Begrenzungen und Ausschlüssen. Um komplexe Sachverhalte daher

untersuchen zu können, müssen Kategorien aufgebrochen werden, da sie aufgrund ihrer Wertungen gegenüber Personengruppen nicht neutral sind und durch das Vergleichen, die Klassenbildung und die Ähnlichkeits- bzw. Differenzakzentuierung Wertungen beinhalten (vgl. Thiele 2015: 25). Thiele (2015) beschreibt, dass beim Vergleich bestimmte Merkmale im Verhältnis zu anderen Personen und Gruppen zugeschrieben werden. „Wenn sich Deutsche selbst die ‚Tugenden‘ Pünktlichkeit, Gründlichkeit und Fleiß zuschreiben, heißt das zumeist, dass andere Völker weniger genau und fleißig sind.“ (ebd.: 25) Bei der Klassenbildung werden Personen und Gruppen aufgrund angenommener Ähnlichkeiten zusammengefasst, welche aber wahrgenommen wurden, weil bereits stereotype Wahrnehmungsmuster vorhanden sind (vgl. ebd.: 25).

Der (de-)konstruktivistische Ansatz geht daher, im Gegensatz zum essentialistischen, davon aus, dass Kategorien weder natürlich noch ewig sind, sondern es sich um soziale Konstrukte handelt. Das heißt, was eine Kategorie ausmacht, welche Kategorien überhaupt relevant sind und welche Merkmale vorrangig sind, wird aus dem sozialen Kontext bestimmt (vgl. ebd.: 26). Dennoch gelten Kategorien als hilfreich und auch als unvermeidlich für das wissenschaftliche Denken, da eine Kategorie nicht identisch ist mit einem Stereotyp. „Das Stereotyp ist eine überstarke Überzeugung, die mit einer Kategorie verbunden ist. [...] Es ist eine feste Vorstellung, die eine Kategorie begleitet.“ (Gordon W. Allport 1971: 200, zitiert nach Thiele 2015: 26) Stereotype sind demnach wertende Zuschreibungen an eine kategorisierte Person(engruppe). Auch wenn sie auf Kategorien aufbauen, liegt der Unterschied zu Kategorien in der überstarken Überzeugung (vgl. Thiele 2015: 26).

Im Folgenden soll kurz auf die Kategorien „Ethnizität“ sowie „Religion“ in ihrer Verknüpfung mit Gender eingegangen werden, da diese für vorliegende Masterarbeit in der Analyse des Datenmaterials eine zentrale Rolle spielen.

Kategorie Ethnizität und Gender

Ethnische bzw. rassialisierte Stereotype fanden im Zuge der im 19. Jahrhundert aufkommenden biologistischen Deutungen besondere Verbreitung, wenn z.B. „die Zigeuner“, „die Indianer“, „die Schwarzen“ oder „die Weißen“ mit wertenden Eigenschaften in Verbindung gebracht und Hierarchien verfestigt wurden (vgl. Thiele 2015: 83).

Für den Migrations- und Integrationsdiskurs sind Yildiz (2016) zufolge die Differenzkategorien Ethnizität und Geschlecht eng miteinander verknüpft. Diese werden in Kombination nicht nur wissenschaftlich und politisch diskutiert, sondern tauchen häufig auch in medialen Berichterstattungen auf (vgl. Yildiz 2016: 30). Das Konzept der Ethnizität wird, wie auch jenes des Geschlechts, konstruktivistisch gedacht, wobei der Doing Ethnicity Ansatz sichtbar macht, dass ethnische Zugehörigkeit durch die historisch-politischen und kulturellen Lebensumstände eines Menschen geprägt wird. Ethnizität ist demnach nicht naturgegeben und unveränderlich, sondern ein immer wieder neu verhandelbares Ergebnis von Prozessen der Fremd- und Selbstzuschreibung (vgl. Lünenborg et al. 2011: 14).

In den Medien werden MigrantInnen oft aufgrund ihres Namens, ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Kultur oder ihrer Sprache als anders gekennzeichnet, da das Fremde oder Andere der Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft dient (vgl. ebd.: 15). Bei der Mediendarstellung von Ethnizität findet eine Auseinandersetzung mit dem Eigenen ebenso wie mit dem Fremden statt, wobei es sich bei dem Begriff um eine soziale und kulturelle Konstruktion handelt, die maßgeblich durch den Mediendiskurs geschaffen wird und Hierarchien verfestigt (vgl. ebd.: 17).

Kategorie Religion und Gender

Religiöse Stereotype sind eng mit nationalen und ethnischen Stereotypen verbunden. Hier werden Angehörigen von Religionen, Konfessionen und religiösen Gruppierungen, Anders- und Nicht-Gläubigen besondere Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen unterstellt (vgl. Thiele 2015: 83). Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 hat sich vor allem eine undifferenzierte diskursive Verbindung zwischen Islam und Terrorismus etabliert, die u.a. zur massenmedialen Verbreitung von islamfeindlichen Stereotypen, wie z.B. „Frauenfeindlichkeit“ oder „höhere Gewaltbereitschaft“, geführt hat (vgl. ebd.: 216f.).

Aber auch die Einwanderungspolitik wird so vor allem problemorientiert medial diskutiert, wobei negative Vorstellungen von Personen mit Migrationshintergrund bzw. geflüchteten Personen abgebildet werden, wie z.B. bei der sogenannten „Kopftuchdebatte“, bei der das Bild der fremden Muslimin hervorgerufen und damit ein „weibliches Stereotyp der Integrationsunwilligkeit“ illustriert wird (vgl. Lünenborg et al. 2011: 11). Die Verknüpfung der

Kategorien Religion und Geschlecht führt demnach vor allem in Verbindung mit dem Islam dazu, dass gewisse Rollenbilder, wie auch jenes der „nicht emanzipierten, dem Mann unterworfenen orientalischen Frau“ festgeschrieben und strukturelle Machtverhältnisse verfestigt werden (vgl. Yildiz 2016: 37, 39).

2.5.2 Der Intersektionalitäts-Ansatz

Intersektionalität hat ihren Ursprung in den USA der 1960er Jahre, wo schwarze FeministInnen anhand der Kategorien Ethnizität und Geschlecht die Dominanz weißer Frauen aus der Mittelschicht in der Frauenbewegung und die Dominanz schwarzer Männer in antirassistischen Organisationen herausforderten (vgl. Christensen/ Jensen 2012: 109f.).

Ziel der intersektionalen Analyse ist es, verschiedene Machtstrukturen anhand mehrerer Diskriminierungskategorien wie Geschlecht, Religion und Ethnizität nicht getrennt voneinander, sondern in ihren Überkreuzungen (intersections) zu erforschen (vgl. ebd.: 110; Marten/ Walgenbach 2017: 158). Das Erkenntnisinteresse sind daher nicht einseitige Analyseperspektiven, sondern es geht vielmehr darum, ein breites Verständnis von Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen zu gewinnen, wobei intersektionale Wechselbeziehungen und andere Formen von Diskriminierung erforscht werden sollen (vgl. Marten/ Walgenbach 2017: 166).

Da die unterschiedlichen Kategorien, wie Ethnizität, Geschlecht, Religion und Klasse, als ineinandergreifende Systeme von Unterdrückung gesehen werden, soll mit Hilfe des Intersektionalitätsansatzes auf Machtstrukturen hingewiesen werden, um Exklusionsprozesse sichtbar zu machen (vgl. Lutz et al. 2013: 14). Machtstrukturen, die auf den einzelnen Diskriminierungskategorien beruhen und sich im Laufe der Zeit gesellschaftlich festgesetzt haben, bilden „die Grundlage zur Hierarchisierung von Gruppen und zur Herausbildung sozialer Ungleichheitsverhältnisse.“ (ebd.: 17) Somit ist auch der integrations- und migrationspolitische Diskurs von Hierarchien geprägt und führt zu Ungleichheitsverhältnissen, die durch gewisse Darstellungen einer Personengruppe in den Medien reproduziert werden.

Da der Intersektionalitätsansatz v.a. bei eingewanderten muslimischen Frauen eine zentrale Rolle spielt, soll im Folgenden näher darauf eingegangen werden, da diese Intersektionalitäten

auch in den analysierten Zeitungsartikeln über muslimische Migrantinnen zu finden sind. Muslimische Frauen sind durch ihre ethnische Herkunft, ihre Religion und ihr Geschlecht oft mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt (vgl. Binder 2017: 144; Castro Varela/ Dhawan 2016: 21 ff.; Richter 2015: 319), die u.a. auch in der postkolonialen Geschichte der Intersektion von sexistischer und rassistischer Gewalt begründet liegt. Diese schreibt muslimischen Frauen eine unhinterfragte Zugehörigkeit zu und macht sie dadurch immer wieder zu „Anderen“ – sei es als Migrantin, Geflüchtete, diasporisches Subjekt, ehemalige Kolonisierte oder Muslimin (vgl. Castro Varela/ Dhawan 2016: 14f.; Kreutzer 2015: 9, 34). Durch diese Zuschreibung von Differenz wird gleichzeitig eine Grenze zwischen der „anderen Frau“, die viktimisiert und als Opfer ihrer rückständigen Kultur und Religion dargestellt wird, und der „hegemonialen westlichen Frau“, welche als emanzipiert und modern repräsentiert wird, gezogen (vgl. Castro Varela/ Dhawan 2016: 15; Von Braun/ Mathes 2007: 11).

Durch den Intersektionalitätsansatz wird die mehrfache Diskriminierung geflüchteter muslimischer Frauen anhand von Merkmalen wie „weiblich“, „muslimisch“, „eingewandert“ und evtl. „dunkle Hautfarbe“ aufgezeigt, zu der die Medien nicht unwesentlich beitragen. Dabei spielt v.a. der Diskurs rund um das muslimische Kopftuch, das stereotyp als Symbol der Unterdrückung dargestellt wird, eine zentrale Rolle bei der Diskriminierung muslimischer Frauen (vgl. Schiffer 2008: 427). Laut Sehnbruch (2019) trägt außerdem das Konstrukt phänotypischer Differenz, das zu einem großen Teil durch (visuelle) Medien mitbestimmt wird und bei der negativen Stereotypenbildung eine zentrale Funktion erfüllt, maßgeblich dazu bei, Wahrnehmungs- und Denkmuster zu konstituieren, die unsere Selbst- und Fremdwahrnehmung beeinflussen und Rassismus hervorbringen (vgl. Sehnbruch 2019: 263).

2.5.3 Othering

Othering ist ein Schlüsselkonzept der postkolonialen Theorie, welches oft mit den Phänomenen der Stereotypisierung und Rassialisierung in Verbindung gebracht wird und eine Praxis der Ausgrenzung und Diskriminierung von Personen oder Gruppen bezeichnet, die als „anders“ angesehen werden. Mittels diskursiver Praktiken werden dabei verschiedene Subjekte geformt, die in einer ungleichen Beziehung zueinander stehen (vgl. Thomas-Olalde/ Velho 2011: 27). Das Konzept des Othering ist daher besonders relevant für vorliegende

Masterarbeit, da die Repräsentation der „Anderen“ in den Zeitungsartikeln über die Integration von MigrantInnen eine wichtige Rolle spielt, wobei bei der Analyse besonderes Augenmerk auf die Darstellung von Differenz gelegt wurde.

Die Massenmedien spielen Hall (2004) zufolge eine zentrale Rolle in der Repräsentation von Menschen, die sich wesentlich von „uns“ unterscheiden (vgl. Hall 2004: 108), denn sie (re)produzieren und transformieren die in einer Gesellschaft vorherrschenden Ideologien und tragen dazu bei, die Welt in Bezug auf rassialisierte Kategorien zu ordnen (vgl. Hall 2003: 89f.).

Dabei wird die Differenz, die anderen Personen zugeschrieben wird, mit Minderwertigkeit assoziiert und moralische Normen der Unterlegenheit werden mit der Andersartigkeit verbunden (vgl. Krumer-Nevo/ Sidi 2012: 299f.). Die Repräsentation als Konzept und Praxis wirkt laut Hall (2004) besonders dann, wenn sie mit Differenz arbeitet, welche „[...] im Betrachter oder in der Betrachterin tief sitzende Gefühle, Geisteshaltungen, Ängste und Befürchtungen [mobilisiert], für die es keine einfachen, dem Alltagsverstand problemlos zugänglichen Erklärungen gibt.“ (Hall 2004: 109) Zudem wird durch die dem konstruierten Kollektiv der „Anderen“ zugeschriebenen negativen Eigenschaften ein positives Selbstbild produziert (vgl. Thomas-Olalde/ Velho 2011: 28). Jensen (2011) definiert Othering als

[...] discursive processes by which powerful groups, who may or may not make up a numerical majority, define subordinate groups into existence in a reductionist way which ascribe problematic and/or inferior characteristics to these subordinate groups. Such discursive processes affirm the legitimacy and superiority of the powerful and condition identity formation among the subordinate. (Jensen 2011: 65)

Diese Othering-Dynamiken sind historisch gewachsen und haben sich insbesondere durch die europäische Kolonialpolitik sowie durch den Imperialismus im Denken des „Westens“ verankert. Insbesondere in den Postcolonial Studies wird die „Abhängigkeit der Selbstformung westlicher Subjektivität von ihrer Repräsentation eines nichtwestlichen – schwarzen, orientalischen, asiatischen etc. – Anderen“ (Reckwitz 2008: 96) betont. Bis heute sind diese Dynamiken, ob bewusst oder unbewusst, im Rahmen globaler Machtverhältnisse wirksam (vgl. Hall 1997: 228ff.), was sich auch besonders deutlich in Migrations- und Integrationsdiskursen zeigt. Dabei herrscht in diesen hegemonialen diskursiven Othering-Praktiken ein essentielles, reduziertes Wissen über die „Anderen“ vor: Jede/r weiß über die Andersartigkeit der „Anderen“ Bescheid sowie darüber, wer zu den „Anderen“ gehört. Dabei

wird die Andersartigkeit nie genau definiert, um als inhärente Eigenschaft bestehen bleiben zu können (vgl. Thomas-Olalde/ Velho 2011: 36f.).

Othering ist in vielen Fällen zudem eine Voraussetzung für die Normalität verschiedener Formen von Rassismus. Wenn von Othering-Praktiken betroffene Menschen Unterwerfung und Abwertung erfahren und Teile ihrer Subjektivität durch diese Bedingungen geformt werden, kann es dazu führen, dass das Fremdbild durch die rassistische Erfahrung zum Selbstbild wird und der Wunsch aufkommt, sich anzupassen (vgl. Thomas-Olalde/ Velho 2011: 42). Die unterlegene Gruppe transformiert sich somit, um sich mit der Mehrheitsgesellschaft zu identifizieren. Diese Anpassung wird etwa in Integrationsdiskursen westlicher Staaten von eingewanderten Personen gefordert, wobei Anpassung oft Unsichtbarkeit impliziert. Durch hegemoniales Wissen der überlegenen Gruppe über die „Anderen“ wird das Selbst als Teil der Mehrheitsgesellschaft in Kontrast zu den „Anderen“ gesetzt. Dabei werden durch Othering-Praktiken Normen konstruiert und verwendet, ohne sichtbar Gewalt anzuwenden (vgl. Thomas-Olalde/ Velho 2011: 43).

In Zusammenhang mit dem Thema Integration ist für diese Arbeit der antimuslimische Rassismus bzw. die Islamophobie von besonderer Relevanz, welche mit Othering-Praktiken einhergehen und auch stark mit dem im vorherigen Abschnitt beschriebenen Ansatz der Intersektionalität verwoben sind. MuslimInnen erfahren das Öfteren in verschiedenen Lebensbereichen Rassismus, der nicht immer eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden kann, da Religion eng mit anderen Kategorien wie Herkunft, Kultur, Sexualität, Geschlecht oder Klassenverhältnissen verwoben ist. Dabei gehen antimuslimischer Rassismus und Islamophobie jedoch meist mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen einher, wobei oft antimuslimische Diskurse durch Simplifizierungen und Reduktionismen reproduziert werden (vgl. Attia/ Keskinilic 2016: 168f.). Zudem funktionieren im antimuslimischen Rassismus die Religion bzw. Kultur ähnlich wie in früheren Diskursen die „Rasse“, da kulturelle und religiöse Differenzen als unüberwindbar dargestellt werden, zwischen denen Grenzen gezogen werden müssten. Dabei greift der Kulturrassismus auch dann, wenn die betroffene Person die Kultur bzw. Religion nicht praktiziert, da die Erkennung der Herkunft bzw. Abstammung dafür ausreicht, um die Person als kulturell fremd abzustempeln (vgl. ebd.: 175f.).

Der Begriff Islamphobie wird indes von einigen als „nicht ideal“ kritisiert, da es sich dabei um eine Form des Rassismus handelt, welcher nicht auf Ängsten beruht, worauf der Zusatz „Phobie“ aber hindeutet (vgl. ebd.: 170). Die Angst spielt jedoch durchaus eine Rolle dabei, Islamkritik oder -hass etwa im öffentlichen Diskurs zu legitimieren, wobei die Angst vor einer Islamisierung sowie die Feindschaft gegenüber dem Islam in der Vorurteilsforschung als irrationale und kulturell tradierte Stereotype verstanden werden. Diese Bedrohungsängste in der Bevölkerung sind seit dem 11. September 2001 gestiegen, wozu auch die Medien einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten, indem sie zur Inszenierung eines internen Feindes beitragen, der so dargestellt wird als bedrohe er die soziale Werteordnung der Gesellschaft (vgl. ebd.: 171). In Folge dessen äußert sich Islamophobie etwa „in Debatten um fehlgeschlagenen Multikulturalismus, in der Ablehnung muslimischer ImmigrantInnen und in der Ausweitung staatlicher Sicherheitsapparate gegen MuslimInnen als ‚inneren Feind‘“ (ebd.: 171) und rechtspopulistische Bewegungen mobilisieren gegen den Islam als Feindreligion, wobei die Fremdheit der Anderen entlang kultureller und religiöser Merkmale als Bedrohung inszeniert wird und integrations- und immigrationspolitische Diskurse mit antimuslimischen Themen verknüpft werden. In Folge der Repräsentation der Religion des Islam als kulturell fremd sowie als Bedrohung für die innere Sicherheit werden MuslimInnen als desintegriert, integrationsunfähig und illoyal gegenüber dem Staat dargestellt, was oft als Begründung dafür herangezogen wird, ihnen die nationale Zugehörigkeit (durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft) zu verweigern (vgl. ebd.: 179).

2.5.4 Das Orientalismus-Konzept

Ein weiteres Konzept der postkolonialen Theorie, das relevant für den theoretischen Rahmen meiner Forschung ist, ist das Orientalismus-Konzept, in dem Edward Said die westliche Wissenschaft über den Orient als äußerst einseitig definiert, da sie stark polarisiere und Stereotype sowie eine falsche Vorstellung der Andersartigkeit der islamischen Welt verbreite, was früher der westlichen Kolonial- sowie Imperialpolitik zugute kam (vgl. Said 2014: 16f., 43f.). Das Konzept des Orientalismus kann auch mit der heute weit verbreiteten Islamophobie in westlichen Gesellschaften in Verbindung gebracht werden, welche, wie im vorigen Abschnitt erläutert, bei der medialen Darstellung von MigrantInnen eine wesentliche Rolle spielt. Die kolonialen Grenzziehungen zwischen Orient und Okzident sind außerdem Teil einer

eurozentrischen Politik, die „uns“ von den „Anderen“, den MigrantInnen, unterscheidet (vgl. Castro Varela 2013: 45f.).

Mit seinem Werk *Orientalism* aus dem Jahr 1978 hat Said viele WissenschaftlerInnen, insbesondere im Bereich der Kulturwissenschaften, dazu angeregt, „sich intensiv mit dem Einfluss von Repräsentationen in einem System der Dominanz auf politischem und materiellem Gebiet über die nicht-westliche Welt zu befassen.“ (Staudinger 2012: 17) Er beschreibt den Orientalismus als ein Regime des Wissens und als System der Macht, das den Orient nicht nur beschreibt, lehrt und beherrscht, sondern ihn auch produziert (vgl. Haldrup et al. 2006: 175) sowie als Diskurs, der die Beziehung zwischen dem Osten und dem Westen strukturiert (vgl. Litvak/ Teitelbaum 2006). Ohne den Orientalismus als Diskurs zu untersuchen, so Said, sei es unmöglich, die gewaltige und systematische Disziplin zu verstehen, mit der es die europäische Kultur in der Zeit nach der Aufklärung schaffte, den Orient zu kontrollieren und zu produzieren – sowohl im politischen als auch im soziologischen, militärischen, ideologischen und wissenschaftlichen Sinne (vgl. Litvak/ Teitelbaum 2006).

In *Orientalism* entwickelt Said die Idee, dass der Westen bzw. der Okzident, um sich selbst als politische und kulturelle Einheit erfassen zu können, den Orient als schwächeres Gegenstück konstruiert. Said geht in seiner Überlegung davon aus, dass das Bestehen und die Entwicklung jeder Kultur die Existenz einer anderen Kultur voraussetzen, von der sie sich abgrenzt. Als Strategie einer positiven Selbstdarstellung hat Europa somit den Orient geschaffen, der als das ultimative „Andere“ des Westens fungiert, ohne sich dabei auf eine solide Realität und feste Tatsachen zu berufen. Dabei wurden dem Orient durch seine Differenz negative Eigenschaften wie etwa Exzentrizität, Rückständigkeit oder Fatalismus zugeschrieben (vgl. Reif-Hülser 2006: 17). Dadurch, dass die Kolonialherren bzw. Orientalisten jedoch als mächtig und die kolonisierte Bevölkerung als machtlos identifiziert wird, wird dem Westen die absolute Repräsentationsmacht verliehen und gleichzeitig den Kolonisierten jegliche Möglichkeit des Widerstands abgesprochen (vgl. Mortimer 2005: 297). Die Trennung zwischen Orient und Okzident wird durch unüberwindbare Gegensatzpaare konstruiert, indem der Westen als männlich, aktiv und rational bewertet wird, während dem Orient Weiblichkeit, Passivität und Irrationalität zugeschrieben werden (vgl. Staudinger 2012: 20).

Laut Haldrup et al. (2006) ist der von Said beschriebene Diskurs über den Orient schon so sehr in das Bewusstsein der Menschen eingedrungen, dass es oftmals zu einem alltäglichen, „banalen Orientalismus“ kommt, der sich unbewusst in unser Leben eingeschlichen hat und tagtäglich reproduziert wird, wobei den Medien eine zentrale Rolle zukommt. Dieser institutionalisierte Orientalismus findet auch im Alltag Ausdruck und wird dadurch naturalisiert (vgl. Haldrup et al. 2006: 175f., 183).

[T]he overwhelming number of stories, discussions and cultural stereotypes about the Other become a part of life – a small daily variation and repetition of the same metanarrative. This repetition creates and naturalizes the Other in a process that designates “them” and “their” mentality as different from “ours”. (Haldrup et al. 2006: 176)

Der Islam wird dabei – wie schon im kolonialistischen Orientalismuskurs – in medialen und populärwissenschaftlichen Diskursen kulturalisiert und gemeinsam mit Islamfundamentalismus und Terrorismus genannt, was ihn als Bedrohung der abendländischen christlichen Zivilisation konstruiert. Dabei fungiert in der Öffentlichkeit v.a. das Kopftuch als Projektionsfläche antiislamischer Ressentiments, welches mit negativen Aspekten assoziiert wird. Eingebettet in postkoloniale orientalistische Diskurse und einen kulturellen Rassismus wird der Islam somit durch die Medien als das gefährliche Andere konstruiert, wobei MuslimInnen subalternisiert und zum Schweigen gebracht werden – wie das auch in der Kopftuchdebatte der Fall ist, deren Ursprung ebenso in kolonialen Traditionen zu verorten ist (vgl. Barkskanmaz 2009: 366f.; Kreutzer 2015: 14). Die Medien stellen demnach *den* Islam meist dekontextualisiert und als frauenfeindlich und barbarisch dar und verstärken einen Dualismus zwischen den „unterdrückten“ und den „emanzipierten“ Frauen. Die dominante Selbstrepräsentation Europas als rettende Instanz hilfsbedürftiger Musliminnen unterscheidet sich in diesem Sinne kaum von kolonialen Praktiken, die das Ziel verfolgten, die als unterdrückt dargestellten kolonisierten Frauen zu befreien (vgl. Castro Varela/ Dhawan 2016: 21f.; Said 1981: 8f.).

Bezüglich der Repräsentation muslimischer Frauen im Westen kann festgestellt werden, dass diese eine lange Geschichte hat, die von WissenschaftlerInnen als „Gendered Orientalism“ bezeichnet wird. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die Repräsentation muslimischer Frauen im Westen eine neue Dimension erreicht, denn seitdem werden in den Medien vermehrt Bilder von vermeintlich unterdrückten muslimischen Frauen gezeigt, mit der

Mission, sie vor ihrer Kultur und ihrer Religion schützen zu müssen. Dabei haben es alle Repräsentationen gemeinsam, die muslimischen Frauen als kulturell anders und von westlichen Frauen grundsätzlich verschieden darzustellen (vgl. Abu-Lughod 2013: 6f., 88).

Im Zusammenspiel des Orientalismus-Diskurses mit anderen Konzepten der Ausgrenzung wie Kultur, Ethnie oder Geschlecht können diskursive Prozesse und mediale Mechanismen, welche zu Othering-Prozessen beitragen und diese (re)produzieren, auf vielfältige Weise analysiert werden (vgl. Richter 2015: 319f.). Dieses Zusammenspiel verschiedener Faktoren im Sinne der Intersektionalität hat sich auch bei der Analyse im Rahmen dieser Masterarbeit als relevant herausgestellt, worauf in Kapitel 4 näher eingegangen wird.

3 Methode und methodologische Vorgehensweise

3.1 Qualitative Sozialforschung

Die Forschungsfragen meiner Masterarbeit wurden mittels qualitativer Methoden bearbeitet. Das Ziel qualitativer Forschung liegt – in Anbetracht des Kontextes und des eigenen Vorwissens – im Erkenntnisprinzip des Verstehens gesellschaftlicher, sozialer, geschlechtsspezifischer oder politischer Strukturen, Diskurse und Phänomene. Es ist also nicht das Ziel, Kausalitäten aufzudecken, sondern es geht vielmehr um eine ganzheitliche Erklärung des Forschungsgegenstandes (vgl. Dannecker/ Englert 2014: 9; Kuckartz 2012: 18, 29ff.).

Anstatt also quantitativ an das Thema heranzugehen und eine große Datenmenge zu untersuchen, habe ich ausgewählte Zeitungsartikel qualitativ analysiert und bin dabei weiter in die Tiefe gegangen als dies bei einer rein quantitativen Forschung möglich wäre. Die Auswahl des Datenmaterials erfolgte dabei mit Hilfe des theoretischen Samplings; bei der Feinanalyse der Daten wurde nach den Methoden des offenen, axialen und selektiven Codierens vorgegangen. Der Forschungsprozess dieser Arbeit beruhte dabei konkret auf einer methodisch kontrollierten interpretativen Textanalyse in Anlehnung an die Grounded Theory und verfolgte das Ziel, die mediale Berichterstattung über die Integration von MigrantInnen zu analysieren.

Aufgrund der Offenheit der Forschung dieser Masterarbeit, bei der die Theorie erst aus den sich erschließenden Daten gewonnen wurde und sich der weitere Forschungsverlauf nach dem bereits erhobenen Material ausrichtete, stand das genaue Vorgehen zu Beginn der Forschung noch nicht detailliert fest und hat sich erst während der Forschung bzw. Datensammlung und -analyse entwickelt. Denn das qualitative Vorgehen, bei dem Auswertungsaspekte nahe am Material bzw. daraus entwickelt werden, bedarf einer gewissen Offenheit sowie Flexibilität in der Umsetzung, die es auch zur Folge hat, dass die Fragestellung sowie der Datenkorpus zu Beginn noch vage sind, um flexibel auf erste Erkenntnisse eingehen zu können. Auch der endgültige theoretische Rahmen der Forschung, welcher im vorigen Kapitel dargestellt wurde, hat sich somit erst im Laufe der Datensammlung und -analyse herauskristallisiert. Da es sich bei dieser Masterarbeit um eine qualitative Forschung handelt,

soll an dieser Stelle außerdem angemerkt werden, dass kein Anspruch auf allgemeingültige Ergebnisse oder Generalisierungen gestellt wird (vgl. Böhm 2019: 475f.; Dannecker/ Englert 2014: 10; Marshall/ Rossman 2011: 90ff.).

3.2 Grounded Theory

Die Grounded Theory mit ihren flexiblen Vorgaben eignet sich sehr gut als methodologische Herangehensweise für den dieser Masterarbeit zugrundeliegenden offenen Forschungsprozess, bei dem grundlegende Themen und Theorien aus dem Material heraus ermittelt werden. Das Ziel der Grounded Theory ist die induktive Generierung von Theorien mittlerer Reichweite aus dem Datenmaterial heraus, indem neue Verbindungen zwischen Theorien und dem untersuchten Gegenstand aus den Daten sichtbar werden (vgl. Vanner 2015: 5).

In grounded theory development, the literature review provides theoretical constructs, categories, and their properties that can be used to organize the data and discover new connections between theory and phenomenon. (Marshall/ Rossman 2011: 84)

Die Generierung der Theorien aus dem Material heraus bedeutet jedoch nicht, dass bei der Forschung „blind“ an die Daten herangegangen wird, da immer bereits ein gewisses Vorwissen über die Thematik besteht (vgl. Kuckartz 2012: 23) und ich mir schon im Vorfeld der Forschung einen Überblick über den Forschungsstand und allfällig relevante Literatur und Theorien verschafft habe, um bei der Forschung vom aktuellen Forschungsstand ausgehen zu können und nicht unwissentlich andere Forschungen zu duplizieren. Zudem folge ich dem Ansatz von Kathy Charmaz (2005), die, im Gegensatz zur ursprünglichen Grounded Theory nach Glaser und Strauss von 1967, nicht davon ausgeht, dass die Theorien komplett selbstständig aus den Daten hervorgehen. Vielmehr spielt dabei auch der/die Forschende eine Rolle im Forschungsprozess, der/die die Forschung lenkt und sich selbst im Prozess der Datenerhebung situiert, wobei die persönlichen Erfahrungen, Hintergründe und Annahmen zentrale Komponenten sind, die die Forschung beeinflussen (vgl. Vanner 2015: 5).

Die Grounded Theory ist ein induktives Verfahren und versteht die „Entdeckung von Theorie auf der Grundlage von in der Sozialforschung systematisch gewonnenen Daten.“ (Glaser/ Strauß 1998: 12) Die Theorie wird also aus der Empirie abgeleitet und es werden Schlüsse aus

der Empirie gezogen, um neue Theorien zu bilden. Theorie und Empirie arbeiten Hand in Hand und bauen sich gegenseitig auf. Dabei stammen die meisten Hypothesen und Konzepte nicht nur aus den Daten, sondern werden während der Forschung systematisch unter Bezug auf die Daten ausgearbeitet. Durch die Grounded Theory wird die Konzeptbildung während der Datenerhebung bewusst zugelassen und Datenerhebung und Auswertung finden somit gleichzeitig statt. Die Theoriegenerierung ist also ein Prozess, der im Laufe der Forschung geschieht, wobei theoretische Texte wiederum dabei helfen können, empirische Ergebnisse in die Theorie rückzubetten. Das Auswertungsverfahren der Grounded Theory ist komparativ und basiert auf einem Kodierprozess als Methode des ständigen Vergleichs (vgl. ebd.: 15, 242).

3.3 Forschungsdesign

In den folgenden Abschnitten soll erläutert werden, wie ich im Rahmen dieser Forschung vorgegangen bin, um transparent zu machen, auf welche Art und Weise die in Kapitel 4 dargestellten Ergebnisse erhoben wurden.

3.3.1 Datenauswahl/ Sampling

Der Grounded Theory entsprechend, bin ich in meiner Forschung von einem unbestimmten Sample ausgegangen und habe die Datenerhebung beendet, als sich eine theoretische Sättigung eingestellt hat, also zusätzliche Daten keine neuen Erkenntnisse mehr in Bezug auf die Forschungsfrage geliefert hätten. Die konkreten Daten für meine Forschung bildeten dabei Zeitungsartikel der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ sowie der „Kronen Zeitung“, die online über deren Homepage zugänglich sind, auf der man die verfügbaren Artikel nach Schlagworten und Datum filtern kann. Bei der Datenerhebung bin ich nach dem theoretischen Sampling vorgegangen, welches den verwobenen Prozess von Theoriegenerierung und Sampling beschreibt (vgl. Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2010: 182, 189; Schultz 2014: 79ff.).

Bei der Datenerhebung habe ich, um die Vergleichbarkeit der Artikel sicherzustellen, in beiden Zeitungen im selben Erscheinungszeitraum, also dem kompletten Jahr 2021, in einem ersten Erhebungsschritt nach dem Schlagwort „Integration“ gesucht und mir einen Überblick über alle in den gefundenen Artikeln behandelten Themen gemacht. Alle Artikel der beiden Zeitungen aus dem Jahr 2021 zu durchsuchen, hätte eventuell zu noch mehr Ergebnissen

geführt und auch Artikel ausfindig gemacht, die zwar die Integration von MigrantInnen thematisieren, diese aber nicht beim Namen nennt, hätte aber meine zeitlichen Ressourcen bei weitem gesprengt. Da sich bei der Suche nach dem Schlagwort „Integration“ bereits eine theoretische Sättigung eingestellt hat, konnte die Datenerhebung beendet werden, ohne nach weiteren Artikeln zu suchen.

Als zweiten Schritt habe ich all jene Artikel, die das Wort „Integration“ enthielten, überflogen und mir so einen Überblick verschafft. Danach habe ich aus der erhobenen Datenmenge jene Artikel ausgewählt, die ich für die Analyse herangezogen habe, indem ich zuerst alle Artikel ausgewählt habe, die mit dem Thema Integration von MigrantInnen zu tun haben, und dann darin noch einmal eine engere Auswahl getroffen habe. Dabei wurden einerseits sehr kurze Artikel nicht weiter berücksichtigt und andererseits jene, die zwar Begriffe wie „Integrationsministerin“, „Integrationsressort“ und dergleichen enthielten, aber Sachverhalte thematisierten, die für meine Analyse nicht weiter relevant waren. Somit habe ich schließlich insgesamt je 41 Artikel aus dem „Standard“ und der „Kronen Zeitung“ aus dem Jahr 2021 für die Feinanalyse herangezogen, wobei ich zuerst mehrere Artikel aus der „Kronen Zeitung“ zu den Themen Integration von MigrantInnen erhoben hatte, davon aber einen größeren Teil als aus dem „Standard“ nicht für die Feinanalyse herangezogen habe, da viele davon nur wenige Zeilen umfassten und somit für eine in die Tiefe gehende Analyse zu kurz waren.

Da mein Erkenntnisinteresse auf der Verknüpfung des Diskurses über Integration und Migration liegt, wurden in die Analyse Berichterstattungen über Personen mit Migrationshintergrund einbezogen, ungeachtet dessen, ob sie als „MigrantInnen“, „Geflüchtete“, „Flüchtlinge“, „Asylwerber“, „subsidiär Schutzberechtigte“, „AusländerInnen“ oder dergleichen benannt wurden, da in den meisten Artikeln keine genaue Unterscheidung der Begriffe und deren rechtlichen Implikationen gemacht wird. Daher habe ich, in Anlehnung an Lünenborg et al. (2011), anhand folgender Merkmale ausgemacht, ob die in den Artikeln thematisierten Personen meinen Kriterien für die Analyse entsprechen: explizite Nennung des Herkunftslandes, explizite Thematisierung des Migrationsstatus und impliziter Rückschluss auf einen möglichen Migrationshintergrund durch die Biographie, Religion, Sprache, Kleidung oder den Namen der AkteurInnen (vgl. Lünenborg et al. 2011: 45).

3.3.2 Codieren

In der Grounded Theory steht das Verfahren des Codierens im Zentrum der Datenanalyse, welches Daten aufbricht, diese konzeptualisiert und sie auf neue Weise zusammensetzt (vgl. Kuckartz 2012: 45; Schultz 2014: 82). Die Grounded Theory bezeichnet mit Codieren das „Analysieren, Benennen, Kategorisieren und das theoretische Einordnen des Datenmaterials“ (Kuckartz 2012: 45), wobei der Sinn der Kodierung in der qualitativen Auswertung darin besteht, „den subjektiven Kern der Aussagen zu begreifen.“ (Cropley 2018: 167)

Die Kodierung der Rohdaten kann dabei entweder induktiv, ohne im Vorhinein festgelegte Kategorien, erfolgen (offenes Codieren) oder deduktiv anhand eines Kodierleitfadens (selektives Codieren) (vgl. Mayring 2002: 114). Bei einer rein induktiven Vorgehensweise wird ohne im Voraus formulierte Erwartungen an das Material herangegangen und die Kategorien werden ohne vorgefertigte Kriterien aus dem Material heraus gebildet, was auch dem methodologischen Vorgehen der Grounded Theory entspricht. Das Material wird dabei nach Kontexten durchsucht, die auf den ersten Blick vielleicht nicht beachtet worden wären, da sie z.B. nicht direkt etwas mit der Forschungsfrage zu tun haben. Auf diese Weise können sich auch Textstellen als interessant herausstellen, die bei einem rein deduktiven Vorgehen nicht beachtet worden wären (vgl. Cropley 2018: 169; Mayring 2002: 114ff.). Beim selektiven, deduktiven Codieren hingegen wird das Material nach im Vorab selbst gewählten Kategorien durchsucht und inhaltlich strukturiert, wobei mit bereits fokussierten Erwartungen an das Material herangegangen wird. Textstellen, die keiner der bestimmten Kategorien zugeordnet werden können, werden dabei nicht weiter beachtet (vgl. Cropley 2018: 169; Mayring 2002: 114ff.). In der Grounded Theory kommt zudem die Methode des axialen Codierens zur Anwendung, durch das die Daten auf neue Weise zusammengesetzt werden, um Beziehungen zwischen Kategorien herzustellen (vgl. Schultz 2014: 86).

Für die Analyse der Daten habe ich mir alle Zeitungsartikel ausgedruckt und die Codierungen händisch auf dem Blatt vorgenommen sowie zentrale Begriffe und Textstellen markiert. Im Anschluss habe ich die Ergebnisse in einer Excel-Tabelle zusammengefasst, um einen besseren Überblick über die Ergebnisse bzw. angesprochenen Themen zu erhalten. Dabei bin ich bei der Datenanalyse so vorgegangen, dass ich zuerst offen bzw. induktiv codiert und die

einzelnen Kategorien nach thematischen Einheiten strukturiert habe, um einen ersten Gesamteindruck über den Diskurs zu erhalten. Dieses offene Codieren stellt im Rahmen der Grounded Theory den ersten Schritt dar, um sich mit dem Material auseinanderzusetzen und hat das Ziel, Konzepte zu identifizieren und zu benennen. Durch das Aufbrechen der Daten verschafft man sich so einen ersten Überblick darüber, worum es in den Texten geht, welche Aspekte und AkteurInnen angesprochen werden und welche Begründungen und Argumentationen genannt werden (vgl. Böhm 2005: 477f.; Kuckartz 2012: 67). Nach dem ersten Codier-Durchgang habe ich anhand der Fragestellung und des Erkenntnisinteresses entschieden, welche Artikel schließlich auch vollständig analysiert werden sollten. Jene Artikel, die sich als weniger relevant herausstellten, habe ich nicht weiter in die Analyse miteinbezogen und somit nicht schrittweise das komplette Material abgearbeitet, wie das etwa bei der qualitativen Inhaltsanalyse der Fall wäre (vgl. Kuckartz 2012: 60), da ich einen ganzheitlichen Analyseablauf verfolgte, der nicht streng systematisch verläuft, sondern sich nach den durch die Daten gewonnenen neuen Erkenntnissen richtet.

In einem weiteren Schritt habe ich die gewonnenen Kategorien miteinander in Beziehung gesetzt und so (Sub-)Kategorien gebildet, die die Ergebnisse organisieren, strukturieren und anschaulicher machen sollten, um zu aussagekräftigen Schlussfolgerungen zu gelangen. Die Kategorien haben hier eine Organisation von Konzepten, die sich auf das gleiche Phänomen beziehen, dargestellt. Dabei habe ich die Methode des ständigen Vergleichs angewandt, um Widersprüche und Gemeinsamkeiten im Datenmaterial aufzudecken (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 184, 195f., 199; Schultz 2014: 84).

Für die Zuordnung der Codes zu bestimmten Textstellen habe ich alle Artikel mehrmals gelesen, um dadurch die Texte möglichst umfassend zu verstehen, und dabei stets mein Erkenntnisinteresse und meine Forschungsfrage im Blick behalten. Dabei war mir bewusst, dass ich meine Entscheidungen im Laufe der Datenerhebung und Codierung in Bezug auf mein Vorwissen und meine Annahmen über den Untersuchungsgegenstand treffe – daher war auch die kontinuierliche Selbstreflexion an dieser Stelle der Forschung besonders wichtig (vgl. Kuckartz 2014: 88ff.), auf welche im folgenden Kapitel eingegangen werden soll.

3.4 Ethische Überlegungen und Positionalität

In meiner Masterarbeit war es mir besonders wichtig, mir meiner eigenen gesellschaftlichen Positionalität als Forscherin und meiner damit in Verbindung stehenden Privilegien als in der westlichen Welt sozialisierte weiße Frau bewusst zu sein und diese in allen Stadien des Forschungsprozesses zu reflektieren, da Faktoren wie etwa das eigene Geschlecht, das Alter, die Herkunft, der soziale und ökonomische Status und die Bildung immer auch in die Forschung miteinfließen (vgl. Ackerly/ True 2010: 24f., 26f.; Johnson et al. 2004: 51f.; O’Leary 2004: 42f.). Bezüglich meiner persönlichen Positionalität spielten für diese Masterarbeit v.a. die Aspekte der eigenen wissenschaftlichen Sozialisierung und die Tradition des Wissens bzw. die epistemische Verortung, die auf europäischen Universitäten vermittelt wird, eine zentrale Rolle, da ich in meinem Denken im Laufe meines Studiums bisher stark davon geprägt worden bin. Weitere wichtige Faktoren sind außerdem mein ökonomischer Status bzw. der meiner Eltern, der es mir erlaubt hat, überhaupt zu studieren sowie meine guten Deutsch- und Englischkenntnisse, die eine Voraussetzung für mein Studium darstellen. Ich bin mir meiner Privilegien bewusst, die u.a. daraus resultieren, dass ich selbst keinen Migrationshintergrund habe und daher nicht der Anspruch an mich gestellt wird, mich in Österreich integrieren zu müssen. Bezüglich des Zugangs zu meinen Daten – die Zeitungsartikel der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ und „Kronen Zeitung“ – sehe ich keine Privilegien in Zusammenhang mit meiner Positionalität, da diese für einen großen Teil an Menschen in Österreich relativ leicht sowie kostenlos zugänglich sind, vorausgesetzt man kann Deutsch lesen und hat einen Internetzugang.

Den Betroffenen selbst eine Stimme zu geben, ist ein weiterer wichtiger und zu berücksichtigender Punkt für eine korrekt durchgeführte Forschung (vgl. Ackerly/ True 2010: 32ff.; O’Leary 2004: 48ff.), hat in dieser Arbeit aber nicht direkt eine Rolle gespielt, da ausschließlich mit Text- und Bildmaterial gearbeitet wurde und es im Laufe der Forschung zu keinem Kontakt mit Personen, wie etwa im Zuge von Interviews oder einer Feldforschung, gekommen ist. Im Rahmen meiner Forschung mit nicht-reaktiven Daten war es mir jedoch wichtig, mich nicht von meinen Vorannahmen gegenüber MigrantInnen leiten zu lassen, sondern meine Ergebnisse direkt aus dem Material heraus zu entnehmen, ohne eventuelle eigene Vorurteile bei der Analyse miteinfließen zu lassen. Dabei habe ich auch besonderes

Augenmerk darauf gelegt, nicht nur nach Ergebnissen zu suchen, die ich erwarte, wie etwa ausschließlich Artikel auszuwählen, in denen MigrantInnen stereotypisch und negativ dargestellt werden, denn dies hätte das Ergebnis der Forschung verzerrt. Daher hat sich auch das offene Codieren als Methode zur Auswertung besonders gut geeignet, da ich durch das ausschließlich selektive Codieren dazu verleitet hätte werden können, nur Dinge zu finden, die ich explizit gesucht und zuvor als relevant definiert habe. Dennoch bin ich mir dessen bewusst, dass Forschung immer ein interaktiver Prozess ist – in meinem Fall zwischen mir als Forscherin und meinen Daten – und dass ein wertfreies wissenschaftliches Arbeiten unmöglich ist, sodass die von mir ausgewählten Artikel und der gewählte Schwerpunkt meiner Forschung unweigerlich auch eine subjektive Auswahl darstellen (vgl. O’Leary 2004: 46ff.).

Nicht zuletzt ist es gerade im Bereich der Entwicklungsforschung wichtig, sich als ForscherIn immer des postkolonialen Kontextes der eigenen Forschung bewusst zu sein. Noch bis vor kurzem war es üblich, die „Anderen“ als exotisch und weniger entwickelt als die eigene Gesellschaft darzustellen (Othering), weshalb es umso wichtiger ist, sich dieses historischen Kontextes und der daraus resultierenden Machtdynamiken bewusst zu sein und diese Komponenten über den gesamten Forschungsprozess hindurch zu reflektieren. Denn auch der Anspruch des Verstehens in der qualitativen Forschung führt zu einer gewissen Repräsentation und einer Wissensproduktion, welche AkteurInnen unterschiedlich nutzen und damit die soziale Realität konstruieren. Dies habe ich im Laufe meiner Forschung im Blick behalten und so gut wie möglich im Rahmen meiner Forschungsfrage versucht, einer getreuen Darstellung der MigrantInnen nachzukommen. Außerdem habe ich im theoretischen Teil Literatur von nicht-westlichen AutorInnen als genauso legitime Formen des Wissens miteinbezogen wie Literatur aus dem „Westen“ (vgl. Dannecker/ Englert 2014: 12; Vanner 2015: 1, 5).

4 Empirie

4.1 Forschungsleitende Fragestellungen und Annahmen

Im Folgenden soll zusammengefasst werden, auf welche Aspekte bei der Analyse des Datenmaterials geachtet wurde, um die Forschungsfrage zu beantworten, welche lautet: „Wie unterscheidet sich der Diskurs über die Integration von MigrantInnen in den österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen Zeitung“?“ Im Anschluss werden die zu Beginn der Forschung bestehenden Annahmen erläutert, um schließlich anhand der Ergebnisse der Analyse, welche in der Conclusio noch einmal kompakt zusammengefasst werden, zu sehen, ob diese bestätigt oder widerlegt werden konnten.

Bei der Analyse der ausgewählten Zeitungsartikel wurde in Hinblick auf die mediale Symbolisierung des Fremden darauf geachtet, ob in den Artikeln Othering-Praktiken, also die Konstruktion einer Abgrenzung zwischen „uns“ und „den Anderen“, zum Vorschein kommen und ob stereotype Vorstellungen über MigrantInnen, wie etwa deren Darstellung als Problemgruppe, von den AutorInnen (re)produziert werden oder ob eine differenzierte Repräsentation von MigrantInnen stattfindet.

Weiters wurde bei der Analyse der ausgewählten Zeitungsartikel darauf geachtet, ob der Diskurs über Integration aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird und dabei untersucht, wer über wen spricht und wer die Möglichkeit hat, selbst zu Wort zu kommen – also ob etwa vermehrt die Ansicht von PolitikerInnen, sogenannten ExpertInnen und JournalistInnen über MigrantInnen und deren „Integrationsleistung“ oder auch jene von MigrantInnen selbst dargestellt wird. In Zusammenhang damit wurden auch die Begriffe, mit denen MigrantInnen bezeichnet werden, und deren (positive oder negative) Konnotationen festgehalten und es wurde Augenmerk darauf gelegt, welche Personen(gruppen) vorwiegend in Zusammenhang mit Integration angesprochen werden. Die Identifikation dieser kann Lünenborg et al. (2011: 43, 45) zufolge durch die explizite Nennung des Herkunftslandes oder die Thematisierung des Migrationsstatus erfolgen, oder durch einen impliziten Rückschluss auf einen möglichen Migrationshintergrund durch Erwähnung der Religion, Sprache, Kultur, Biographie, des Namens sowie durch die Beschreibung der Kleidung oder des Aussehens.

Des Weiteren wurden die vorherrschenden Themen, über die in den analysierten Artikeln über Integration geschrieben wurde, festgehalten und ein Überblick erstellt, in Zusammenhang mit welchen Themenfeldern das Thema der Integration bei der Repräsentation von MigrantInnen eine zentrale Rolle spielt. Außerdem wurde der Frage nachgegangen, was genau in den Artikeln unter Integration verstanden wird und welche Faktoren von den AutorInnen bzw. den zitierten Personen als positiv bzw. negativ für eine „gelungene“ Integration dargestellt werden. Laut Castro-Varela (2013) wird Integration oft dann als gegeben dargestellt, wenn MigrantInnen die deutsche Sprache erlernt haben und einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, wobei der Abbau von Sprachbarrieren und die Kommunikationskompetenz im Mittelpunkt stehen (vgl. Castro Varela 2013: 7). Ob sich diese Sichtweise auch in den untersuchten Artikeln widerspiegelt, wurde analysiert.

Da sich „Der Standard“ als Qualitätsmedium auszeichnet, war es zu Beginn der Forschung meine Annahme, dass die Berichterstattung eher sachlich ist und sich die Artikel weniger „klassischer“ Stereotypen bedienen, wie etwa die Darstellung von weiblichen Migrantinnen als unterdrückte Opfer, denen geholfen werden muss, das Kopftuch als vermeintliches Hindernis für eine gelungene Integration oder von „kriminellen“ Männern, die sich nicht integrieren wollen, so wie dies häufig in der Boulevardpresse dargestellt wird (vgl. Binder 2017: 140; Uslucan 2014: 1f.). Von der „Kronen Zeitung“ habe ich daher eher erwartet, dass MigrantInnen in einem negativen Licht dargestellt werden und dass diese vorherrschenden Stereotype (re)produziert und Othering-Praktiken übernommen und verstärkt werden.

In Bezug auf vorherrschende Themen, über die in den Artikeln in Zusammenhang mit Integration geschrieben wird, war meine Annahme, die auf einigen bereits von mir gelesenen Zeitungsartikeln sowie theoretischer Literatur zum Thema beruhte, dass u.a. die Themen Kriminalität in Verbindung mit dem Gefühl von Sicherheit, Wertekurse für Geflüchtete, fehlende bzw. von den MigrantInnen eingeforderte Bildungsabschlüsse oder das muslimische Kopftuch als vermeintliches Hindernis in Zusammenhang mit Integration thematisiert werden könnten. Bevor in den Kapiteln 4.3 und 4.4 dargestellt wird, ob sich diese Annahmen bestätigt haben, wird im nächsten Kapitel erläutert, welche Kriterien für die Analyse der Makro- und Mikrostruktur der Texte herangezogen wurden.

4.2 Kriterien für die Analyse der Texte

Um die Ergebnisse der Analyse übersichtlich zusammenzufassen, habe ich eine Excel-Tabelle angelegt, in der ich die jeweils 41 analysierten Texte aus dem „Standard“ und der „Kronen Zeitung“ durchnummeriert und untereinander angeführt habe. Dabei habe ich alle Artikel aus dem „Standard“ mit arabischen Ziffern und alle Artikel aus der „Kronen Zeitung“ mit römischen Ziffern nummeriert, welche in den folgenden Abschnitten auch für die Zitation benutzt werden (die detaillierten Angaben finden sich im Literatur- und Quellenverzeichnis), sodass gleich erkennbar ist, aus welcher der beiden Tageszeitungen der zitierte Artikel stammt.

In den Spalten der Excel-Tabelle habe ich einerseits formale Gestaltungskriterien festgehalten, wie den/die AutorIn, das Erscheinungsdatum, die Überschrift und Über-Überschrift des Artikels sowie das Ressort und die journalistische Textform, und andererseits Merkmale, die ich für die Analyse der Makro- und Mikrostruktur herangezogen habe. Darunter fallen das Thema des Textes, Schlagworte bzw. ausgewählte, für das Erkenntnisinteresse relevante Codes und wichtige Zitate, die Begriffe, mit denen MigrantInnen in den Texten bezeichnet werden, ob die Berichterstattung personenbezogen ist und ob MigrantInnen für sich selbst sprechen (ja oder nein), wer in den Artikeln direkt oder indirekt zitiert wird sowie die Abbildung auf etwaigen den Artikeln beigegebenen Fotos und die zugehörige Bildunterschrift.

Die oben genannten für die Analyse herangezogenen Merkmale wurden dabei in Anlehnung an die Studie von Lünenborg et al. (2011) über die Darstellung von MigrantInnen in den Medien und ihre Rezeption ausgewählt.

4.3 Makrostruktur: Formalanalyse und Grobanalyse der angesprochenen Themen (Inhaltsanalyse)

Im Folgenden soll auf die formalen Kriterien der analysierten Texte eingegangen werden (Aufbau, Ressort und Genre), bevor die in Zusammenhang mit Integration vorherrschenden Themen und Schlüsselereignisse für die Berichterstattung und narrative Muster wie die Charakterisierung immer wieder auftauchender und im medialen Diskurs über Integration prägender Begriffe dargestellt werden, wobei auch auf die Abbildungen eingegangen wird.

4.3.1 Aufbau der Zeitungsartikel im Vergleich

Bezüglich der Länge der analysierten Artikel lässt sich festhalten, dass die Artikel der „Kronen Zeitung“ deutlich kürzer sind als jene im „Standard“. Während in der „Kronen Zeitung“ lediglich die Interviews länger als eine gedruckte A4-Seite sind, fanden sich im Standard nur unter den Kommentaren und Kolumnen Texte, die kürzer als eine gedruckte Seite sind. In beiden Zeitungen sind zudem die meinungsbezogenen Artikel kürzer als die informationsbezogenen, wobei vor allem die Leserbriefe in der „Kronen Zeitung“ teilweise nur wenige Absätze lang sind. An dieser Stelle muss jedoch auch angemerkt werden, dass die analysierten Texte des Standards jene der Online-Zeitung waren, während die Artikel der „Kronen Zeitung“ jene aus den Printzeitungen waren, die jedoch auch online verfügbar sind. Daher könnte die Längenbeschränkung in der Printausgabe der Tageszeitung auch ein Grund sein, weshalb die analysierten Artikel der „Kronen Zeitung“ deutlich kürzer sind, wenngleich sich auch in der (größeren) Printausgabe des „Standards“ längere und detaillierte Artikel finden als in jener der kompakt gestalteten handlichen „Kronen Zeitung“.

Die Tatsache, dass die Artikel im „Standard“ länger sind, ermöglicht auch eine detailliertere und differenziertere Berichterstattung, welche unter den informationsbezogenen Artikeln im Vergleich zur „Kronen Zeitung“ deutlich auffiel. In den Artikeln aus dem „Standard“ gibt es im Gegensatz zu jenen der „Kronen Zeitung“ teils mehrere Zwischenüberschriften, unter welchen auf verschiedene Aspekte des behandelten Themas eingegangen wird, wobei öfters als in der „Kronen Zeitung“, die meistens nur eine Meinung wiedergibt, auf gegensätzliche Meinungen und Standpunkte verschiedener Personen bzw. Parteien verwiesen wird. Dabei wird grundsätzlich die Meinung, die auch vom Autor/ von der Autorin befürwortet wird, zuerst erläutert und am Ende des Textes auf den gegenteiligen Standpunkt verwiesen, dessen Argumentation meist weniger ausführlich thematisiert wird. Außerdem werden im „Standard“ deutlich mehr Personen in den Artikeln zitiert – auch mehrere in einem Artikel – und es kommen mehr „ExpertInnen“ und MigrantInnen selbst zu Wort, während in der „Kronen Zeitung“ oft entweder niemand zitiert wird oder einzelne PolitikerInnen, jedoch selten mehr als eine Person pro Text, wodurch die Berichterstattung einseitiger ist. Zudem fiel auch auf, dass in den Artikeln aus dem „Standard“ öfter, wenn auch bei Weitem nicht immer, gegendert

wird, also sowohl die weibliche als auch die männliche Form angesprochen wird, während dies in der „Kronen Zeitung“ kaum der Fall ist.

Interessant ist auch, dass einige wenige Artikel der „Kronen Zeitung“ – die meinungsbezogenen Texte wie Leserbriefe und Kommentare ausgenommen – zwar auf den ersten Blick auch so scheinen, als würden sie verschiedene Perspektiven aufzeigen, bei genauerem Hinsehen lässt sich jedoch feststellen, dass zwar manchmal beide Seiten der Argumentation erwähnt werden, diese jedoch nicht gleich gewichtet sind. In Artikel XI etwa wird das gesunkene Sicherheitsgefühl im Land und die Sorge der österreichischen Bevölkerung über die Integration von Zuwanderern thematisiert, wobei auch der politische Islam und die gefährliche Tendenz der Radikalisierung von jungen Muslimen angesprochen werden. Im letzten Satz des Artikels wird schließlich auch die Einschätzung jener erwähnt, die das Zusammenleben nicht als negativ sehen, jedoch äußerst kurz mit der Formulierung: „Interessant dabei: Wer Kontakt zu Migranten hat, sieht das Zusammenleben positiver“. (Artikel XI)

In Hinblick auf die dem Text beigegebenen Abbildungen lässt sich feststellen, dass im „Standard“ bei den von mir analysierten Artikeln mehr Bilder zur Illustration verwendet wurden als in der „Kronen Zeitung“. Während sich unter den Artikeln aus dem „Standard“ lediglich einer findet, dem kein Bild beigegeben ist, sind es in der „Kronen Zeitung“ 19 Artikel ohne Abbildung – wobei es sich dabei um alle meinungsbezogenen Texte handelt, während alle informationsbezogenen Texte auch über eine oder mehrere Abbildungen zur Illustration verfügen. Darauf, was auf den Bildern zu sehen ist und welche Konnotationen dies hervorruft, wird in Kapitel 4.3.6 näher eingegangen.

4.3.2 Ressort

Im Datenmaterial aus dem „Standard“ fanden sich Artikel über Integration am häufigsten (13 Mal) im meinungsbezogenen Teil in der Kategorie „Diskurs“, in den Unterkategorien „Debatten“, „Kommentar der anderen“, „Kommentare“ oder „Kolumnen“. Im sachlichen Teil waren Artikel über Integration am häufigsten (zwölfmal) in der Kategorie „Inland“ zu finden, wobei teilweise weitere Unterkategorien vorhanden waren, nämlich „Sachpolitik“,

„Sicherheitspolitik“, „Parteien – ÖVP“ und „Bundespräsident“. Zehnmal waren Artikel über Integration der Kategorie „Panorama“ zugeordnet, in den Unterkategorien „Gesellschaft“, „Integration“, „Wien“ und „Flüchtlinge“, und dreimal waren Artikel in der Kategorie „International“ zu finden, in den Unterkategorien „Flucht und Politik“ oder „Europa – Deutschland“. Die übrigen Artikel waren jeweils einmal den Kategorien „Recht“, „Wirtschaft – Wirtschaftspolitik – Arbeitsmarkt“, und „Gesundheit – Krankheit – Psychische Erkrankungen“ zugeordnet.

Im Datenmaterial aus der „Kronen Zeitung“ waren die meisten Artikel (15) zum Thema Integration in der meinungsbezogenen Kategorie „Leserbriefe“ zu finden. Im sachlichen Teil waren die Artikel am häufigsten (neunmal) dem Ressort „Politik“ zugeordnet. Acht Artikel waren im Lokalteil unter „Wien“ zu finden und jeweils drei im Regionarteil unter „Österreich“ und unter „Im Brennpunkt“. Zwei Artikel waren der Kategorie „Gute Nachrichten“ zugeordnet und ein Artikel der Kategorie „Im Gespräch“.

Da die beiden Zeitungen unterschiedlich aufgebaut sind, ist ein direkter Vergleich der Kategorien an dieser Stelle nicht zielführend; jedoch fällt auf, dass in beiden Zeitungen im sachlichen Teil überwiegend die Ressorts „Politik“ und „Inland“ über das Thema Integration berichten. Dieses Ergebnis spiegelt auch die Aussage von Lünenborg et al. (2011) wider, dass die Berichterstattung über MigrantInnen häufig in den Ressorts Politik oder Lokales stattfindet, selten aber in anderen Bereichen wie etwa Kultur oder Wirtschaft, wodurch weite Teile der gesellschaftlichen Realität ausgeblendet bleiben (vgl. Lünenborg et al. 2011: 54).

4.3.3 Genre

Bei den Artikeln aus dem „Standard“ handelte es sich beim überwiegenden Teil, nämlich bei 26 Artikeln, um Berichte. Zehn Artikel waren dem Genre Kommentare zuzuordnen und drei dem Genre der Kolumne. Bei zwei Artikeln handelte es sich um Interviews.

In der „Kronen Zeitung“ waren ebenfalls die meisten der Artikel, nämlich 19, Berichte, gefolgt von 15 Leserbriefen, jeweils drei Kommentaren und Interviews und einer Kolumne.

Dies spiegelt auch die Feststellung von Lünenborg et al. (2011) wider, dass der überwiegende Teil der Berichterstattung über MigrantInnen in informationsbezogenen Artikeln und ein kleinerer Teil in meinungsbezogenen Formaten zu finden ist (vgl. Lünenborg et al. 2011: 50). In meinem Datenmaterial findet sich dennoch eine beachtliche Zahl an meinungsbezogenen Artikeln, wobei in der „Kronen Zeitung“ das Genre der Leserbriefe überwiegt und im „Standard“ jenes der Kommentare.

4.3.4 Hauptthemen und Schlüsselereignisse

Die Themen, um die es in den analysierten Artikeln im Zusammenhang mit der Integration von MigrantInnen geht, sind in beiden Tageszeitungen ähnlich, da diese auch von bestimmten Schlüsselereignissen abhängig sind. Dies sind Ereignisse, nach deren Eintreten sich der Diskurs verändert hat bzw. nach denen vermehrt über das Thema Integration von MigrantInnen berichtet wurde. Die Häufigkeit medialer Berichterstattung über MigrantInnen ist dabei stark diskurs- und ereignisabhängig und die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass das Thema Integration meist während bestimmter Vorfälle vermehrt mediale Beachtung findet (vgl. Lünenborg et al. 2011: 50; Vlasic 2012: 438).

Solche Schlüsselereignisse waren vor dem Zeitraum meiner Analyse etwa die große Flüchtlingsbewegung im Sommer 2015 und die Vorfälle in der Silvesternacht 2015/16 in Köln, sowie im Jahr 2021, dem Erscheinungszeitraum der in dieser Arbeit analysierten Artikel, die Abschiebung der 12-jährigen Tina nach Georgien im Jänner 2021, die Debatte um die Voraussetzungen für den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft nach der Forderung der SPÖ, die Einbürgerung zu erleichtern, von Migranten bzw. Geflüchteten begangene Frauenmorde wie der „Mordfall Leonie“ im Juni 2021 oder die Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan im August 2021, welche eine Debatte über die Integrationsfähigkeit von AfghanInnen und die Frage nach der Möglichkeit von Abschiebungen sowie auch der Aufnahme von weiteren Geflüchteten aus Afghanistan nach sich zog.

Hauptthemen, über die nach bestimmten Schlüsselereignissen am meisten in Zusammenhang mit Integration geschrieben wurde, waren demnach die Debatte um den Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft – diese wurde in zehn Artikeln aus dem „Standard“ und

in drei Artikeln aus der „Kronen Zeitung“ thematisiert –, der „Mordfall Leonie“ im Juni 2021, welcher in beiden Zeitungen je viermal als Anlass für die Frage nach Integration thematisiert wurde sowie die Machtübernahme in Afghanistan, welche im „Standard“ dreimal und in der „Kronen Zeitung“ achtmal Anlass war, darüber zu debattieren, ob weitere Menschen aus Afghanistan aufgenommen werden sollten, wobei in der „Kronen Zeitung“ die Argumentation überwog, dass männliche Afghanen schwer zu integrieren seien und viele Probleme bereiten würden, wozu auch der „Mordfall Leonie“ als Negativ-Beispiel diene. Diesbezüglich äußert sich etwa Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) in einem Interview mit der „Kronen Zeitung“, dass die Integration der afghanischen Community eine besondere Herausforderung sei, was sie auf deren Frauenbild und das niedrige Bildungsniveau zurückführt (vgl. Artikel XXX). Die Abschiebung der 12-jährigen Tina nach Georgien wurde in Artikeln des Standards zweimal und in der „Kronen Zeitung“ einmal in Zusammenhang mit Integration thematisiert, wobei hier in beiden Zeitungen die Abschiebung der „gut integrierten“ Schülerin kritisiert wurde (vgl. Artikel 2, 3 und V). In der „Kronen Zeitung“ galt außerdem die „Silvesterrandale“ in Wien Favoriten zu Jahresbeginn 2021 als Anlass für zwei Leserbriefe, in denen argumentiert wurde, dass die Integrationsansätze der Regierung völlig versagt hätten (vgl. Artikel I und II).

Weitere Überthemen in der Thematisierung von Integration waren in den Artikeln die Darstellung der Ergebnisse von Umfragen, wie etwa des vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Auftrag gegebenen „Integrationsbarometers“ oder des vom Expertenrats für Integration vom Bundeskanzleramt herausgegebenen „Integrationsberichts“. Aus dem „Standard“ waren im analysierten Datenmaterial vier Artikel über die Ergebnisse von Umfragen im Bereich der Integration zu finden und in der „Kronen Zeitung“ fünf Artikel, welche in beiden Tageszeitungen, dem Thema entsprechend, viele Zahlen und Grafiken enthielten. Individuelle Geschichten über MigrantInnen kamen unter den Artikeln aus dem „Standard“ insgesamt siebenmal vor, in der „Kronen Zeitung“ hingegen nur einmal.

Insgesamt fiel bei den analysierten Artikeln auf, dass in der „Kronen Zeitung“ Integration häufig als Problemfall thematisiert wird und dass dabei insbesondere die Aspekte Kriminalität

bzw. Gewaltverbrechen hervorgehoben werden. In Artikel I etwa werden dafür Begriffe wie „Silvesternacht-Rowdys von Wien-Favoriten“ benutzt, unter Betonung, dass diese Randalierer wieder eine „mit Migrationshintergrund“ war und dass „Parallelgesellschaften, Brutstätten von Gewalt und Radikalismus oder Straßenschlachten mit der Polizei“ in Österreich nicht zur neuen Normalität werden dürfen, wie dies bereits in anderen europäischen Großstädten der Fall sei (vgl. Artikel I). Von Migranten begangene Gewaltverbrechen waren zudem in Zusammenhang mit dem „Mordfall Leonie“ ein Thema in beiden Tageszeitungen, wobei die Argumentation in der „Kronen Zeitung“ die Integrationsunfähigkeit des Täters afghanischer Herkunft betont, wie etwa mit dem Ausdruck „sechs Jahre im Land und kein bisschen integriert“ (Artikel XIX) oder der rhetorischen Frage „wer erwartet sich da, dass da mit ihnen bei uns Sozialisierung und Integration möglich ist?“ (Artikel XX).

Auch in den Artikeln aus dem „Standard“ wurde auf den Aspekt der Gewalt in Bezug auf den „Mordfall Leonie“ eingegangen, indem die Aussagen von PolitikerInnen zitiert wurden, wie etwa die Forderung der Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt Karoline Edtstadler (ÖVP) nach raschen Abschiebungen für straffällig gewordene Asylwerber mit den Worten „Menschen, die von uns Schutz wollen und unsere Werte mit Füßen treten und das auch noch in Taten zum Ausdruck bringen, haben bei uns nichts verloren“ (Artikel 31) und dass man sich bei manchen Flüchtlingen fragen müsse, inwieweit Integration überhaupt möglich sei (vgl. Artikel 31). Im gleichen Artikel wird aber auch darauf verwiesen, dass die Agenden Asyl und Abschiebungen politisch schon lange in der Verantwortung der ÖVP liegen und die SPÖ daher davor warne, „Bluttaten dafür zu missbrauchen, politisches Kleingeld zu wechseln“ (Artikel 31), worauf auch in Artikel 33, einem Kommentar, aufmerksam gemacht wird.

Es lässt sich also festhalten, dass die Berichterstattung zum „Mordfall Leonie“ in der „Kronen Zeitung“ den Fokus auf die Grauenhaftigkeit der Tat und die Unfähigkeit bzw. den Unwillen des Täters, sich zu integrieren, legt, während die Artikel im „Standard“ lediglich die unterschiedlichen politischen Reaktionen auf die Tat darstellen, ohne näher auf den Täter und dessen vermeintliche kulturelle Hintergründe einzugehen, was die Berichterstattung objektiver wirken lässt.

Weitere Aspekte, die in den analysierten Artikeln der „Kronen Zeitung“ einige Male in Zusammenhang mit der Integration von MigrantInnen gebracht werden, sind Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wobei stets auf ein „Defizit“ auf Seiten der MigrantInnen hingewiesen wird. In Artikel VII etwa mit der Überschrift „Arbeitslosigkeit und Armut unter Ausländerinnen hoch“ wird berichtet, dass „vor allem Nicht-EU-Ausländerinnen [...] besonders oft von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen [sind]“ (Artikel VII), wobei explizit betont wird, dass „66 Prozent der türkischen und fast 34 Prozent der ex-jugoslawischen Migrantinnen nur über einen Pflichtschulabschluss“ (Artikel VII) verfügen und dass der Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund im Erwerbsleben unter den Frauen aus „Syrien/Afghanistan/Irak“ mit 17 Prozent am geringsten ist (vgl. Artikel VII). Im Artikel mit der Überschrift „Viele Junge ohne Perspektive“ wird darüber berichtet, dass viele junge Menschen weder eine Beschäftigung haben noch einer Ausbildung nachgehen und dass „Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen“ seien (vgl. Artikel VIII).

Zudem fiel bei der Analyse der Argumentationsmuster auf, dass, während die „Kronen Zeitung“ die MigrantInnen und deren Integration als Problem und Belastung für den österreichischen Staat und dessen Bevölkerung darstellt, im „Standard“ mehrmals auch über Schwierigkeiten und Probleme berichtet wird, die MigrantInnen selbst haben – etwa in den Artikeln mit den Überschriften „Die Muhammed-Debatte: "Dieser Name kann eine Bürde sein"" (Artikel 1), „Frage, ob "integrierbar": Fall gebürtiger Wienerin sorgt für Aufregung“ (Artikel 7), „Wie Menschen mit der Angst vor Abschiebung leben“ (Artikel 8), „SOS Mitmensch ortet Anstieg rassistischer Vorfälle gegenüber Muslimen“ (Artikel 10), „Ruf von Flüchtlingen und Migranten hat unter Corona gelitten“ (Artikel 14), „Altes Problem für junge Menschen: In der Krise nimmt die Diskriminierung zu“ (Artikel 18) oder „Migrationsforscherin Kohlenberger: "Geflüchtete berichten von Einsamkeit und Retraumatisierung"" (Artikel 28).

4.3.5 Prägende Begriffe im Integrationsdiskurs

Dadurch, dass in den Zeitungsartikeln bestimmte (polarisierende) Begriffe wiederholt nacheinander genannt werden, kann bei den Lesenden ein bestimmter Eindruck erweckt werden, welcher oft das Gefühl vermittelt, als würde zwischen den hintereinander angesprochenen Themen ein Zusammenhang bestehen, auch wenn dies in der Realität gar

nicht oder nicht in dem Ausmaß, in dem es dargestellt wird, zutrifft. Um dies besser darzustellen, sollen im Folgenden einige Beispiele genannt werden.

Die Artikel aus dem „Standard“ wirken auf den ersten Blick zwar oft sachlich, vermitteln unbewusst jedoch aber durch die Anordnung verschiedener Begrifflichkeiten, die miteinander in Beziehung gesetzt werden, ein bestimmtes Bild bei den LeserInnen. In Artikel 34 etwa, in dem es um den „Mordfall Leonie“ geht, wird zuerst angesprochen, dass die Grünen gegen eine politische Instrumentalisierung von Gewaltverbrechen sind, wie diese durch die ÖVP betrieben würde; in Folge geht es dann um die Forderung von Karoline Edtstadler (ÖVP) bei einem runden Tisch mit ExpertInnen, „die sich schon seit längerem kritisch mit dem Thema Islamismus auseinandersetzen“ an die EU, einen effektiveren Außengrenzschutz zu gewährleisten. Im nächsten Absatz wird auf die Problematik des „fehlgeleiteten islamistischen Verständnisses“ von Frauen eingegangen, da „viele Jugendliche unfähig sein [sic!], ein gesundes Verhältnis zu Mädchen aufzubauen“ (Artikel 34), Kinder mit Gewalt erzogen würden, Frauen zu schlagen normal sei, die Frau zu dienen und der Mann zu herrschen habe (vgl. Artikel 34). Nachdem Edtstadlers Forderung nach Abschiebung von Personen, die die „hiesigen Werte“ nicht respektieren, erwähnt wird, wird ihre Aussage wiedergegeben, dass man genau hinsehen müssen, „wo der politische Islam sein Unwesen treibe“ (Artikel 34). Durch die Aneinanderreihung der Begriffe „Gewaltverbrechen“, „Islamismus“, „Abschiebungen“, „Grenzschutz“, „islamistisches Verständnis von Frauen“ und „politischer Islam“ wird implizit der Eindruck bei den LeserInnen erweckt, als würde zwischen diesen Themen jedenfalls ein Zusammenhang bestehen, wobei sich mir nicht erschließt, inwiefern der „Mordfall Leonie“ mit Islamismus und politischem Islam in Verbindung steht und eher der Eindruck entsteht, dass hier von Seiten Edtstadlers bzw. von „ExpertInnen“ willkürlich Zusammenhänge konstruiert werden, die ein negatives Bild über den Islam und dessen vermeintliche Verachtung von Frauen zeichnen. Dadurch, dass der „Standard“ diese Argumentation thematisiert, ohne sie zu kritisieren bzw. Zusammenhänge zu hinterfragen, trägt er dazu bei, diesen Eindruck zu verstärken.

Ähnliche Abfolgen von Begriffen kommen auch in Artikeln der „Kronen Zeitung“ vor, wie etwa in Artikel XI, in dem die Begriffe „Integration von Zuwanderern“, „Sorge“, „Terroranschlag“,

„Randale in Wien Favoriten“, „Kampf dem politischen Islam“ und „Radikalisierung von jungen Muslimen“ in kurzem Abstand aufeinander folgen, sodass bei den LeserInnen der Eindruck entstehen könnte, als wäre die Integration generell ein Problem und als würden alle Zuwanderer Terroristen und Radikale sein. Auch der „politische Islam“ wird willkürlich mit dem gesunkenen Sicherheitsgefühl und der Sorge der österreichischen Bevölkerung über die Integration von Zuwanderern in Verbindung gebracht, sodass der Artikel jene LeserInnen, die ohnehin schon besorgt sind, wohl in ihrer Sorge bestärkt (vgl. Artikel XI).

Eine weitere willkürliche Konstruktion eines vermeintlich thematischen Zusammenhangs wird in Artikel VII zwischen der Arbeitslosigkeit und Armut unter Frauen mit Migrationshintergrund und häuslicher Gewalt bzw. der Forderung nach Schutz von Frauen und Kindern hergestellt. Während im Artikel Zahlen zum Erwerbsanteil von Frauen mit Migrationshintergrund dargestellt werden, kommt es im letzten Satz plötzlich zu einem Themenwechsel: „Wegen Corona vermehrt Thema ist häusliche Gewalt. Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP): ‚Wir suchen hier einen internationalen Schulterschluss zum Schutz von Frauen und Kindern.‘“ (Artikel VII) Dies erweckt den Eindruck, als würde willentlich eine Verbindung zwischen Frauen mit Migrationshintergrund und von ihnen erfahrener Gewalt hergestellt werden, um es dann so darzustellen, als bräuchten diese Frauen „unsere“ Hilfe, auch wenn das Thema Arbeitslosigkeit nicht unbedingt in einem direkten Zusammenhang mit Gewalt stehen muss und ein etwaiger Zusammenhang aus der Argumentation des Artikels jedenfalls nicht hervorgeht.

Ein willkürlicher Zusammenhang zwischen Integration und Islamismus wird in Artikel XXXII hergestellt, welcher zuerst Leistung und Integration von MigrantInnen durch Deutschkenntnisse einfordert und direkt anschließend die Forderung nach einer „Verschärfung in den Bereichen Asyl und Islamismus-Bekämpfung“ sowie von Abschiebungen thematisiert, wobei letztere dazu dienen sollen, „den Aktionsradius von Gewalttätern“ massiv einzuschränken (vgl. Artikel XXXII). Durch die Aneinanderreihung der Begriffe „Integration“, „Leistung“, „verweigern“, „einfordern“, „Deutsch-Kenntnisse“, „Asyl“, „Islamismus“, „Abschiebung“ und „Gewalttäter“ wird den LeserInnen implizit vermittelt, dass all jene, die die deutsche Sprache nicht lernen (wollen) und somit vermeintlich die Integration verweigern,

gefährliche Islamisten oder Gewalttäter seien, die es abzuschieben gilt, denn sie sind „in Österreich nicht willkommen.“ (Artikel XXXII).

4.3.6 Abbildungen

Wie bereits erwähnt, sind fast allen, bis auf einen, analysierten Artikeln aus dem „Standard“ Abbildungen beigelegt, während in der „Kronen Zeitung“ nur 22 von den insgesamt 41 Artikeln auch bebildert sind.

Bei Artikeln aus der „Kronen Zeitung“ sind im analysierten Datenmaterial neunmal Bilder zu finden, auf denen MigrantInnen selbst abgebildet werden. Auf drei davon sieht man die Frauen von vorne, wodurch der Fokus auf sie selbst als Person gelegt wird. Bei Artikel VII mit der Überschrift „Arbeitslosigkeit und Armut unter Ausländerinnen hoch“, der ein eher negatives Bild der Situation von Frauen mit Migrationshintergrund zeichnet, ist dennoch über dem Artikel ein Foto mit drei Frauen abgebildet, die nebeneinander stehen und in die Kamera lächeln, was einen freundlichen Eindruck vermittelt. Eine der Frauen trägt ein Kopftuch, eine hat eine dunklere Hautfarbe und Rasterlocken und eine hat eine Glatze und auch eine etwas dunklere Hautfarbe, wodurch durch ihr Aussehen der Eindruck vermittelt wird, dass es sich um Frauen mit Migrationshintergrund handelt.

Artikel XXXXI, der von einer individuellen Geschichte einer Afghanin in Österreich erzählt und der einzige Artikel aus dem Datenmaterial der „Kronen Zeitung“ ist, in dem eine Migrantin direkt zitiert wird, zeigt ein Bild von Rabia, der 22-jährigen Afghanin, in ihrer Arbeitskleidung mit der Aufschrift „Wiener Linien“, wie sie in die Kamera lächelt. Sie hat die Hände in den Hosentaschen und vermittelt einen selbstbewussten Eindruck; Kopftuch trägt sie keines. Daneben ist ein weiteres, kleineres, Bild von ihr zu sehen, wie sie auf einer Bühne steht, mit den Händen gestikuliert und dabei nach unten schaut, während sie spricht. Dieses Bild soll wohl ihre „gute Integration“ darstellen, da sie in ihrer Freizeit Mitglied einer Theatergruppe ist, welche sich „Die Fremden“ nennt, wie in der Bildunterschrift zu lesen ist.

Ein weiteres Bild, auf dem eine Migrantin von vorne gezeigt wird, ist jenes der 12-jährigen Tina, die im Jänner 2021 nach Georgien abgeschoben wurde (vgl. Artikel XVII). Ihr Porträt wird im vorderen Teil eines größeren Bildes eingeblendet, welches eine Demonstration auf der

Wiener Ringstraße vor der Oper zeigt, bei der die Menschen „gegen unwürdige Abschiebungen aufstehen“, wie es die Bildunterschrift formuliert. Tina blickt auf dem Porträt schräg nach oben, hat den Mund leicht geöffnet, in den Haaren trägt sie ein Tuch. Sie sieht nicht besonders glücklich aus, sondern eher emotionslos bzw. gelangweilt.

In Artikel VIII mit der Überschrift „Viele Junge ohne Perspektive“ sieht man zwei junge Männer auf losen Ziegeln vor einer Mauer auf dem Boden sitzen. Beide tragen Jeans, Sportschuhe und einen Kapuzenpullover, wobei einer die Kapuze über den Kopf gezogen und der andere eine Kappe aufhat. Einer hält eine Zigarette in der Hand und schaut nach unten, der zweite blickt in Richtung der Zigarette des anderen. Das Bild soll wohl die im Artikel thematisierte „Perspektivenlosigkeit“ der Jugendlichen darstellen, denn es vermittelt den Eindruck, als würden die beiden jungen Männer ihre Zeit nutzlos verstreichen lassen, indem sie planlos in der Gegend sitzen.

Auf einem Bild, welches nicht direkt einem von mir analysierten Artikel zugeordnet ist, jedoch neben einem Leserbrief zum Thema „Sicherheitsrisiken“ abgebildet ist (Artikel XXIV), sieht man zwei Frauen in einer Burka von vorne nebeneinander auf einer Straße gehen. Obwohl sie von vorne abgebildet werden kann man ihr Gesicht aufgrund der Burka nicht sehen, was in dem Begleittext über Afghanistan als „ganzkörperverhüllt mit vogelfallenähnlichen Gesichtsmasken“ beschrieben wird. Dies soll wohl die „Gefahr“ und die im Leserbrief dargestellten „Sicherheitsrisiken“ sowie das „steinzeitliche Frauenbild“ verdeutlichen, vor welchem im Leserbrief gewarnt wird (vgl. Artikel XXIV).

In den restlichen vier Artikeln der „Kronen Zeitung“ werden die abgebildeten MigrantInnen von hinten gezeigt, was sie passiv erscheinen lässt. Neben Artikel XI mit der Überschrift „Jeder Zweite um Integration besorgt“, in dem es nicht explizit um Frauen mit Migrationshintergrund geht, sieht man drei Frauen mit Kopftuch von hinten abgebildet, wie sie nebeneinander auf der Straße gehen. Die Bildunterschrift lautet „Das Rollenbild der Frau im Islam bereitet vielen Sorgen“, wodurch der Eindruck vermittelt wird, als wäre das Kopftuch an sich schon ein Problem, das bekämpft werden müsse. Dieser Eindruck wird zudem durch den Text verstärkt, in dem direkt neben der Abbildung über die Wichtigkeit des „Kampfes gegen den religiös motivierten Extremismus“ geschrieben wird und in dem Begriffe wie „Radikalisierung“,

„gefährliche Tendenz“ und „Terror“ genannt werden. Durch die Wahl des Bildes wirkt es so, als hätten all diese Themen auch mit dem Kopftuch zu tun und als wären Frauen mit Kopftuch eine Bedrohung, wobei das Kopftuch als Zeichen der Fremdheit instrumentalisiert wird. Zur Darstellung des Kopftuches in der visuellen Aufbereitung von Texten schreiben Lünenborg et al. (2011):

Ob bei der Debatte um die Einwanderung [...], um die Integrationskurse oder die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Kopfbedeckung dient in der visuellen Aufbereitung der Texte dazu, Kennzeichen der Fremdheit einzusetzen. Die verschleierte oder Kopftuch tragende Frau wird so zum Schlüsselbild für die mediale Repräsentation kultureller Fremdheit und Rückständigkeit. (Lünenborg et al. 2011: 37)

Kreutzer (2015) schreibt dazu, dass das Kopftuch im medialen Diskurs vermehrt als Symbol des islamischen Fundamentalismus und des politischen Islamismus dargestellt wird und somit als Gegensatz zum liberalen Westen konstruiert wird (vgl. Kreutzer 2015: 23f.), was sich auch in Artikel XI und der zugehörigen Abbildung widerspiegelt.

Auf einem anderen Foto (Artikel XXXX) sieht man wiederum eine Frau, wohl die Lehrerin eines Wertekurses für Geflüchtete, wie sie vor einem Flipchart mit der Aufschrift „Österr. Verfassung“ steht, mit einer Hand darauf deutet und etwas erklärt. Von hinten sieht man verschwommen einen Mann und eine Frau mit Kopftuch, die in Richtung Lehrerin schauen. Auf dem Bild zu Artikel XVIII mit der Über-Überschrift „Integrationshaus unterstützt bei Weg in besseres Leben“ sieht man ebenfalls einen Mann verschwommen von hinten abgebildet, wie er einer Frau, nämlich der Sozialpädagogin Nicole Harmath, gegenüber sitzt, die in ihn blickt, mit ihm spricht und dabei mit den Händen gestikuliert. Neben Artikel XVI wird schließlich ein Bild gezeigt, auf dem man Männer und männliche Kinder bzw. Jugendliche von hinten sieht, wie sie mit Plastiktüten in den Händen über einen kahlen Erdboden gehen, was diese wohl „auf der Flucht“ darstellen soll. Sie tragen kurze Kleidung und das Bild ist von unten aufgenommen und sehr dunkel, sodass man die einzelnen Personen nicht gut erkennen kann und diese vielmehr als anonyme Gruppe dargestellt werden.

Auf den übrigen Abbildungen in der „Kronen Zeitung“ werden oft PolitikerInnen oder „ExpertInnen“ gezeigt, diese dann stets in Anzug bzw. Blazer und von vorne, was ihnen einen souveränen Eindruck verleiht. Dabei fällt vor allem die Häufigkeit auf, mit der Frauen- und

Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) dargestellt wird, nämlich insgesamt sechsmal. Sie wird im Gegensatz zu den MigrantInnen stets frontal oder von der Seite und teilweise leicht von unten abgebildet, was den Anschein erweckt, als hätte sie eine gewisse Autorität. Sie wird entweder sitzend oder an einem Rednerpult stehend gezeigt und hat auf allen Bildern den Mund geöffnet und gestikuliert mit den Händen, was sie als selbstbestimmt und aktiv erscheinen lässt.

Auf den Abbildungen aus dem „Standard“ sind insgesamt neben sechs Artikeln MigrantInnen selbst zu sehen, wobei diese meist von vorne und nur einmal von hinten gezeigt werden, was darauf hindeutet, dass ihnen im „Standard“ durch die aktivere Darstellung mehr Selbstbestimmung zugesprochen wird als in der „Kronen Zeitung“. In zwei der Artikel, in denen MigrantInnen – mehrmals – abgebildet werden, geht es um individuelle Geschichten, in denen die Betroffenen selbst über ihre Erfahrungen berichten und im Artikel direkt zitiert werden. In Artikel 1 geht es um drei Männer mit dem Vornamen Muhammed bzw. Mohamed und die Erfahrungen und Hürden damit in Österreich. Alle drei Männer werden auf den Fotos jeweils einmal von vorne gezeigt, wie sie in die Kamera lächeln, zwei von ihnen werden zudem auf weiteren Bildern bei ihrer Arbeit gezeigt, einer in der Bäckerei mit einem Blech Brot in der Hand und einer im Friseursalon, wie er gerade einem Kunden die Haare schneidet – beide blicken auch da in die Kamera, was sie als aktive Akteure erscheinen lässt. In Artikel 12 geht es ebenso um individuelle Geschichten, nämlich die dreier Frauen, die nach Österreich geflüchtet sind und über ihre Erfahrungen hier berichten. Alle drei Frauen werden von vorne bzw. schräg von der Seite abgebildet, wobei zwei von ihnen direkt in die Kamera schauen. Eine Frau lächelt dabei, die anderen beiden blicken etwas ernster, aber dennoch freundlich. Zwei der Frauen, nämlich Monika aus Afghanistan und Alia aus Syrien, tragen ein Kopftuch, während Fatemeh aus dem Iran eine Kapuze über ihren Kopf gezogen hat, unter der man ihre Haare sieht. Alle drei Abbildungen vermitteln den Eindruck von selbstbewussten Akteurinnen, die aktiv im Leben stehen, auch wenn sie mit einigen Problemen konfrontiert sind, welche im Artikel näher erläutert werden (vgl. Artikel 12).

Auf zwei weiteren Abbildungen (Artikel 2 und 3) sieht man die 12-jährige Tina aus Georgien von vorne abgebildet, wobei jedoch nur ihr halbes Gesicht ab der Nase aufwärts sichtbar ist

und sie eine Sonnenbrille trägt, die sie mit einer Hand festhält, sodass sie nicht deutlich zu erkennen ist. Neben den anderen Texten, die Abbildungen von MigrantInnen zeigen, sieht man auf beiden Fotos MigrantInnen, wie sie sich an einem Schalter anstellen. Auf einem Bild (Artikel 18) sieht man eine Frau mit Kopftuch weiter hinten im Bild von vorne, während der Vordergrund des Fotos dunkel und unscharf ist, vermutlich befindet sich dort der/die MitarbeiterIn einer Behörde. Auf dem dem Artikel 4 beige gestellten Foto sieht man einen Mann von hinten, wie er sich an einem Schalter mit der Aufschrift „Anmeldung Staatsbürgerschaft“ anstellt, wodurch er zwar nicht wirklich als aktiver Akteur auftritt – im Artikel wird jedoch über die konkreten Probleme geschrieben, mit denen MigrantInnen selbst konfrontiert sind, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten möchten (vgl. Artikel 4), wodurch die Autoren vielmehr die österreichische Bürokratie als die MigrantInnen bzw. deren Verhalten kritisieren, wie dies in der „Kronen Zeitung“ häufiger der Fall ist.

Auf den übrigen Fotos aus dem „Standard“, auf denen Personen abgebildet sind, sieht man ähnlich wie in der „Kronen Zeitung“ viele PolitikerInnen oder „ExpertInnen“ von vorne und in Anzug oder Blazer abgebildet, wobei auch hier die Häufigkeit auffällt, mit der Susanne Raab (ÖVP) abgebildet wird – insgesamt ist sie auf sechs Abbildungen zu sehen, auf denen sie allen entweder sitzend oder stehend vor einem Mikrofon abgebildet wird, wie sie spricht und dabei mit den Händen gestikuliert. Dadurch wird ihre autoritative Rolle gestärkt und sie wird als aktive Akteurin dargestellt, die etwas Relevantes zu sagen hat.

4.4 Mikrostruktur: Feinanalyse nach rhetorischen und stilistischen Merkmalen (Textanalyse)

Im folgenden Kapitel wird auf sprachliche Merkmale der analysierten Artikel eingegangen, wobei die Unterkapitel die Ergebnisse der Untersuchung thematisch zusammenfassen, indem zuerst auf die den MigrantInnen zugeschriebenen Eigenschaften und ihr Handlungsniveau eingegangen und dann die Konstruktion eines Selbst- und Fremdbildes anhand von Beispielen aus den Artikeln dargestellt wird, die Definition erfolgreicher Integration thematisiert und schließlich die geschlechtsspezifische Darstellung von MigrantInnen erläutert wird, wobei in den Medien das Bild von einerseits weiblichen Migrantinnen als hilfsbedürftig und

unterdrückt und andererseits von männlichen Migranten als unzivilisierte kriminelle Straftäter gezeichnet wird.

Aufgrund des Umfangs des Datenmaterials wurden für die Feinanalyse einzelne, besonders „typische“ Textpassagen, herangezogen, anstatt jeden Text in seiner Gesamtheit zu analysieren. Dafür wurden jene Textpassagen ausgewählt, die als besonders repräsentativ für den Gesamtdiskurs über die Integration von MigrantInnen erschienen. Daher soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass diese Forschung keinen Anspruch auf allgemeingültige Ergebnisse oder Generalisierungen erhebt, da es sich bei der Forschung um eine qualitative Forschung handelte, in der lediglich ein kleiner Ausschnitt des vorhandenen Datenmaterials untersucht wurde (vgl. Böhm 2019: 475f.; Dannecker/ Englert 2014: 10; Marshall/ Rossman 2011: 90ff.).

4.4.1 Identifikation: MigrantInnen zugeschriebene Eigenschaften

Da Zuschreibungen über den (sozialen) Status von MigrantInnen die Wahrnehmung derselben durch die LeserInnen der Artikel beeinflusst, wird an dieser Stelle näher auf die für MigrantInnen benutzten Begriffsbezeichnungen eingegangen. Dabei wurde analysiert, in welchen Rollen und mit welchen Zuschreibungen MigrantInnen in den Artikeln auftreten, wodurch überwiegend die Identifikation als MigrantIn erfolgt, wie etwa durch Nennung der Herkunft, und ob die Begriffe eher positive oder negative Emotionen bei den LeserInnen auslösen.

Zuerst fällt auf, dass in den Artikeln aus dem „Standard“ die MigrantInnen häufiger bei ihrem Namen genannt werden, was sie als individuelle Persönlichkeiten auftreten lässt, wobei die Nennung des Namens eine „journalistische Strategie der Personalisierung“ (Lünenborg et al. 2011: 57) ist. Dies war in neun der Artikel aus dem „Standard“ der Fall, jedoch in nur einem Artikel aus der „Kronen Zeitung“.

Bezüglich der genannten Herkunft der MigrantInnen ließ sich feststellen, dass Afghanistan am häufigsten explizit als Herkunftsland der MigrantInnen genannt wird, nämlich in je zehn Artikeln der beiden Zeitungen, in denen Migranten oft als „Afghanen“ bezeichnet werden. Dies liegt mitunter daran, dass zwei Schlüsselereignisse, die in Zusammenhang mit

Afghanistan bzw. Afghanen stehen, in den Erscheinungszeitraum der analysierten Artikel fallen, nämlich der „Mordfall Leonie“, bei dem die Täter aus Afghanistan stammten sowie die Machtübernahme in Afghanistan durch die Taliban im August 2021. Am zweithäufigsten wird Syrien als Herkunftsland der MigrantInnen genannt, nämlich in vier Artikeln aus dem „Standard“ und fünf Artikeln der „Kronen Zeitung“, gefolgt von Tschetschenien, Irak, Iran, der Türkei, Ex-Jugoslawien und Gambia sowie bosnischer, kurdischer, bulgarischer und rumänischer Herkunft und „sonstige Winkel Vorderasiens“ (Artikel II). Dabei ließ sich kein nennenswerter Unterschied zwischen den beiden Tageszeitungen in Bezug auf die Häufigkeit der Nennung bestimmter Herkunftsländer feststellen. Angemerkt werden kann jedoch, dass es sich bei den meisten der genannten Länder, mit Ausnahme von Ex-Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien, um außereuropäische und „nicht-westliche“ sowie muslimische oder postkoloniale Länder handelt, welche typischerweise mit der Integration von MigrantInnen in Verbindung gebracht werden (vgl. Castro-Varela 2013: 40; Lünenborg et al. 2011: 23).

Über die Religion werden MigrantInnen in drei Artikeln aus dem „Standard“ und vier Artikeln aus der „Kronen Zeitung“ identifiziert, wo sie als Muslime oder Musliminnen bezeichnet werden. Auf die Fremdheit bzw. Andersartigkeit der MigrantInnen wird durch die Bezeichnungen „kulturell völlig anders gestrickte Menschen“ (vgl. Artikel IX) und „Fremde“ hingedeutet, wobei letzterer Begriff je zweimal in Artikeln aus dem „Standard“ und der „Kronen Zeitung“ zu finden ist.

Auf den Asylstatus der Personen wird durch die Begriffe „Flüchtling“, „Geflüchtete“, „Schutzsuchende“, „Asylwerber“ oder „Asylant“ hingedeutet, wobei keine genaue Differenzierung dieser Termini vorgenommen wird. Außerdem werden die Begriffe oftmals innerhalb desselben Artikels als Synonyme verwendet, wobei einfach zwischen verschiedenen Begriffen abgewechselt wird, ohne etwa darauf Bedacht zu nehmen, ob eine Person, die als Asylwerber bezeichnet wird, tatsächlich bereits um Asyl angesucht hat oder nicht, was die Definition laut Genfer Flüchtlingskonvention wäre (vgl. Binder/ Kroner/ Tošić 2009: 112). Dabei wird am häufigsten der Begriff „Flüchtling“ verwendet, welcher in sieben Artikeln aus dem „Standard“ und acht Artikeln aus der „Kronen Zeitung“ verwendet wird. Als „Geflüchtete“ werden die Personen in vier Artikeln aus dem „Standard“ und einem Artikel aus

der „Kronen Zeitung“ bezeichnet, als „Schutzsuchende“ in einem Artikel aus dem „Standard“ und vier Artikeln der „Kronen Zeitung“, als „Asylwerber“ in vier Artikeln aus dem „Standard“ und zwei Artikeln der „Kronen Zeitung“ und als „Asylant“ in einem Artikel der „Kronen Zeitung“.

Anhand dieser Daten lassen sich keine eindeutigen Aussagen bezüglich der positiven oder negativen Konnotation der Begriffe im Vergleich der beiden Zeitungen treffen, da „Asylant“ als negativ konnotierter Begriff etwa nur einmal in der „Kronen Zeitung“ genannt wird, der Begriff „Schutzsuchende“, durch welchen den Personen eine aktive Handlungsmacht zugeschrieben wird – da sie selbst den Schutz suchen, anstatt etwa zu sagen, dass sie vertrieben wurden – zwar öfter in der „Kronen Zeitung“ vorkommt, jedoch dennoch meist in negativen Kontexten wie etwa durch deren „gewalttätiges Verhalten“ im Rahmen der Silvesterrandale in Wien Favoriten (vgl. Artikel II) oder den Zusatz, dass „Schutzsuchende [...] diese Bezeichnung insgesamt nur sehr eingeschränkt verdienen“, ohne auf den genauen Grund für diese Aussage einzugehen (vgl. Artikel XXIV). Auch der Begriff „Flüchtling“ wird in beiden Zeitungen annähernd gleich oft benutzt, wobei der „neutralere“ Begriff „Geflüchtete“ öfter im „Standard“ als in der „Kronen Zeitung“ verwendet wird.

Weitere Begriffe, die annähernd gleich oft in den beiden Tageszeitungen vorkommen, sind „Migranten“, „Ausländer“ und „Zuwanderer“. Wie bereits erwähnt, geht oft aus den Artikeln nicht klar hervor, was unter einem Begriff verstanden wird – so steht in Artikel XXXIV: „Das Zusammenleben mit Zuwanderern wird weiterhin positiver bewertet als jenes mit Flüchtlingen und Muslimen. Insgesamt wird aber das Zusammenleben mit allen drei Gruppen mehrheitlich als eher schlecht wahrgenommen“ (Artikel XXXIV). Was genau der Unterschied zwischen „Zuwanderern“, „Flüchtlingen“ und „Muslimen“ ist, wird nicht erklärt. Diese Uneindeutigkeit der im Integrationsbarometer verwendeten Begriffe (darunter auch „Parallelgesellschaften“ und „politischer Islam“) wird auch in einem Artikel aus dem „Standard“ aufgegriffen und durch Alexander Pollak, den Sprecher von SOS-Mitmensch kritisiert, da unklar sei, „wer beziehungsweise was genau damit gemeint ist“ (Artikel 14). Meinungsforscher Peter Hajek äußerte sich in Antwort auf diese Einwände, dass in einer sozialwissenschaftlichen Befragung jene Termini benutzt würden, „die im medial-öffentlichen

und gesellschaftlich-privaten, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs verwendet werden“ (Artikel 14), da die Befragten dort abgeholt werden müssten, wo sie stehen und die Sozialforschung Einstellungen, Motive und Werte, jedoch kein Wissen erhebe (vgl. Artikel 14).

Bezüglich der Rollen und Zuschreibungen von MigrantInnen lässt sich festhalten, dass Frauen mit Migrationshintergrund häufig einerseits als ungebildet und andererseits als schutzbedürftig dargestellt werden, wobei die mangelnde Bildung v.a. bei Frauen aus Afghanistan und der Türkei in den Fokus gestellt wird, indem betont wird, dass die Frauen Analphabetinnen sind oder über keinen Schulabschluss verfügen (vgl. Artikel 12 und VII). Männliche Migranten hingegen werden häufig mit dem Thema Gewalt und Kriminalität in Verbindung gebracht, wobei sie explizit als Gewalt- bzw. Straftäter oder Straffällige in fünf Artikeln aus der „Kronen Zeitung“ bezeichnet werden sowie in je einem Artikel der beiden Zeitungen als Kriminelle bzw. kriminelle Person.

4.4.2 Handlungsniveau der MigrantInnen

Das analysierte Datenmaterial aus der „Kronen Zeitung“ beschränkt sich hauptsächlich auf ein Schreiben über MigrantInnen und lässt diese nur selten – nämlich in nur einem Artikel (vgl. Artikel XXXXI) – selbst zu Wort kommen, wodurch das Stereotyp der passiven MigrantInnen durch die mediale Berichterstattung unterstützt wird (vgl. Lünenborg et al. 2011: 62). Im „Standard“ hingegen treten MigrantInnen häufiger selbst als AkteurInnen im Text auf und werden in sechs der analysierten Artikel direkt zitiert, wodurch ihnen eine Stimme gegeben wird und die Erfahrungen, die sie selbst machen, an die LeserInnen vermittelt werden können. Dadurch werden die Personen nicht auf ihre Eigenschaft als MigrantInnen reduziert, sondern als Individuen wahrgenommen, was sie für die LeserInnen als Menschen sichtbar macht und somit zu keiner deutlichen Abgrenzung zwischen „uns“ und den MigrantInnen als ungreifbare „Andere“ beiträgt. Es lässt sich also festhalten, dass die Artikel aus dem „Standard“ den MigrantInnen ein höheres Handlungsniveau einräumen als jene aus der „Kronen Zeitung“.

Ähnlich dazu handelt es sich bei acht Artikeln aus dem „Standard“ und einem Artikel aus der „Kronen Zeitung“ um eine personenbezogene Berichterstattung über MigrantInnen, in welchen die individuelle Geschichte oder Erfahrung von MigrantInnen meist Hauptthema des

Artikels ist. In diesen Artikeln ist die Relevanz der MigrantInnen für den Artikel hoch, während sie in den übrigen analysierten Artikeln eher niedrig ist, da dort MigrantInnen zwar erwähnt werden, ihre Erfahrungen aber nicht im Zentrum der Berichterstattung stehen (vgl. Lünenborg et al. 2011: 56).

Laut Lünenborg et al. (2011: 62) werden MigrantInnen in der medialen Berichterstattung häufiger dann zitiert, wenn der Artikel länger als 100 Zeilen ist, woraus geschlossen werden kann, dass diese es wohl leichter haben, in Interviews oder Reportagen Gehör zu finden als in Meldungen oder Kurzberichten. Auch in dem für diese Arbeit analysierten Datenmaterial spiegelt sich dies wider, jedoch sind die Artikel aus dem „Standard“ grundsätzlich länger als jene der „Kronen Zeitung“, sodass die häufigere direkte Zitation von MigrantInnen auch einfach an der Tageszeitung anstatt an der Länge der Artikel an sich liegen könnte.

Außerdem fällt auf, dass über MigrantInnen in vielen Artikeln im Plural und generalisierend geschrieben wird, sodass es so wirkt, als wären diese eine homogene Masse, die jedoch nicht für sich selbst sprechen kann. Dies ist vorwiegend in der „Kronen Zeitung“ der Fall, wo nur in einem Artikel über die individuelle Erfahrung einer Migrantin berichtet wird (vgl. Artikel XXXXI) und ansonsten Migranten nur in den Fällen, in denen es sich bei ihnen um Straftäter handelt (wie beim „Mordfall Leonie“), als individuelle Personen angesprochen werden, wobei in diesen Fällen jedoch nicht auf ihre tatsächlichen persönlichen Hintergründe eingegangen wird, über die lediglich gemutmaßt wird (vgl. Artikel XIX, XX, XXI und XXII). In Artikeln aus dem Standard werden MigrantInnen deutlich öfter als individuelle Personen mit einer eigenen Geschichte angesprochen, nämlich in acht der Artikel, und treten dadurch als greifbare Personen in Erscheinung.

4.4.3 Mediale Symbolisierung des Fremden: Konstruktion einer Abgrenzung zwischen „Uns“ und den „Anderen“

Bei der Analyse der Zeitungsartikel hat sich herausgestellt, dass der Diskurs über die Integration von MigrantInnen stark von der Konstruktion einer Abgrenzung zwischen der österreichischen Bevölkerung und den MigrantInnen geprägt ist. Durch diese Prozesse des Otherings werden MigrantInnen durch Zuschreibung bestimmter Eigenschaften als anders repräsentiert, wobei dies in den verschiedenen Artikeln von einer Darstellung der

MigrantInnen als grundverschieden und einer Kultur zugehörig, die mit unserer nicht kompatibel sei, bis hin zu Darstellungen geht, welche zwar eine Unterscheidung feststellen, jedoch den Fokus der Berichterstattung auf Gemeinsamkeiten und den Wert eines guten Zusammenlebens legen.

Im Folgenden sollen zunächst einige Beispiele aus den analysierten Artikeln angeführt werden, in denen sich eine negative Fremddarstellung von MigrantInnen finden lässt, welche oft durch die Benutzung der Personalpronomen „wir“ bzw. „unser“ im Gegensatz zu „ihnen“ als den fremden Anderen konstruiert wird und überwiegend in Artikeln der „Kronen Zeitung“ zu finden ist. Wer genau mit „wir“ gemeint ist, wird in den Artikeln nicht explizit erwähnt, jedoch kann angenommen werden, dass damit die allgemeine österreichische Öffentlichkeit, also die autochthone Gesellschaft angesprochen wird, wobei MigrantInnen und insbesondere MuslimInnen aus „anderen Kulturkreisen“ nicht mitgemeint sind, zumindest nicht, solange sie sich nicht an die österreichische Gesellschaft „anpassen“.

Laut Matouschek et al. (1995) benutzen die Medien Argumentationsstrategien, die zu einer positiven Selbstdarstellung und einer negativen Fremddarstellung beitragen und somit MigrantInnen in einem negativen Licht darstellen, indem die eigene Gruppe als hilfsbereit, neutral oder unschuldiges Opfer dargestellt wird und die „Anderen“ gleichzeitig als undankbar, indem ihnen die Schuld für verschiedene Missstände zugeschrieben wird. So werden implizite Vorurteilsinhalte vermittelt und eine Rechtfertigung von Ausgrenzungspraktiken geliefert. Dies wird in den Medien durch argumentative Tricks bewerkstelligt, etwa durch Schwarz-Weiß-Malerei, die Sündenbockstrategie, Opfer-Täter-Umkehr, Schuldzuweisungen und -leugnung oder Diffamierung und Abwertung (vgl. Matouschek et al. 1995: 51ff.).

Die positive Selbstdarstellung, welche die österreichische Bevölkerung als besonders hilfsbereite und selbstlose Menschen darstellt, wird etwa in Artikel XXXVIII mit der Überschrift „Wir lehren fremde Menschen als Freiwillige die deutsche Sprache“ deutlich, welcher von drei Freiwilligen berichtet, die im Rahmen eines Bildungsprojekts Deutsch unterrichten, um den SchülerInnen „das freundliche Gesicht von Österreich“ zu zeigen und sie auf ihrem Weg in Österreich zu begleiten. Der Fokus auf die Hilfsbereitschaft der LehrerInnen wird durch die

Formulierung „sie opfern ihre Freizeit“ besonders deutlich, was den Eindruck erweckt, als müssten die SchülerInnen – es geht nicht klar hervor um welche Personen es sich dabei handelt, sie werden lediglich als „fremde Menschen“ bezeichnet – ihnen dafür unendlich dankbar sein (vgl. Artikel XXXVIII).

Der Eindruck, als stünden die MigrantInnen bei uns in der Schuld, wird auch in Artikel XXXIII, einem Leserbrief, vermittelt, welcher Dänemark als Vorbild für Österreich in Sachen Integrationspolitik darstellt:

Die Leute werden ab sofort arbeiten und der Aufnahmegesellschaft dadurch auch etwas zurückgeben müssen. Entweder gemeinnützig, oder aber – sofern sie gewisse Qualifikationen besitzen – auch in dänischen Unternehmen. Der einzig richtige Weg, um mit unserer Kultur nicht vertraute Migrantinnen und Migranten, die oft keinen geregelten Arbeitsprozess kennen, zu aktiver Integration zu bewegen. (Artikel XXXIII)

Anhand dieser Textstelle wird nicht nur deutlich, dass MigrantInnen uns angeblich etwas zurückzugeben hätten – ferner wird auch ihre Qualifikation bzw. Fähigkeit, einem geregelten Beruf nachzugehen, in Frage gestellt sowie ihr Wille, sich zu integrieren, wozu sie durch politische Maßnahmen gedrängt werden müssten. Im weiteren Verlauf des Textes wird außerdem die finanzielle Belastung der österreichischen Bevölkerung durch die MigrantInnen thematisiert, mit der Aussage:

Es kann nicht sein, dass Personen, die permanent bei uns leben und von der arbeitenden Bevölkerung in jeder Weise erhalten werden, wegen fehlender Arbeitskontakte ewig nur in ihren eigenen Kreisen verbleiben, nur das Satellitenprogramm des Herkunftslandes konsumieren, nur ihre mitgebrachte Sprache sprechen und sich folglich in keiner Weise am Leben der Aufnahmegesellschaft beteiligen. (Artikel XXXIII)

Die Fremdheit der MigrantInnen wird hier durch ihre Sprache, den Kontakt zu Menschen aus dem gleichen Herkunftsland sowie Konsum von Medien aus dem Herkunftsland illustriert, welche allesamt als negativ im Vergleich zur deutschen Sprache, der österreichischen Bevölkerung und heimischen Medien dargestellt werden. Somit wird ein Bild gezeichnet, das ein Defizit auf Seiten der MigrantInnen aufzeigt, welches nur überwunden werden könne, wenn sich diese so verhalten, wie „wir Österreicher“. Die Arbeitsmarktuntauglichkeit und der Unwille zu arbeiten wird auch in Artikel XXXVI, ebenfalls ein Leserbrief, aufgegriffen, in welchem diese Defizite auf die Herkunft „aus völlig anderen Kulturkreisen“ zurückgeführt wird (vgl. Artikel XXXVI).

Die Forderung an die österreichische Politik nach Hilfsbereitschaft bzw. Aufnahme weiterer Geflüchteter wird in einigen Texten kritisiert, etwa in Artikel XXXI: „Die Grünen erheben jedoch den Zeigefinger, weil der Koalitionspartner nicht bereit ist, ganz Afghanistan aufzunehmen.“ (Artikel XXXI) Hier wird darauf angespielt, dass Österreich ohnehin bereits so viele Menschen aus Afghanistan aufgenommen hätte, und dass weiterhin „Frauen, kleine[n] (!) Kinder[n], Menschenrechtsaktivistinnen und Frauenrechtlerinnen [...] im Rahmen unserer Möglichkeiten Aufnahme gewährt werden“ (Artikel XXXI) soll. Dadurch wird die vermeintliche Bereitschaft zur Aufnahme von als besonders schützenswert empfundenen Personen sowie die Hilfsbereitschaft Österreichs betont, die jedoch auch ihre Grenzen habe, da man nicht ein ganzes Land aufnehmen könne.

Auch in Artikel XXIX mit der Überschrift „Unser Europa“ wird die Kritik daran, dass Österreich nicht genug Geflüchtete aufnehme, in Frage gestellt, nämlich durch die polemisch formulierte rhetorische Frage: „Nur unser kleines, gebeuteltes Österreich im Herzen Europas darf also nicht ‚herzlos‘ alle armen Menschen der sehr fernen Länder im Stich lassen, die Tausenden eigenen kräftigen jungen Beschützer vor Ort aber schon? Dafür werden wir rundherum gemaßregelt und sogar angeprangert!“ (Artikel XXIX) Hier wird eine Abgrenzung zwischen „uns“ und den „Anderen aus sehr fernen Ländern“ konstruiert, deren Weltbild nicht mit unseren Werten vereinbar sei, indem im weiteren Verlauf des Leserbriefes konstatiert wird, dass „die Weltanschauungen und die Wertevorstellungen [...] aber unterschiedlicher nicht sein [könnten, denn] Integration unter Gleichgesinnten ist immer anders, als die eigenen Wurzeln hinter sich zu lassen.“ (Artikel XXIX)

Diese Argumentation findet sich in mehreren Leserbriefen, wie auch in „Wir können nicht die ganze Welt retten!“, in dem die Frage gestellt wird, „warum sich immer nur Europa ‚moralisch verpflichtet‘ fühlt, Flüchtlinge aus aller Welt aufnehmen zu ‚müssen‘“ (Artikel XXVIII). Dabei stehen die Kosten, die dabei für den österreichischen Staat entstehen, im Vordergrund der Argumentation, wodurch die Geflüchteten vielmehr als eine finanzielle Belastung für den Staat und weniger als Individuen gesehen werden. Weiters wird konstatiert, dass in Ländern mit der gleichen Religion und einer ähnlichen Kultur die Integration von AfghanInnen „um einiges problemloser als in christlichen Staaten mit westlichen Werten“ sei (vgl. Artikel XXVIII).

Hier werden also die Religion und Kultur als Mittel der Abgrenzung zur österreichischen Bevölkerung genannt. Auch negative Präsuppositionen wie etwa „Einwanderung von kulturell völlig anders gestrickten Menschen“ (Artikel IX) betonen die Andersartigkeit der MigrantInnen, wodurch es so scheint, als könnte deren Kultur nicht mit unserer koexistieren.

Im „Standard“ kommt es im Gegensatz zur „Kronen Zeitung“ kaum explizit zu einer negativen Darstellung von MigrantInnen, jedoch ebenso zu einer Abgrenzung, die die MigrantInnen im Gegensatz zur österreichischen bzw. westlich-sozialisierten Bevölkerung als fremd und anders darstellt. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass der „Standard“ zwar objektiv zu berichten scheint, indem er viele PolitikerInnen und „ExpertInnen“ zitiert, jedoch werden sowohl Personen zitiert, die der Integration von MigrantInnen negativ gegenüberstehen als auch Personen, die sich den MigrantInnen gegenüber solidarisch äußern. Artikel 9 etwa kritisiert das vom oberösterreichischen Wohnbauförderungsgesetz vorgesehene und von der FPÖ befürwortete Deutscherfordernis von Drittstaatsangehörigen, um Wohnbeihilfe zu beziehen. Im letzten Absatz des Artikels wird der oberösterreichische Wohnbaureferent Manfred Haimbuchner (FPÖ) zitiert, wie er dazu Stellung nimmt: „Wir haben sehr gute Argumente und wir stehen auf der Seite der Österreicher und nicht der utopischen Multikulturalisten.“ (Artikel 9) Dies zeigt deutliche Praktiken des Othering, indem die „echten Österreicher“ von jenen abgegrenzt werden, sie sich für MigrantInnen und deren Rechte einsetzen. Auch Formulierungen wie „Diese ‚echten Österreicher‘ sind empfänglich für Parolen wie ‚Unser Geld für unsere Leut‘“ (Artikel 29) vermitteln eine Abgrenzung. Obwohl Othering-Praktiken in den genannten Beispielen zwar kritisiert werden, kommen sie dennoch in den Texten vor und haben somit die Möglichkeit, die LeserInnen in ihrer Meinung zu beeinflussen.

Die konstruierte Abgrenzung zu den MigrantInnen wird in einigen Artikeln aus dem „Standard“ zudem explizit kritisiert und angesprochen, und in Artikel 10 wird sogar der Begriff „Othering“ verwendet und erklärt, um auf die Problematik des „Anstiegs rassistischer Vorfälle gegenüber Muslimen“ aufmerksam zu machen, welche als „Sündenbock für unpopuläre Maßnahmen“ instrumentalisiert worden seien, insbesondere durch die FPÖ. Judith Kohlenberger, eine Sozialwissenschaftlerin der Wirtschaftsuniversität Wien, die zu den Themen Integration und Zugehörigkeit forscht, definiert Othering als gesellschaftliches Problem des „Fremdmachens“

von Menschen, „indem diese bewusst mit vielen negativen Eigenschaften besetzt werden.“ (Artikel 10) Auch in Artikel 28, einem Interview, kommt Judith Kohlenberger zu Wort und erläutert die in der Pandemie zugenommene psychische Belastung unter Geflüchteten, welche von Einsamkeit und Retraumatisierung berichten. Auch hier spricht sie die Problematik des Othering an, unter dem MigrantInnen nun besonders zu leiden hätten, da ihr zufolge in Krisenzeiten der Rassismus grundsätzlich zunimmt:

Von Geflüchteten, aber auch von Menschen, die in zweiter Generation hier leben, wurde uns rückgemeldet, dass es schwieriger für sie war, mit der sogenannten Mehrheitsgesellschaft in Kontakt zu treten. Die Stigmatisierung ist in der Eigenwahrnehmung stark gestiegen. Man hatte das Gefühl, dass stärker zwischen "Wir" und den "Anderen" unterschieden wurde. (Artikel 28)

Auch in Artikel 16 werden Praktiken des Othering kritisiert und das Vorgehen von Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) in Frage gestellt, dass sie sich anlässlich der Häufung von Frauenmorden dem Gewaltproblem ausschließlich in migrantischen Communities widmet. Die Autorin bringt dies mit folgender Aussage auf den Punkt:

Geht der Fingerzeig immer wieder in die Richtung der vermeintlich ‚anderen‘, werden wir als Gesellschaft das strukturelle Problem der Frauenmorde nicht so bald in den Griff bekommen. Patriarchale Strukturen sind nicht ausschließlich in migrantischen oder gar muslimischen Communitys zu finden. (Artikel 16)

4.4.4 „Gelungene“ oder „gescheiterte“ Integration?

Anhand der analysierten Artikel ließ sich feststellen, dass eine „erfolgreiche, gelungene“ Integration in erster Linie mit dem Erlernen der deutschen Sprache, einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie dem Kontakt zur österreichischen Bevölkerung und Übernahme von deren Werten in Verbindung gebracht wird. Sind diese Faktoren nicht vorhanden, schreiben die AutorInnen von einer „gescheiterten“ Integration, welche häufig in Zusammenhang mit von MigrantInnen begangenen Gewalt- und Straftaten Erwähnung findet, woraus der Schluss gezogen wird, dass die bisherigen Integrationsansätze der Regierung versagt hätten (vgl. Artikel 1). Im Folgenden werden einige Beispiele erläutert, wie Integration in den verschiedenen Artikeln definiert und was darunter verstanden wird.

Erfolgreiche Integration wird von Susanne Raab (ÖVP), wie sie es in einem Interview mit dem „Standard“ formulierte, etwa wie folgt definiert: „Gelungene Integration ist für mich die

Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen – am Bildungsbereich, am Arbeitsmarkt – und dass man sich auch mit dem Herzen in Österreich zu Hause fühlt.“ (Artikel 21)

Die Wichtigkeit von Deutschkenntnissen für die Integration wird etwa in Artikel XXXII erläutert, in welchem der oberösterreichischen Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) zitiert wird, der ankündigt, überprüfen lassen zu wollen, ob Zuschüsse mit dem Nachweis von Deutsch-Kenntnissen verknüpft werden können. Seine Worte „Wir müssen von Zuwanderern Leistung und Integration einfordern. Wer Leistung verweigert, wer Integration verweigert, muss wissen, dass er in Österreich nicht willkommen ist“ (Artikel XXXII) machen deutlich, dass mit Integration hier eine einseitige Leistung von Seiten der MigrantInnen gemeint ist, wobei ihnen zudem unterstellt wird, diese zu verweigern, womit vermutlich das Erlernen der deutschen Sprache gemeint ist. Der Fokus auf Integration als Leistung wird auch in Artikel 38 aus dem „Standard“ gelegt, welcher den Leitantrag der ÖVP vom Parteitag im August 2021 zusammenfasst, in welchem gefordert wird, dass „Sozialleistungen an die Voraussetzungen einer gelungenen Integration geknüpft werden“ (Artikel 38), denn „jeder, der in Österreich lebt, muss seinen Beitrag leisten.“ (Artikel 38) Leistung wird dabei in Zusammenhang mit dem Ausbau der Deutsch- und Wertekurse genannt, was wiederum die Wichtigkeit der deutschen Sprache für eine „erfolgreiche Integration“ in den Vordergrund rückt. Weitere Aussagen, die auf die Wichtigkeit der Sprache für den Integrationsprozess anspielen, sind etwa: „Damit irgendeine Art von Integration klappen kann, muss man zuerst die Sprache lernen“ (Artikel XXII) oder „Alles aber beginne mit dem Lernen der deutschen Sprache“ (Artikel XXXX).

Neben der Sprache wird die Einbindung in den Arbeitsmarkt als wichtiger Faktor einer erfolgreichen Integration dargestellt, wodurch wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund gerückt werden. So wird der Zugang zum Arbeitsmarkt als „wichtiger Hebel zu finanzieller Eigenständigkeit und sozialer Integration“ (Artikel XXIII) gesehen. In diesem Zusammenhang wird den MigrantInnen in einigen Artikeln jedoch unterstellt, arbeitsuntauglich oder -unwillig zu sein, wie anhand folgender Aussage verdeutlicht werden kann: „Integration läuft primär über den Arbeitsprozess, doch viele derer, die aus völlig anderen Kulturkreisen kommen, sind weder tauglich noch arbeitsmarktwillig.“ (Artikel XXXVI)

In anderen Artikeln wird betont, dass der „Integrationswille der Einwanderer [...] schwach ist“ (Artikel IX). Jene integrationsunwilligen „Gfrasta“, wie sie Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) nennt, werden den „integrationswilligen Jugendlichen“ (Artikel V) gegenübergestellt, als welche die 12-jährige Tina bezeichnet wird, die nach Georgien abgeschoben wurde, obwohl sie bereits seit mehreren Jahren in Österreich lebte und in Wien ein Gymnasium besuchte (vgl. Artikel 2). Die Integrationsunwilligkeit wird in Artikel IV auch „nicht deutschkundige[n] Schülereltern“ unterstellt, welche lernunwillig seien und deren Faulheit und Verantwortungslosigkeit man durch die Bereitstellung von Dolmetschern an Elternsprechtagen fördern würde (vgl. Artikel IV).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage aus einer Kolumne im „Standard“, der zufolge „(überwiegend weibliche) Mitglieder der westlich, demokratisch orientierten Eliten [aus Afghanistan ...] nicht mehr integriert“ (Artikel 37) werden müssten, wenn man sie in Österreich aufnimmt. Dies suggeriert, dass Integration nur eine Forderung an „nicht-westliche“ Personen sei, um welche es sich bei den Eliten aus Afghanistan anscheinend nicht handelt, jedoch nicht an „westlich-orientierte“ Menschen, was deutlich die konstruierte Abgrenzung zwischen „uns im Westen“ und den „Anderen“ aufzeigt, welchen implizit unterstellt wird, „schlechtere Werte“ zu vertreten oder ungebildet zu sein. Dies verdeutlicht auch die Aussage von Lünenborg et al: „Wer nach einer westlichen Vorstellung lebt und den dazugehörigen Wertekanon vertritt, wird als Mitglied im Einwanderungsland Deutschland akzeptiert.“ (Lünenborg et al. 2011: 38)

Des Weiteren wird Integration in einigen Artikeln mit einer Anpassung gleichgesetzt, wobei die Übernahme „westlicher Werte“ im Vordergrund steht, wie anhand folgender Aussage deutlich wird: „Integration bedeutet, dass der Betreffende (und seine Familie) sich an österreichische Verhältnisse angepasst haben, die Sprache beherrschen und sich auch in die Arbeitswelt erfolgreich eingegliedert haben.“ (Artikel XXVI) Hier wird deutlich, dass mit Integration also die Assimilation gemeint ist, wobei im Leserbrief in Folge erläutert wird, dass mit Anpassung an österreichische Verhältnisse die Wertevorstellungen gemeint sind, die in Österreich innerhalb der neunjährigen Schulpflicht vermittelt würden, wie etwa „Disziplin, Rücksichtnahme und Toleranz anderen gegenüber“, der „gemeinsame Schulbesuch von

Buben und Mädchen“ und der „respektvolle Umgang mit dem anderen Geschlecht.“ Dabei wird auch erwähnt, dass viele Zuwanderer eine „vergleichbare Bildung und Erziehung nicht genossen haben“, was suggeriert, dass die erwähnten Werte ihnen von Grund auf fremd seien, was zu einem Problem bei deren Integration und einer Zunahme von Parallelgesellschaften führen würde. Der Artikel endet mit der rhetorischen Frage „Wollen wir das wirklich?“ (vgl. Artikel XXVI)

Im Gegensatz zur geforderten Anpassung und Erbringung von Leistung thematisieren einige Artikel aus dem „Standard“ den Zusammenhang zwischen Integration und Staatsbürgerschaft. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft wirke demnach als Katalysator bzw. Motor für Integration, weshalb es durchaus Sinn mache, die Einbürgerung zu erleichtern, denn die aktuelle Praxis sei „desintegrativ“, v.a. für bereits in Österreich geborene Kinder (vgl. Artikel 17 und 20). Denn „ein Pass der neuen Heimat vermittele Einwanderern nicht nur ein Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit, er bringe auch bessere Chancen am Arbeitsmarkt und Zugang zu demokratischer Teilhabe, beispielsweise die Möglichkeit zu wählen.“ (Artikel 17) Weiters wird Rainer Bauböck, ein Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Staatsbürgerschaftsrecht, zitiert:

Die Integrationschancen sind nach der Einbürgerung besser. Das heißt, es steigen die Löhne, es sinkt die Gefahr der Arbeitslosigkeit, sie sind besser sozial integriert. [...] Wenn man sie [die Staatsbürgerschaft] erst nach zehn Jahren vergibt, ist die Integration schon gelaufen – entweder erfolgreich oder gescheitert. (Artikel 24)

„Gescheiterte Integration“ als „Versagen“ wird in den analysierten Artikeln insbesondere in Zusammenhang mit Straftaten wie dem „Mordfall Leonie“ thematisiert, in denen Migranten als „nicht sozialisierbar und integrationsunfähig“ bezeichnet werden, sollten sie immer wieder straffällig werden (vgl. Artikel XXI). In Artikel XXII wird der selbst aus Afghanistan stammende Politologe Sarajuddin Rasuly zitiert: „Wenn junge Afghanen kommen und mehrere Straftaten begehen, sollte man sie abschieben. Sie sind nicht zu integrieren. Wenn die rauskommen, werden sie wieder kriminell.“ (Artikel XXII) Es wird den straffällig gewordenen Afghanen also eine generelle Integrationsunfähigkeit unterstellt, welche in Zusammenhang mit dem Begehen von Straftaten argumentiert wird. Die Tatsache, dass hier ein aus Afghanistan stammender Politologe zitiert wird, trägt dazu bei, dem Gesagten Nachdruck zu verleihen, da angenommen werden kann, dass er die Wahrheit sagt und seine „Landsleute“ kennt, wobei

er auch anmerkt, dass es „so viele gut integrierte Afghanen [...] in verschiedenen Berufen“ (Artikel XXII) gibt.

Ein anderer Artikel aus dem „Standard“ zitiert den deutschen Innenminister Horst Seehofer (CSU), der nach der „Würzburg-Attacke“, einem tödlichen Messerangriff durch einen Mann somalischer Herkunft im Juni 2021, von „gescheiterter Integration“ spricht. Dabei wird der Angriff zum Anlassfall dafür benutzt, zu überlegen, ob Integrationsbemühungen verstärkt werden müssten, sowie um stärker gegen Extremismus und Terrorismus vorzugehen (vgl. Artikel 30). Diese Argumentation zeigt, dass die Straffälligkeit einer einzelnen Person häufig von der Politik und den Medien instrumentalisiert und als Anlass genommen wird, gegen die gesamte Gruppe von MigrantInnen vorzugehen, was die Stigmatisierung ihnen gegenüber und die negative Wahrnehmung von MigrantInnen in der Bevölkerung verstärkt.

Im Gegensatz zu den Forderungen nach Integration, die in vielen der Artikel an die MigrantInnen gestellt wird, wird im analysierten Datenmaterial auch Kritik an den Forderungen nach Integration geäußert. In Artikel 13 mit der Überschrift „Woher kommst du? – oder: Warum Integration keine Einbahnstraße ist“ wird die Problematik der Frage nach der Herkunft thematisiert, da sie die Befragten aufgrund ihres Aussehens oder Namens „stets daran erinnert, dass sie offenbar für immer ‚ausländisch‘ sein“ (Artikel 13) werden. Dabei wird auch auf Praktiken des Othering verwiesen: „Auch wenn es unbeabsichtigt geschieht, grenzt es dennoch aus: indem es eine Unterscheidung zwischen ‚wir‘ und ‚sie‘ schafft und damit rassistischen Ressentiments den Weg ebnet.“ (Artikel 13) Der Kommentar endet mit der Feststellung, dass Integration nur dann funktionieren könne, wenn sie beidseitig erfolge, also sowohl durch MigrantInnen als auch durch die österreichische Bevölkerung und Politik (vgl. Artikel 13).

Einige Artikel aus dem „Standard“ kritisieren die restriktiven und diskriminierenden Integrationspolitiken der österreichischen Regierung und die hohen bürokratischen Hürden für den Erhalt von Asyl oder die Einbürgerung scharf, etwa durch die Aussagen „Die Politik mahnt immer Integration ein – und verhindert sie Tag für Tag immer mehr“ (Artikel 15), „Diese Regierung redet ständig von Integration, aber gleichzeitig ist sie es, die eine wirksame

Integration verhindert“ (Artikel 29) oder in Artikel 19 mit der Überschrift „Desintegrationsministerin Susanne Raab“, einem Kommentar, durch die Aussage:

Anstatt konkrete Maßnahmen zur Integrationsförderung zu setzen, befeuert sie ebenjene Parallelstrukturen, vor denen sie laufend warnt – sei es, indem sie Mehrsprachigkeit zur Gefahr hochstilisiert, sei es, indem sie vor einem Little Italy in Österreich warnt oder indem sie, wenn es um Gewalt gegen Frauen geht, die Herkunft der Täter in den Vordergrund stellt. (Artikel 19)

Auch wenn Kritik an den Integrationsmaßnahmen der Regierung in Artikeln aus dem „Standard“ öfter als in der „Kronen Zeitung“ zu finden war, gibt es dennoch auch Beiträge in der „Kronen Zeitung“, die einen ähnlichen Standpunkt vertreten. So findet sich dort etwa ein Artikel, der anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination Österreich zitiert, der die immer restriktiver werdende Praxis der Behörden und Gerichte in Asyl- und Abschiebungsfragen kritisiert (vgl. Artikel XVII).

In einem Artikel aus der „Kronen Zeitung“ wird ebenso ein MigrantInnen gegenüber solidarischer Standpunkt vertreten, wie es der Leserbrief zum Thema „Afghanistan und EU-Flüchtlingspolitik“ auf den Punkt bringt, welcher die österreichische Integrationspolitik und „die mutwillige Gleichsetzung von Schutz von Flüchtlingen mit Integration“ (Artikel XXV) kritisiert:

Das Fiasko des Westens in Afghanistan [...] zeigt einmal mehr, dass man Demokratie und universelle (westliche) Werte nicht einfach exportieren kann. Und das trifft im übertragenen Sinn auch auf Wertekurse oder Integrationskurse zu. Die Idee, Werte zu verordnen, kann nur weltfremden Bürokraten einleuchten. (Artikel XXV)

In anderen Artikeln wiederum wird dadurch Solidarität mit MigrantInnen vermittelt, dass die Forderung der SPÖ nach einem leichteren Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft befürwortet wird. In Artikel XV wird argumentiert, dass Integration ernst genommen und gefördert werden müsse und dass Zugehörigkeit ermöglicht und Identifikation mit Österreich insbesondere bei Kindern gestärkt werden müsse, denn „Integration scheitert dann, wenn Bürger zweiter Klasse geschaffen werden.“ (Artikel XV) Zudem wird dazu aufgerufen, Respekt und Anerkennung für jene MigrantInnen einzufordern, die „unser Land“ während der Corona-Krise am Laufen gehalten haben und an eine gemeinsame Zukunft appelliert, denn es sei „grundfalsch, wenn man das Trennende in den Vordergrund stellt.“ (Artikel XV) So wird auch Michael Ludwig (SPÖ) zitiert, der in Bezug auf die geforderte Reform des

Staatsbürgerschaftsrechts kritisiert, dass Integration dann scheitern würde, „wenn manche Kräfte im Land weiterhin bewusst versuchen, schon Kinder in unserem Land auszugrenzen.“ (Artikel XIV)

Integration als „Wir-Gefühl“, als „miteinander gut auszukommen“ wird zudem in Artikel XIII, einem Interview mit einem Rabbiner und einem Imam, die befreundet sind, genannt, welche ein friedliches Miteinander als religiöses Gebot bezeichnen und im Rahmen von Schulprojekten dafür sensibilisieren, die Gemeinsamkeiten anstatt die Unterschiede in den Vordergrund zu stellen (vgl. Artikel XIII).

4.4.5 Geschlechtsspezifische Darstellung von MigrantInnen

In diesem Unterkapitel sollen jene Themen zusammengefasst werden, um welche es in Zusammenhang mit weiblichen Migrantinnen im Gegensatz zu den Themen geht, welche vorwiegend in Bezug auf männliche Migranten zur Sprache gebracht werden. Zudem soll analysiert werden, wie weibliche Migrantinnen im Vergleich zu männlichen Migranten dargestellt werden und welche Charaktereigenschaften bzw. Merkmale den beiden Gruppen dabei zugeordnet werden.

Anhand des Datenmaterials konnte in Bezug auf die Darstellung weiblicher Migrantinnen festgestellt werden, dass diese vorwiegend als hilfsbedürftige und Schutz benötigende Personen sowie als integrationsbedürftig und bildungsfern dargestellt werden. Zudem lassen einige Artikel implizit darauf schließen, dass muslimische Frauen von ihrer Religion unterdrückt würden, was in Artikel 12 etwa dadurch zum Ausdruck kommt, dass diese nur in jenen Fällen als emanzipierte und selbstbewusste Akteurinnen repräsentiert werden, wenn sie entweder ihre Religion verlassen, sich scheiden lassen haben oder ohne Kopftuch gezeigt werden (vgl. Artikel 12).

Die Darstellung weiblicher Migrantinnen als ungebildet kommt etwa durch folgende Aussage zur Geltung: „Dazu kommt, dass Frauen meist nicht berufstätig sind und ihre Erwerbsquote gegen null tendiert.“ (Artikel XXXVI) Weiters wird behauptet, dass „in Österreich nach offiziellen Statistiken die Arbeitslosigkeit der Gruppe Afghanen/Syrer bei fast 50% liegt“ (Artikel XXXVI), die Dunkelziffer jedoch deutlich höher sein dürfte. Worauf sich diese Annahme

beruft, wird nicht erwähnt, ebenso wenig, warum die Gruppe der Afghanen und Syrer zusammengefasst wird. Durch die Erwähnung einer offiziellen Statistik wird vom Autor hier die Strategie der Rationalisierung gewählt, welche das Gesagte durch vermeintlich objektive Zahlen untermauern soll, wobei jedoch nicht erwähnt wird, um welche Statistik es sich handelt und die Behauptung somit nicht nachvollzogen werden kann.

In Artikel XXXX, einem Bericht aus der „Kronen Zeitung“, wird Integration als „altbekannte Problemzone“ dargestellt, was als Anlass für Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) galt, die Wertekurse für Geflüchtete neu zu gestalten. Im Artikel werden in Bezug auf Werte, welche vermittelt werden müssten, die „Rechte der Frauen“ als besonders wichtig betont, denn laut Raab würden viele, „die es nach Österreich zieht“, aus Kulturen mit einem „archaischen Weltbild“ stammen, in denen Frauen untergeordnet seien. Raab wird weiters zitiert: „Sie dürfen oft nicht allein zu Kursen gehen. Wir werden konfrontiert mit Kinderheirat, Genitalverstümmelung, Gewalt. Das darf es in Österreich einfach nicht geben.“ (Artikel XXXX) Hier wird deutlich, dass sich der österreichische Staat als Beschützer fremder Frauen präsentiert, welche vor ihrer eigenen Kultur bewahrt werden müssten, indem man ihnen – und ihren Männern – vermeintlich österreichische Werte in eigens dafür vorgesehenen Kursen vermittelt. Ebenso wird die Integrationsfähigkeit von Afghanen durch Raab in Frage gestellt, indem sie anmerkt, dass das Frauenbild in der afghanischen Community ein Problem sei, da „nur jede zweite afghanische Frau [...] im Arbeitsmarkt integriert [ist]“ und „mehr als die Hälfte der afghanischen Männer in Österreich der Meinung sind, dass sich Frauen in der Öffentlichkeit verschleiern sollen.“ Daher müsse man ihr zufolge an diesem Wertefundament arbeiten (vgl. Artikel XXX).

Es fällt außerdem auf, dass muslimische Frauen vor allem dann eine Stimme in den Medien bekommen, wenn sie sich negativ über ihre eigene Kultur oder Religion äußern und somit die Vorurteile, die bereits in der Gesellschaft gegenüber dem Islam bestehen, bekräftigen (vgl. Lünenborg et al. 2011: 37). Dies spiegelt sich in Artikel 12 aus dem „Standard“ wider, in dem drei geflüchtete Frauen zu Wort kommen und über ihre Erfahrungen in Österreich sprechen, was ihnen zwar Handlungsmacht verleiht und sie als aktive Individuen darstellt, dennoch aber auch implizit Vorurteile gegenüber dem Islam verstärkt. So wird etwa erwähnt, dass Fatemeh

Bakhtiari, die aus dem Iran nach Österreich geflohen ist, auf der Flucht noch zum Christentum konvertierte, da sie sich davon mehr Freiheit versprochen hat, oder dass Alia Nasser aus Syrien sich scheiden ließ, nachdem sie in Österreich Fuß gefasst hatte, da sie gemerkt hat, dass „hier andere Dinge möglich sind als in ihrer Heimat.“ (Artikel 12) Auch die Geschichte der dritten Frau, Monika Alizada aus Afghanistan, vermittelt keinen guten Eindruck über die afghanische Kultur und verstärkt das stereotype Bild einer „patriarchalen, islamisch geprägten Gesellschaft“ durch ihre Erzählung, dass sie vor ihren Eltern weggelaufen ist, da diese ihrer Ehe mit einem Mann einer anderen Volksgruppe nicht zustimmten und ihr die Beziehung verbieten wollten (vgl. Artikel 12).

Im Gegensatz zu weiblichen Migrantinnen liegt der Fokus der Repräsentation männlicher Migranten auf deren vermeintlicher Kriminalität und Neigung zu Gewalt, wodurch sie als Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes und die Bevölkerung dargestellt werden.

Folgender Textausschnitt aus einem Leserbrief der „Kronen Zeitung“, welcher sich auf den „Mordfall Leonie“ bezieht, verdeutlicht sehr anschaulich die Betonung von Kriminalität, Illegalität und Gewalt männlicher Migranten:

Es ist eine Schande, dass die Politik es nicht schafft, uns Kriminelle aus fernen Ländern vom Hals zu halten! Dass es möglich ist, dass immer wieder Leute, junge Männer, bei uns illegal einreisen, die einerseits nicht den geringsten Anspruch auf Asyl haben und andererseits ganz offensichtlich von unserer Zivilisation und Kultur wenig bis gar nicht beleckt sind. Leute, die meist schon im Heimatland am Rande der Gesellschaft gelebt haben, orientierungslos und an Gewalt gewohnt sind, nie ein geordnetes Leben mit Schulbesuch oder Berufstätigkeit geführt haben, aber bei uns dann Asyl bekommen und hier ihr „freies Leben“ weiterführen wollen. Selbst wenn sie Diebstähle begehen und mit Drogen handeln und dafür verurteilt werden, dürfen sie hierbleiben, und auch wenn Messerattentate passieren und viehische Morde: Unsere „Menschlichkeit“ lässt nicht zu, sie abzuschieben. (Artikel XXI)

Anhand des Datenmaterials konnte festgestellt werden, dass vor allem Afghanen in einem besonders negativen Licht dargestellt werden, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass der „Mordfall Leonie“ (Juni 2021) innerhalb des Erscheinungszeitraums der analysierten Artikel lag, dessen Täter und Mittäter alle aus Afghanistan stammten. Dies wird etwa anhand folgender Aussage deutlich: „Mit Afghanen ist das so eine Sache. Sie genießen einen denkbar schlechten Ruf: gewalttätig und integrationsunwillig. Erfolgreiche Beispiele gehen unter.“ (Artikel XXVII) In Artikel XIX, in dem es ebenfalls um den Täter des „Mordfalls Leonie“ geht, wird das Stilmittel der Anapher verwendet, um durch Wiederholung derselben Begriffe am

Satzbeginn die Schamlosigkeit und Gewalt des Täters zu betonen: „Er nahm den Schutz unseres Landes, er nahm das Taschengeld aus der Grundversorgung, er nahm sich eine heiß begehrte Gemeindewohnung, am Ende nahm er einem 13-jährigen Mädchen das Leben.“

Genauso wird die vermeintliche Kriminalität von Migranten auch in folgendem Textabschnitt dargestellt, der eine Anti-Abschiebe-Demo kritisiert, bei der die Abschiebung „rechtskräftig verurteilter Straftäter“ zu verhindern versucht wurde, welche weiters als „Räuber, Diebe, Schläger und Vergewaltiger“ bezeichnet werden, die „ja offensichtlich um jeden Preis in unserem Land gehalten werden, [...] mit uneingeschränktem Anspruch auf Anerkennung ihrer Rechte und unsere Sozialleistungen.“ (Artikel X)

Auch der „Standard“ betont in Zusammenhang mit dem „Mordfall Leonie“ die Gewaltbereitschaft und „Integrationsunfähigkeit“ des Täters und zitiert Karoline Edtstadler (ÖVP):

Ausgehend von dem "barbarischen Mord" wolle man schauen, was schief laufe. Es gehe darum, Frauen und Jugendliche zu schützen und sich zu fragen, inwieweit bei manchen Flüchtlingen Integration überhaupt möglich sei: "Menschen, die von uns Schutz wollen und unsere Werte mit Füßen treten und das auch noch in Taten zum Ausdruck bringen, haben bei uns nichts verloren." (Artikel 31)

In einem anderen Artikel aus dem „Standard“ wird die Stigmatisierung von Afghanen als Problemgruppe schlechthin hingegen kritisiert und auf deren Auswirkungen auf die Betroffenen aufmerksam gemacht, welche allgemein als Gruppe in Österreich einen schlechten Gesundheitszustand hätten, der durch die Stigmatisierungserfahrungen verschlechtert werde. Die fehlende körperliche und seelische Gesundheit stelle wiederum ein Integrationshindernis dar, etwa dadurch, dass es den Betroffenen schwer falle, sich zu konzentrieren und somit Deutschkurse positiv zu absolvieren, wodurch kein Fundament für Integration in das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft aufgebaut werden könne (vgl. Artikel 28). Und Artikel 36 aus dem „Standard“ zitiert Bundespräsident Alexander Van der Bellen, welcher „angesichts vermeintlicher, von [Bundeskanzler] Kurz [ÖVP] vorgebrachter Integrationsprobleme [betont], dass sich die allermeisten Afghanen im Land wohl verhielten.“ (Artikel 36)

Migranten wird in einigen Artikeln der „Kronen Zeitung“ außerdem unterstellt, nicht zivilisiert zu sein und daher zu Straftaten zu neigen, wie etwa durch die Bezeichnung als „Wirtschaftsmigranten [...], die – im weitesten Sinne – plündernd durch die westliche Zivilisation marschieren, weil ihnen das von Schleppern versprochene Paradies nicht gleich in den Schoß fällt“ (Artikel XXXI), zum Ausdruck gebracht wird. Demgegenüber werden Frauen als weniger gewalttätig beschrieben, wie es Artikel XXXI pointiert ausdrückt: „Im Übrigen sind Frauen integrationsfähiger als Männer, da sie meist über höhere soziale und emotionale Intelligenz verfügen als die andere Hälfte der Menschheit, zudem neigen Frauen seltener zu Gewalt.“ (Artikel XXXI)

5 Conclusio

Im Großen und Ganzen kann man im Diskurs über Integration zwischen zwei Positionen unterscheiden – erstens jene, die MigrantInnen mit Skepsis und Ablehnung gegenübersteht und zweitens jene, die sich ihnen gegenüber solidarisch und tolerant zeigt. Großteils dominieren jedoch die negativen Elemente die Berichterstattung über die Integration von MigrantInnen in Österreich, indem durch bestimmte Bilder und Zuschreibungen eine Negativ-Darstellung der „Anderen“ vermittelt wird. Dieser negativen Fremddarstellung steht eine positive Selbstdarstellung gegenüber.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den Artikeln, der überwiegende Teil davon aus der „Kronen Zeitung“, durch die Konstruktion einer Abgrenzung dazu beigetragen wird, Othering-Prozesse zu verstärken, indem sie eine Differenz zwischen MigrantInnen und der österreichischen Bevölkerung konstruieren. Dies kommt einerseits dadurch zum Ausdruck, dass eine Abgrenzung durch die Personalpronomen „wir“ bzw. „unser“ und auf der anderen Seite eine Homogenisierung der MigrantInnen stattfindet. Der Großteil der Berichterstattung verfestigt somit stereotype Vorstellungen über MigrantInnen bzw. MuslimInnen, wobei dies oft unbewusst durch gewisse Formulierungen und Begriffe geschieht, wie etwa jenem der „hilfsbedürftigen fremden Frauen“ oder von „kriminellen gewalttätigen Migranten“. Oft wird dabei die konstruierte Abgrenzung damit gerechtfertigt, dass die „Kultur der Anderen“ nicht mit der eigenen koexistieren könne. Dabei werden MigrantInnen häufig mit den Themen Gewalt, Kriminalität, Terrorismus oder Radikalismus in Verbindung gebracht sowie als gefährlich, frauenverachtend, undankbar, bildungsfern oder nicht sozialisierbar dargestellt. Demgegenüber wird die österreichische Bevölkerung mit christlichen bzw. westlichen Werten, Demokratie und Zivilisation in Verbindung gebracht sowie als hilfsbereit, gebildet und aufgeklärt dargestellt.

Dennoch gibt es, überwiegend im „Standard“, auch Gegenargumente, die den diskriminierenden und negativen Aussagen kritisch gegenüberstehen, indem politische Vorgehensweisen und Integrationsmaßnahmen kritisiert werden und den MigrantInnen selbst eine Stimme gegeben wird, sodass diese die Möglichkeit bekommen, über ihre Erfahrungen zu sprechen und auch Probleme und Hürden aufgezeigt werden, mit denen

MigrantInnen zu kämpfen haben. Im „Standard“ kommen MigrantInnen etwas häufiger selbst zu Wort, was sie dadurch, dass sie in ihrer Individualität gezeigt werden, als aktiver und selbstbestimmter erscheinen lässt als dies in der „Kronen Zeitung“ der Fall ist, in der hauptsächlich über MigrantInnen geschrieben wird, wodurch ihnen ihre Handlungsmacht abgesprochen wird. Zudem werden im „Standard“ häufiger Meinungen vertreten, die sich MigrantInnen gegenüber solidarisch und tolerant zeigen, sodass die Artikel aus dem „Standard“ insgesamt einen deutlich weniger negativen Eindruck über die Integration von MigrantInnen vermitteln als jene aus der „Kronen Zeitung“.

Hinsichtlich der Analyse der Makrostruktur der Artikel kann zusammengefasst werden, dass spezifische Themen in beiden Zeitungen ähnlich oft vorkommen, was mit bestimmten Schlüsselereignissen zusammenhängt, nach denen vermehrt über Integration berichtet wurde. Auch wenn in beiden Tageszeitungen jedoch etwa über das Thema Gewalt berichtet wird, ist die Berichterstattung im „Standard“ neutraler und legt den Fokus nicht, wie die „Kronen Zeitung“, auf den Täter und dessen vermeintliche Eigenschaften und Hintergründe.

In Bezug auf die verschiedenen Genres lässt sich feststellen, dass die meinungsbezogenen Textsorten eine polemischere Sprache benutzen, wobei vor allem die Leserbriefe aus der „Kronen Zeitung“ mit ihrer negativen Stimmungsmache gegen MigrantInnen auffallen. Doch auch vermeintliche Sachtexte der „Kronen Zeitung“ zeichnen in den meisten Fällen durch die Verwendung bestimmter Begriffe und Begriffsabfolgen ein negatives Bild von MigrantInnen, was in den Artikeln aus dem „Standard“ deutlich seltener der Fall ist. Während die meinungsbezogenen Texte der „Kronen Zeitung“ meist die MigrantInnen und deren Aufnahme in Österreich kritisieren, richtet sich die Kritik der meinungsbezogenen Texte aus dem „Standard“ indes gegen die Integrationsmaßnahmen der österreichischen Regierung, welche durch hohe bürokratische Hürden eine wirksame Integration eher behindern als fördern und durch unrealistische Forderungen – etwa nach der Übernahme „westlicher Werte“ – zu Diskriminierung beitragen würden, wobei sich die AutorInnen solidarischer gegenüber den MigrantInnen positionieren.

Gemeinsamkeiten der beiden Tageszeitungen „Standard“ und „Kronen Zeitung“ lassen sich beim Gebrauch von Begriffsbezeichnungen für MigrantInnen feststellen, da die am häufigsten

benutzten Begriffe wie etwa „Flüchtlinge“ sowie die Nennung bestimmter Herkunftsländer in beiden Zeitungen annähernd gleich oft genannt werden. Insgesamt kann zwar durchaus eine negativere Darstellung von MigrantInnen in der „Kronen Zeitung“ festgestellt werden, diese lässt sich jedoch weniger an den konkreten Statusbegriffen für MigrantInnen als den oben erwähnten im Text verwendeten Begriffen und sprachlichen Merkmalen erkennen, welche vorwiegend negative Konnotationen bei den LeserInnen hervorrufen.

In Bezug auf die Definition von Integration lässt sich feststellen, dass sowohl im „Standard“ als auch in der „Kronen Zeitung“ die Wichtigkeit des Erlernens der deutschen Sprache sowie ein geregelter Zugang zum Arbeitsmarkt für einen erfolgreichen Integrationsprozess in die österreichische Gesellschaft hervorgehoben werden. Integration als einseitige Anpassung der MigrantInnen an die österreichische Bevölkerung und deren vermeintliche Werte wird lediglich in der „Kronen Zeitung“ gefordert, welche Integration zudem als Leistung, die von den MigrantInnen erbracht werden müsse, definiert. Im „Standard“ hingegen überwiegt der Standpunkt, dass Integration ein Prozess sei, der von beiden Seiten erfolgen müsse und welchen man den MigrantInnen durchaus auch erleichtern solle, etwa durch einen Abbau der Hürden bei der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Zusammengefasst kann also in Bezug auf die Unterschiede in der Berichterstattung über Integration von MigrantInnen zwischen Artikeln aus dem „Standard“ und der „Kronen Zeitung“ gesagt werden, dass im Großen und Ganzen in der „Kronen Zeitung“ das Bild einer negativen Repräsentation von MigrantInnen überwiegt und im „Standard“ eine differenziertere Berichterstattung erfolgt, welche den MigrantInnen die Möglichkeit bietet, als handelnde AkteurInnen aufzutreten. Dennoch sind in beiden Zeitungen sowohl Argumentationen, die den MigrantInnen skeptisch gegenüberstehen als auch Standpunkte zu finden, welche Solidarität mit den MigrantInnen zeigen.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

6.1 Primärquellen

Der Standard:

Artikel 1: Kapeller, Lukas (2021): Die Muhammed-Debatte: „Dieser Name kann eine Bürde sein“. In: Der Standard, 10.1.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000123142607/die-muhammed-debatte-dieser-name-kann-eine-buerde-sein> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 2: Brickner, Irene/ Marchart, Jan Michael/ Völker, Michael (2021): Schüler eines Wiener Gymnasiums machen gegen Abschiebung mobil. In: Der Standard, 27.1.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/200012366671/mitschueler-eines-wiener-gymnasiums-machen-gegen-tinas-abschiebung-mobil> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 3: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Kogler hält Abschiebung gut integrierter Schülerinnen für „unmenschlich und unverantwortlich“. In: Der Standard, 28.1.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000123677496/naechtlicher-protest-aufgeloest-und-abschiebungen-nach-georgien-durchgefuehrt> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 4: Bauböck, Rainer/ Valchars, Gerd (2021): Hürde Staatsbürgerschaft: Heimat, fremde Heimat. In: Der Standard, 3.2.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000123817769/huerde-staatsbuergerschaft-heimat-fremde-heimat> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 5: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Einbürgerungen rückläufig: 15 Prozent weniger als im Vorjahr. In: Der Standard, 12.2.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124122435/einbuergerungen-ruecklaeufig-15-prozent-weniger-als-im-vorjahr> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 6: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Waldhäusl vergleicht Geflüchtete mit „Borkenkäferproblematik“. In: Der Standard, 18.2.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124287379/waldhaeusl-vergleicht-gefluechtete-mit-borkenkaeferproblematik> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 7: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Frage, ob „integrierbar“: Fall gebürtiger Wienerin sorgt für Aufregung. In: Der Standard, 25.2.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124463709/frage-ob-integrierbar-fall-gebuertiger-wienerin-sorgt-fuer-aufregung> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 8: Grujić, Ana/ Maan, Noura (2021): Wie Menschen mit der Angst vor Abschiebung leben. In: Der Standard, 28.2.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124408779/wie-menschen-mit-der-angst-vor-abschiebung-leben> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 9: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): EuGH-Generalanwalt hält Deutscherfordernis für Wohnbeihilfe für rechtswidrig. In: Der Standard, 2.3.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124589305/europaeischer-gerichtshof-entscheidet-ueber-deutschnachweis-fuer-wohnbeihilfe> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 10: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): SOS Mitmensch ortet Anstieg rassistischer Vorfälle gegenüber Muslimen. In: Der Standard, 2.3.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124586380/sos-mitmensch-ortet-anstieg-rassistischer-vorfaelle-gegenueber-muslimen> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 11: Stajić, Olivera (2021): Lehrling droht Abschiebung: Zu gut integriert. In: Der Standard, 10.3.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000124853234/lehrling-droht-abschiebung-zu-gut-integriert> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 12: Kapeller, Lukas (2021): Frauen auf der Flucht: Gekommen, um zu bleiben. In: Der Standard, 20.3.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000125168103/frauen-auf-der-fluchtgekommen-um-zu-bleiben> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 13: Al-Youssef, Muzayen (2021): „Woher kommst du?“, oder: Warum Integration keine Einbahnstraße ist. In: Der Standard, 21.3.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000125208869/woher-kommst-du-oder-warum-integration-keine-einbahnstrasse-ist> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 14: Brickner, Irene (2021): Ruf von Flüchtlingen und Migranten hat unter Corona gelitten. In: Der Standard, 16.4.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000125881593/ruf-von-fluechtlingen-und-migranten-hat-unter-corona-gelitten> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 15: Coudenhove-Kalergi, Barbara (2021): Wie die Politik Integration verhindert. In: Der Standard, 29.4.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000126235811/wie-die-politik-integration-verhindert> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 16: Stajić, Olivera (2021): Femizide: Raab ist auf einem Auge blind. In: Der Standard, 12.5.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000126595668/femizide-raab-ist-auf-einem-auge-blind> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 17: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Österreichs Staatsbürgerschaftsrecht zählt weltweit zu den restriktivsten, kritisieren Experten. In: Der Standard, 18.5.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000126733399/oesterreichs-staatsbuergerschaftsrecht-zaehlt-weltweit-zu-restriktivsten-kritisieren-experten> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 18: Danzer, Andreas (2021): Altes Problem für junge Menschen: In der Krise nimmt die Diskriminierung zu. In: Der Standard, 27.5.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000126947213/altes-problem-fuer-junge-menschen-in-der-krise-nimmt-die> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 19: Scherndl, Gabriele (2021): Desintegrationsministerin Susanne Raab. In: Der Standard, 30.5.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127030914/desintegrationsministerinsusanne-raab> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 20: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): SPÖ fordert leichteren Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft. In: Der Standard, 9.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127248167/spoe-fordert-leichteren-zugang-zur-oesterreichischen-staatsbuergerschaft> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 21: Hagen, Lara (2021): Pandemie machte auch der Integration einen Strich durch die Rechnung. In: Der Standard, 10.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127281091/ministerin-raab-praesentiert-den-integrationsbericht-2021> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 22: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Kurz und FPÖ gegen Erleichterung bei Staatsbürgerschaft. In: Der Standard, 12.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127347245/kurz-gegen-staatsbuergerschaft-kogler-fuer-erleichterungen> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 23: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): ÖVP wirft SPÖ und Grünen vor, „Masseneinbürgerungen“ zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse zu wollen. In: Der Standard, 13.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127359567/oevp-warnt-vor-masseneinbuergierungen-und-aenderung-dermehrheitsverhaeltnisse> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 24: Pucher, Johannes (2021): Politologe: „Staatsbürgerschaft wird dadurch entwertet, dass viele von ihr ausgeschlossen sind“. In: Der Standard, 14.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127385557/die-staatsbuergerschaft-wird-dadurch-entwertetdass-viele-von-ihr-ausgeschlossen-sind> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 25: Krutzler, David/ Scherndl, Gabriele (2021): Staatsbürgerschaft: Was an Edtstadlers Zahlen und Wählerstromanalysen dran ist. In: Der Standard, 15.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127420080/was-an-den-zahlen-und-waehlerstromanalysen-edtstadlers-dran-ist> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 26: Völker, Michael (2021): Der Wert und Unwert von Bürgern. In: Der Standard, 15.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127440001/der-wert-und-unwert-von-buergern> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 27: Mazal, Wolfgang (2021): Staatsbürgerschaft ist Verantwortung. In: Der Standard, 20.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127535849/staatsbuergerschaft-ist-verantwortung> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 28: Kapeller, Eja (2021): Migrationsforscherin Kohlenberger: „Geflüchtete berichten von Einsamkeit und Retraumatisierungen“. In: Der Standard, 21.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127538693/migrationsforscherin-kohlenberger-gefluechtete-berichten-von-einsamkeit-und-retraumatisierungen> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 29: Coudenhove-Kalergi, Barbara (2021): Ein mutiger Schritt. In: Der Standard, 24.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127664699/ein-mutiger-schritt> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 30: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Seehofer spricht nach Würzburg-Attacke von gescheiterter Integration. In: Der Standard, 30.6.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127826770/seehofer-spricht-nach-wuerzburg-attacke-von-gescheiterter-integration> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 31: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Edtstadler für rasche Abschiebungen: „Haben bei uns nichts verloren“. In: Der Standard, 1.7.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127846738/edtstadler-fuer-rasche-abschiebungen-haben-bei-uns-nichts-verloren> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 32: Wagner, Lorin-Johannes (2021): Staatsbürgerschaft: Familie – oder eben nicht. In: Der Standard, 1.7.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127843647/familie-oder-eben-nicht> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 33: Völker, Michael (2021): Abschiebungsdebatte: Auf der Empörungswelle. In: Der Standard, 1.7.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127878948/abschiebungsdebatte-auf-der-empoeerungswelle> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 34: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Grüne gegen politische Instrumentalisierung: „Wer Gewaltverbrechen begeht, muss Land verlassen“. In: Der Standard, 1.7.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127872411/edtstadler-will-einschaltung-der-dienstaufsicht-fuer-raschere-abschiebungen> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 35: Nimmervoll, Lisa (2021): Kanzler Kurz will „Rückführungen in die Nachbarländer Afghanistans“. In: Der Standard, 22.8.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129078825/kanzler-kurz-will-rueckfuehrungen-in-die-nachbarlaender-afghanistans> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 36: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Van der Bellen ruft zur Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen auf. In: Der Standard, 24.8.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129150745/van-der-bellen-ruft-zur-aufnahme-von-afghanischen-fluechtlingen-auf> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 37: Rauscher, Hans (2021): „Über die Maßen solidarisch“. In: Der Standard, 26.8.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129200339/ueber-die-massen-solidarisch> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 38: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): ÖVP-Antrag: Sozialleistungen für „gelungene Integration“, keine „Autofeindlichkeit“. In: Der Standard, 27.8.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129216733/oevp-leitantrag-zum-parteitag-sozialleistungen-sollen-an-gelungene-integration-geknuepft> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 39: Stuißer, Petra (2021): Sozialleistungen nur bei Integration: Leitantrag Populismus. In: Der Standard, 28.8.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129236847/sozialleistungen-nur-bei-integration-leitantrag-populismus> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 40: Marchart, Jan Michael (2021): Opferanwälte fordern nach Tod zweier Mädchen umfassende Asylrechtsreform. In: Der Standard, 20.9.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000129796495/opferanwaelte-fordern-nach-tod-zweier-maedchen-umfassende-asylrechtsreform> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Artikel 41: Der Standard (ohne AutorIn, 2021): Die verschiedenen Lesearten von Zahlen zur Integration. In: Der Standard, 27.10.2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000130732230/die-verschiedenen-lesarten-von-zahlen-zur-integration> [letzter Zugriff am 1.5.2022]

Kronen Zeitung:

Artikel I: Seinitz, Kurt (2021): Das darf nicht normal werden! In: Kronen Zeitung, 3.1.2021, S. 12.

Artikel II: Krämer, Martin (2021): Silvesterrandale. In: Kronen Zeitung, 3.1.2021, S. 38.

Artikel III: Seinitz, Kurt (2021): Problemfall Integration. In: Kronen Zeitung, 5.1.2021, S. 10.

Artikel IV: Heine, Rudolf (2021): Integration. In: Kronen Zeitung, 31.1.2021, S. 38.

Artikel V: Dedagic, M. (2021): Ludwig: „Gfrasta abschieben“. In: Kronen Zeitung, 1.2.2021, S. 23.

Artikel VI: Pommer, Michael (2021): „Pflicht-Kurse im Sommer für Schüler mit Defiziten“. In: Kronen Zeitung, 14.2.2021, S. 36-37.

Artikel VII: Stewart, Philipp (2021): Arbeitslosigkeit und Armut unter Ausländerinnen hoch. In: Kronen Zeitung, 5.3.2021, S. 21.

Artikel VIII: Wagner, Philipp (2021): Viele Junge ohne Perspektive. In: Kronen Zeitung, 11.3.2021, S. 31.

Artikel IX: Jauch, Jürgen (2021): „Im Sturm der Zeit“. In: Kronen Zeitung, 23.3.2021, S. 38.

Artikel X: Stangl, Martin (2021): Anti-Abschiebe-Demo. In: Kronen Zeitung, 6.4.2021, S. 30.

Artikel XI: Münzer, Martina (2021): Jeder Zweite um Integration besorgt. In: Kronen Zeitung, 16.4.2021, S. 22-23.

Artikel XII: Moser, Maria Katharina (2021): Begegnung beim Eis. In: Kronen Zeitung, 30.5.2021, S. 49.

Artikel XIII: Dedagić, Maida (2021): „Das Miteinander ist ein religiöses Gebot“. In: Kronen Zeitung, 6.6.2021, S. 30-31.

Artikel XIV: Dedagic, M. (2021): Ludwig erinnert Kurz an alte Staatsbürger-Pläne. In: Kronen Zeitung, 15.6.2021, S. 22.

Artikel XV: Deutsch, Christian (2021): Integration vor Zuzug. In: Kronen Zeitung, 16.6.2021, S. 29.

Artikel XVI: Papacek, Oliver (2021): „Europas Asylsystem ist kaputt“. In: Kronen Zeitung, 17.6.2021, S. 8.

Artikel XVII: Schober, Silvia (2021): Wenn der Mensch (zu) wenig zählt. In: Kronen Zeitung, 19.6.2021, S. 14-15.

Artikel XVIII: „Gute Zeitung“ (2021): Zukunft für junge Geflüchtete. In: Kronen Zeitung, 19.6.2021, S. 26.

Artikel XIX: Pommer, Michael (2021): So kam der Afghane zur Wohnung im Gemeindebau! In: Kronen Zeitung, 1.7.2021, S. 32.

Artikel XX: Lang, Peter F. (2021): Unbegleitete Minderjährige. In: Kronen Zeitung, 1.7.2021, S. 40.

Artikel XXI: Lang, Peter (2021): Rechtliche Maßnahmen sind nötig! In: Kronen Zeitung, 2.7.2021, S. 41.

Artikel XXII: Vogl, Erich (2021): Der Fall Leonie und das Protokoll des Versagens. In: Kronen Zeitung, 5.7.2021, S. 8-9.

Artikel XXIII: Schober, Silvia/ Schütz, Markus (2021): Von „sinnvoll“ und „wichtig“ bis zum „schweren Schlag“. In: Kronen Zeitung, 15.7.2021, S. 13.

Artikel XXIV: Behrens, Martin (2021): Sicherheitsrisiken. In: Kronen Zeitung, 17.8.2021, S. 28.

Artikel XXV: Lindpointner, Rudolf (2021): Afghanistan und EU-Flüchtlingspolitik. In: Kronen Zeitung, S. 33.

Artikel XXVI: Lang, Peter F. (2021): Integration vor Einbürgerung. In: Kronen Zeitung, 25.8.2021, S. 39.

Artikel XXVII: Seinitz, Kurt (2021): „Das Boot ist voll“. In: Kronen Zeitung, 29.8.2021, S. 6.

Artikel XXVIII: Kriegler, Susanne (2021): Wir können nicht die ganze Welt retten! In: Kronen Zeitung, 1.9.2021, S. 28.

Artikel XXIX: Mayer, Elisabeth (2021): „Europäische Werte“. In: Kronen Zeitung, 4.9.2021, S. 34.

Artikel XXX: Vettermann, Doris (2021): „Eine Allianz gegen den politischen Islam“. In: Kronen Zeitung, 11.9.2021, S. 2-3.

Artikel XXXI: Hager, Ewald (2021): Flüchtlinge. In: Kronen Zeitung, 14.9.2021, S. 32-33.

Artikel XXXII: Kronen Zeitung (ohne AutorIn, 2021): ÖVP schärft bei Migration nach. In: Kronen Zeitung, 19.9.2021, S. 3.

Artikel XXXIII: Krämer, Martin (2021): Dänemark zeigt den Weg vor. In: Kronen Zeitung, 2.10.2021, S. 38.

Artikel XXXIV: SAS (2021): Klima und Integration bereiten die größten Sorgen. In: Kronen Zeitung, 20.10.2021, S. 2-3.

Artikel XXXV: Münzer, M. (2021): Mehr als jeder 3. Wiener ist aus dem Ausland. In: Kronen Zeitung, 20.10.2021, S. 18.

Artikel XXXVI: Behrens, Martin (2021): Die Problematik mit der Integration. In: Kronen Zeitung, 24.10.2021, S. 42.

Artikel XXXVII: Matzl, Christoph (2021): Eine Allianz gegen Islamisten. In: Kronen Zeitung, 29.10.2021, S. 3.

Artikel XXXVIII: Lassnig, Matthias (2021): „Wir lehren fremde Menschen als Freiwillige die deutsche Sprache“. In: Kronen Zeitung, 29.10.2021, S. 35.

Artikel XXXIX: Matzl, Christoph (2021): „Polit-Islam“ gefährlicher als Islamistenterror. In: Kronen Zeitung, 30.10.2021, S. 20-21.

Artikel XXXX: Vogl, Erich (2021): Gegen das archaische Weltbild. In: Kronen Zeitung, 14.12.2021, S. 2-3.

Artikel XXXXI: Integrationshaus (2021): Ein neues Leben in Sicherheit. In: Kronen Zeitung, 25.12.2021, S. 47.

6.2 Sekundärquellen

Abadi, David/ d’Haenens, Leen/ Roe, Keith/ Koeman, Joecy (2016): *Leitkultur* and discourse hegemonies: German mainstream coverage on the integration debate between 2009 and 2014. In: The International Communication Gazette 78:6, 557-584.

Abu-Lughod, Lila (2013): *Do Muslim Women need saving?* London/ Cambridge: Harvard University Press.

Ackerly, Brooke/ True, Jacqui (2010): *Doing Feminist Research in Political and Social Science*. Macmillan. Hampshire: Palgrave Macmillan.

Anderson, Philip (2013): Integration aus komparativer Sicht. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 25-45.

Austrian Development Agency (2021a): Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen. Online verfügbar unter: <https://www.entwicklung.at/ada/oeffentliche-entwicklungshilfeleistungen> [letzter Zugriff am 29.8.2021]

Austrian Development Agency (2021b): Migration & Entwicklung. Online verfügbar unter: <https://www.entwicklung.at/themen/governance-menschenrechte-migration/migration-entwicklung> [letzter Zugriff am 29.8.2021]

Attia, Iman/ Keskinliç, Ozan (2016): Antimuslimischer Rassismus. In: Mecheril, Paul (Hg.): *Handbuch Migrationspädagogik*. Weinheim/ Basel: Beltz Verlag, 168-182.

Barksanmaz, Cengiz (2009): Das Kopftuch als das Andere. Eine notwendige postkoloniale Kritik des deutschen Rechtsdiskurses. In: Berghahn, Sabine/ Rostock, Petra (Hg.): *Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Bielefeld: transcript Verlag, 361-392.

Benz, Wolfgang (2017): Antislimische Diskriminierung. In: Scherr, Albert et al. (Hg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 511-527.

Binder, Susanne/ Kroner, Gudrun/ Tošić, Jelena (2009): Anthropologische Flüchtlingsforschung. In: Six- Hohenbalken, Marianne/ Tošić, Jelena (Hg.): *Anthropologie der Migration. Theoretische Grundlagen und Interdisziplinäre Aspekte*. Wien: Facultas, 110-126.

Binder, Susanne (2017): Sozialanthropologische Flüchtlingsforschung: Begriffsbestimmungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In: Binder, Susanne/ Fartacek, Gebhard (Hg.): Facetten von Flucht aus dem Nahen und Mittleren Osten. Wien: Facultas, 124-149.

Böhm, Andreas (2019¹³): Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory. In: Flick, Uwe/ von Kardoff, Ernst/ Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, 475-485.

Brinkmann, Heinz Ulrich (2013): Erfolge und Probleme der Integration. Soziodemografische Hintergründe und Lebenslagen der Migrationsbevölkerung. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 103-126.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Europäische Integrationspolitik. Online verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/integration/europaeische-integrationspolitik/europaeische-integrationspolitik-node.html#:~:text=Integrationspolitik%20ist%20in%20erster%20Linie,von%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Kommission%20unterst%C3%BCtzt>. [letzter Zugriff am 23.5.2022]

Castro Varela, María do Mar (2013): Ist Integration nötig? Eine Streitschrift. In: Soziale Arbeit kontrovers (SAk) 5. Berlin: Verlag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Lambertus.

Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (2016): Die Migrantin retten?! Zum vertrackten Verhältnis von Geschlechtergewalt, Rassismus und Handlungsmacht. In: Österreich Z Soziol 41 (2016) (Suppl 3). Springer, 13-28. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-016-0237-3> [letzter Zugriff am 28.8.2021]

Christensen, Ann-Dorte/ Jensen, Sune Qvotrup (2012): Doing Intersectional Analysis. Methodological Implications for Qualitative Research. Nordic Journal of Women's Studies, 20 (2), 109-125.

Cropley, Arthur J. (2018⁵): Qualitative Forschungsmethoden. Eine praxisnahe Einführung. Hohenwarsleben bei Magdeburg: Westarp Verlagsservicegesellschaft mbH.

Dannecker, Petra/ Englert, Birgit (2014): Einleitung. In: Dies. (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, 7-19.

Der Standard (2022): Blattlinie. Online verfügbar unter: <https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/> [letzter Zugriff am 23.5.2022]

Dorostkar, Niku/ Preisinger, Alexander (2012): CDA 2.0 – Leserkommentarforen aus kritisch-diskursanalytischer Perspektive Eine explorative Studie am Beispiel der Online-Zeitung derStandard.at. In: Wiener Linguistische Gazette Institut für Sprachwissenschaft Universität Wien 76 (2012), 1-47. Online verfügbar unter:

https://wlg.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_wlg/762012/Dorostkar_Preisinger.pdf
[letzter Zugriff am 30.4.2022]

Engel, Susen/ Deuter, Marie-Sophie/ Mantel, Anna/ Noack, Michael/ Wohler, Jale/ Rassel, Julia (2019): Die (Re)Produktion symbolischer Ordnung – Narrative in der deutschen Medienberichterstattung über Flucht und Geflüchtete. In: Arslan, Emre/ Bozay, Kemal (Hg.): Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer, 273-298.

Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt: Luchterhand.

Esser, Hartmut (2010): Akkulturation. In: Kopp, Johannes/ Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, 10. Aufl. Wiesbaden: VS, 9-12.

Europäische Kommission (2020): The EC reveals its new EU Action Plan on Integration and Inclusion (2021-2027). Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/ec-reveals-its-new-eu-action-plan-integration-and-inclusion-2021-2027_de [letzter Zugriff am 23.5.2022]

Eurotopics. Der tägliche Blick in Europas Presse. Online verfügbar unter: <https://www.eurotopics.net/de/148488/der-standard#> und <https://www.eurotopics.net/de/148614/kronen-zeitung> [letzter Zugriff am 28.8.2021]

Geißler, Rainer (2000): Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation: Anmerkungen zur medialen Integration von ethnischen Minderheiten. In: Schatz, Heribert/ Holtz-Bacha, Christina/ Nieland, Jörg-Uwe (Hg.): Migranten und Medien. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 129-146.

Geißler, Rainer (2005): Interkulturelle Integration von Migranten – ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation. In: Ders./ Horst Pöttker (Hg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld: transcript Verlag, 45-70.

Geißler, Rainer/ Weber-Menges, Sonja (2013): Medien und Integration. Mediennutzung und Vorstellungen zur medialen Integration bei Migranten. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 273-289.

Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern et al.: Verlag Hans Huber.

Haldrup, Michael/ Koefoed, Lasse/ Simonsen, Kirsten (2006): Practical Orientalism: Bodies, Everyday Life and the Construction of Otherness. In: Geografiska Annaler. Series B, Human Geography, Vol. 88, No. 2, Geography and Power, the Power of Geography (2006), 173-184.

Hall, Stuart (2003): The Whites of their Eyes. Racist Ideologies and the Media. In: Dines, Gail/ Humez, Jean M. (Hg.): Gender, Race and Class in Media: a text-reader. London: SAGE Publications Ltd., 89-93.

Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des „Anderen“. In: Koivisto, Juha/ Merkens, Andreas (Hg.): Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument Verlag, 108-166.

Henning, Jörg (1999): Geschichte der Boulevard-Zeitung. In: Leonhardt, Joachim-Felix/ Ludwig, Hans-Werner/ Schwarze, Dietrich/ Straßner, Erich (Hg.): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 15 Band 1. Berlin/ New York, 955-964.

Jarren, Otfried (2000): Gesellschaftliche Integration durch Medien? Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien. In: Medien & Kommunikationswissenschaft: M & K, 2000, Vol.48 (1), 22-41.

Jäger, Margarete/ Wamper, Regina (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016. Duisburg: DISS Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

Jäger, Siegfried (2000): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden: Medien und Straftaten. In: Schatz, Heribert/ Holtz-Bacha, Christina/ Nieland, Jörg-Uwe (Hg.): Migranten und Medien. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 207-2018.

Jensen, S.Q. (2011): Othering, identity formation and agency. In: Qualitative Studies, 2(2), 63-78.

Johnson, Richard/ Chambers, Deborah/ Raghuram, Parvati/ Tincknell, Estella (2004): The Practice of Cultural Studies. London/ Thousand Oaks: SAGE.

Kaltenbrunner, Andy/ Lugschitz, Renée/ Gerard-Wenzel, Corinna (2018): Qualitätsbestimmung im Journalismus. Analyse des internationalen Forschungsstandes und neuer Ansätze in der digitalen Ära. Eine Studie von Medienhaus Wien im Auftrag von Bundeskanzleramt/Bundespressdienst. Online verfügbar unter: <https://www.bundestkanzleramt.gv.at/dam/jcr:e23e3094-1082-406c-9b6d-bf1c0d968430/Qualit%C3%A4tsbestimmung%20im%20Journalismus.pdf> [letzter Zugriff am 23.5.2022]

Karakaşoğlu, Yasemin (2013): Integration durch Bildung – welche Wege sind zu beschreiten? In: Brinkmann, Heinz Ulrich/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 127-148.

Kreutzer, Florian (2015): Stigma „Kopftuch“. Zur rassistischen Produktion von Andersheit. Bielefeld: transcript Verlag.

Krumer-Nevo, Michal/ Sidi, Mirit (2012): Writing Against Othering. In: Qualitative Inquiry, 18(4), 299-309.

Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim/ Basel: Beltz Juventa.

Layes, Gabriel (2005): Kulturdimensionen. In: Thomas, Alexander & Kinast, Eva-Ulrike & Schroll-Machl, Sylvia (Hg.): Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 1: Grundlagen und Praxisfelder. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 60-73.

Litvak, Meir/ Teitelbaum, Joshua (2006): Students, Teachers, and Edward Said: Taking Stock of Orientalism. In: Middle East Review of International Affairs, Campus Watch. Online verfügbar unter: <https://www.meforum.org/campus-watch/articles/2006/students,-teachers,-and-edward-said-taking-stock> [letzter Zugriff am 27.4.2022]

Lutz, Helma/ Vivar, Maria Teresa Herrera/ Supik, Lind (2013): Fokus Intersektionalität. Bewegung und Verortung eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden: Springer VS.

Lünenborg, Margreth/ Fritsche, Katharina/ Bach, Annika (2011): Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption. Bielefeld: transcript Verlag.

Marshall, Catherine/ Rossman, Gretchen B. (2011): Designing Qualitative Research. Fifth Edition. Los Angeles et al.: SAGE Publications, Inc.

Marten, Elke/ Walgenbach, Katharina (2017): Intersektionale Diskriminierung. In: Scherr, Albert; El-Mafaalani, Aladin & Yüksel, Gökçen (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS, 157-172.

Matouschek, Bernd/ Wodak, Ruth/ Januscheck, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen-Verlag.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim/ Basel: Beltz.

Media-Analyse (2020): MA 19/20. Online verfügbar unter: https://www.media-analyse.at/files/MA_2020_voc/MA1920_Veroffentlichung_Presseunterlagen.pdf [letzter Zugriff am 27.8.2021]

Mortimer, Mildred (2005): Re-presenting the Orient. A New Instructural Approach. In: The French Review, Vol. 79, No. 2 (Dec. 2005), 296-312. Published by: American Association of Teachers of French. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/25480203> [letzter Zugriff am 27.4.2022]

Neissl, Julia (2001): Printjournalismus-Schnittstellen zwischen Information und Sensation. In: Neissl, Julia/ Siegert, Gabriele/ Renger, Rudi (Hg.): Cash and Content. München: Verlag Reinhard Fischer, 97-154.

O’Leary, Zina (2004): The Essential Guide to Doing Research. London/ Thousand Oaks/ New Delhi: SAGE Publications.

Österreichischer Integrationsfonds (2022): Werte und Orientierungskurse. Online verfügbar unter: <https://www.integrationsfonds.at/kurse/werte-und-orientierungskurse/werte-und-orientierungskurse/> [letzter Zugriff am 30.4.2022]

Österreichischer Presserat (2021): Statistiken 2011-2021. Online verfügbar unter: https://presserat.at/show_content.php?hid=12 [letzter Zugriff am 30.4.2022]

Przyborski, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika (2010): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.

Ratković, Viktorija (2018): Postmigrantische Medien. Die Magazine »biber« und »migrazine« zwischen Anpassung, Kritik und Transformation. Bielefeld: transcript Verlag.

Reckwitz, Andreas (2008): Subjekt. Bielefeld: transcript Verlag.

Reif-Hülser, Monika (2006): Fremde Texte als Spiegel des Eigenen. Postkoloniale Literaturen und ihre Auseinandersetzung mit dem kulturellen Kanon. Paderborn et al.: Fink.

Reinprecht, Christoph (2011): Bevölkerungsstruktur, Migration, Lebensformen. In: Kolland, Franz/ Dannecker, Petra (Hg.): Soziologie der globalen Gesellschaft. Eine Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag, 77-104.

Renger, Rudi (2001): Populärer Journalismus – von Boulevard- zur Populärkulturforschung. In: Neissl, Julia/ Siegert, Gabriele/ Renger, Rudi (Hg.): Cash and Content. München: Verlag Reinhard Fischer, 71-96.

Richter, Carola (2015): Orientalismus und das Andere. In: Hepp, Andreas et al. (Hg.): Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 313-321.

Ruhrmann, Georg/ Sommer, Denis/ Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer/ Pöttker, Horst (Hg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: transcript Verlag, 45-75.

Ruhrmann, Georg (2017): Diskriminierung in den Medien. In: Scherr, Albert et al. (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 367-386.

Said, Edward (1981): Covering Islam. How the Media and the Experts determine how we see the Rest of the World. New York: Pantheon Books.

Schiffer, Sabine (2008): Islam in German Media. In: Al-Hamarneh, Ala/ Thielmann, Jörn (Hg.): Islam and Muslims in Germany. Leiden/ Boston: Brill, 423-440.

Schultz, Ulrike (2014): Über Daten nachdenken. Grounded Theory Studien in entwicklungsbezogener Forschung. In: Dannecker, Petra/ Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, 75-94.

Sehnbruch, Lucia (2019): Re/Präsentation von Flucht und Migration durch Bildschirmmedien. Konstituierung phänotypischer Differenz als Mechanismus der Ausschließung. In: Arslan, Emre / Bozay, Kemal (Hg.): Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 249-272.

Sponholz, Liriam (2013): Der misslungene Integrationsbegriff. Die Repräsentationen von MigrantInnen in den deutschen Massenmedien. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 290-305.

Staudinger, Katrin (2012): Freie Nomaden, edle Räuber, skrupellose Sklavenjäger. Zur Darstellung von Turkmenen in Reiseberichten aus dem 19. Jahrhundert. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Strasser, Sabine/ Tošić, Jelena (2014): Egalität, Autonomie und Integration: Post-Multikulturalismus in Österreich. In: Nieswand, Boris/ Drotbohm, Heike (Hg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 123-150.

Thiele, Martina (2015): Medien und Stereotype. Konturen eines Forschungsfeldes. Bielefeld: transcript Verlag.

Thomas-Olalde, Oscar/ Velho, Astride (2011): Othering and its Effects – Exploring the Concept. In: Niedrig, Heike/ Ydesen, Christian (Hg.): Writing Postcolonial Histories of Intercultural Education. Frankfurt/Main: Peter Lang Verlag, 27-51.

UNHCR (1997): Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. UNHCR-Report 1997-1998. Erzwungene Migration: Eine humanitäre Herausforderung. Bonn: Dietz.

Uslucan, Haci-Halil (2014): Stereotype, Viktimisierung und Selbstviktimisierung von Muslimen. Wie akkurat sind unsere Bilder über muslimische Migranten. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Uslucan, Haci-Halil/ Brinkmann, Heinz Ulrich (2013): Die Integrationsdebatte: Ein Lehrstück für die politische Kultur. In: Dies. (Hg.): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 11-21.

Vanner, Catherine (2015): Positionality at the Center: Constructing an Epistemological and Methodological Approach for a Western Feminist Doctoral Candidate Conducting Research in the Postcolonial. In: International Journal of Qualitative Methods 2015, 1-12.

Vlasic, Andreas (2012): Medien und Integration. Ein Vorschlag zur theoretischen Konzeption und empirischen Erfassung integrationsrelevanter Medieninhalte. In: Publizistik, Vol. 57, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 419-444.

Von Braun, Christina/ Mathes, Bettina (2007): Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen. Berlin: Aufbau Verlagsgruppe.

Wodak, Ruth (1991): Jedem Österreicher seine Krone – jedem Österreicher sein Vorurteil? Zur sprachlichen Vermittlung von Vorurteilen. In: Bruck, Peter A. (Hg.): Das österreichische Format. Horn: Wiener Journal Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 108-127.

Yildiz, Erol (2016): Das strategische Geflecht von Migration, Ethnizität und Geschlecht. ÖZS. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 41 (3), 29-45.

Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse. Münster et al.: Waxmann.